

PROBLEME DER SPORTGERICHTSBARKEIT

Ein Beitrag zur "Rechtsprechung" von
Verbänden, dargestellt an den Eishockey-
entscheidungen des bayerischen Eissport -
Verbandes aus den Jahren 1961 - 1970

Dissertation

zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Rechtswissenschaft
der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Justus Liebig-Universität Gießen

vorgelegt von

Christoph Sommer
aus Gerabronn

München 1971

Probleme der Sportgerichtsbarkeit

Ein Beitrag zur "Rechtsprechung"
von Verbänden, dargestellt an den
Eishockeyentscheidungen des baye-
rischen Eissport - Verbandes aus
den Jahren 1961 - 1970.

D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Rechts-
wissenschaft der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft-
lichen Fakultät der Justus Liebig-Universität Gießen

vorgelegt von

C h r i s t o p h S o m m e r
aus Gerabronn

München 1971



Erstgutachter: Professor Dr. Dieckmann

Zweitgutachter: Professor Dr. Grunsky

Tag der mündlichen Prüfung: 1. Juli 1971

Vorwort

Der Bayerische Eissport - Verband hat durch sein entgegenkommendes Verhalten die vorliegende Arbeit ermöglicht. Im Gegensatz zu anderen Sportverbänden, die auf das Ersuchen um Einblick in die Tätigkeit ihres Sportgerichts entweder nicht oder mit dem Hinweis auf den verbandsinternen Charakter ablehnend reagierten, hat der Bayerische Eissport - Verband Einblick in seine Entscheidungen und den Schriftverkehr gegeben. Herrn Präsident Baumer und Frau Wolfrum, die sich außerdem für die Beantwortung vieler Fragen zur Verfügung stellten, möchte ich dafür sehr danken.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Einleitung und Abgrenzung des Themas	10
II. Geschichte der BEV-Sportgerichtsbarkeit	13
III. Die örtliche Zuständigkeit der Sportgerichte des BEV. Abgrenzung gegenüber der Zuständigkeit des Deutschen Eishockey-Bundes	14
IV. Zusammensetzung der BEV-"Rechtsprechungsorgane"	15
1.) Das Spielgericht	16
2.) Das Spielgerichtsmitglied als Einzelrichter	16
3.) Das Berufungsgericht	16
V. Die Verfahrensarten	18
1.) Das Schlichtungsverfahren	18
a) Inhalt und Häufigkeit	18
b) Fall zum Schlichtungsverfahren	18
2.) Das Protestverfahren	20
a) Inhalt und Häufigkeit	20
b) Fall zum Protestverfahren	21
3.) Das Strafverfahren	22
a) Inhalt	22
b) Fall zum Strafverfahren	23
c) Statistische Auswertung	24
aa) Häufigkeit der Strafverfahren allgemein	24
bb) Häufigkeit der Strafverfahren wegen bestimmter Vergehen	25

	Seite
aaa) wegen: Tötlichkeiten ohne Verletzungsfolge - mit Verletzungsfolge	26
bbb) wegen: Nichtantreten - Spielabbruch	27
ccc) wegen: Falschangaben durch Vereinsverantwortliche - Passvergehen	29
cc) Häufigkeit der einzelnen Strafen	31
dd) Höhe der Geldstrafen	33
4.) Das Ehrenverfahren	35
VI. Der Instanzenzug und die Zuständigkeit der BEV-"Rechtsprechungsorgane"	37
1.) Der Instanzenzug im Schlichtungs-, Protest- und Strafverfahren	37
a) Instanzenzug Spielgericht - Berufungsgericht	37
b) Instanzenzug Spielgerichtseinz Richter - Beschwerdegericht	39
2.) Der Instanzenzug im Ehrenverfahren	42
3.) Das Wiederaufnahmeverfahren	43
4.) Das Gnadenrecht	44
VII. Die wichtigsten Vorteile, die sich für den BEV, die Vereine und deren Mitglieder aus der Einrichtung einer selbständigen Verbandsgerichtsbarkeit ergeben	45
1.) Möglichkeit der wirksamen Kontrolle und Überwachung des Spielverkehrs	45
2.) Raschere Entscheidungen	46
3.) Einfacher anzurufendes Entscheidungsorgan	47
4.) Durch größere Sachkenntnis bessere Urteile	48
5.) Grundsätzlich gleiche "Rechtsprechungsmaßstäbe" der BEV-"Richter"	48
6.) Nur begrenzte Wirkung von Strafscheidungen	49

	Seite
7.) Größere Objektivität durch Selbstständigkeit der "Rechtsprechungsorgane"	49
8.) Nur beschränkter Einblick der Öffentlichkeit in die Angelegenheiten des Verbandes	50
9.) Fall zum Ausschluß der Öffentlichkeit von verbandsinternen Vorgängen	50
VIII. Die wichtigsten Grundsätze der "Rechtsprechung" des BEV	52
1.) Einzelne allgemeine Grundsätze	52
a) Regelfall: mündliche Verhandlung	52
b) Unverzügliche Ermittlung und Entscheidung	53
c) Ermittlungsgrundsatz	53
d) Auskunftspflicht und Wahrheitspflicht	55
e) Grundsätzlich: Gewährung des rechtlichen Gehörs	55
f) Ausgangspunkt: Richtige Tatsachenscheidung der Schiedsrichter	55
g) Spielbericht ist Entscheidungsgrundlage. Verschiedenes Gewicht von Aussagen.	56
2.) Besondere Grundsätze im Strafverfahren	56
a) Grundsatz des "ne bis in idem"	56
b) Verschulden	57
c) Grundsätze zur Strafzumessung	57
aa) Einzelne Grundsätze	57
bb) Fälle zu den Grundsätzen zur Strafzumessung	58
IX. Der Rechtscharakter der BEV-Satzung	61
X. Der Rechtscharakter der BEV-Sportgerichtsbarkeit	66

	Seite
XI. Die Unzulässigkeit des Ausschlusses des Rechtsweges durch den BEV	75
XII. Die Strafbefugnis des BEV	86
1.) Die Zulässigkeit der Verbandsstrafen überhaupt	87
2.) Der Rechtscharakter der BEV-Verbandsstrafen	104
a) Der Rechtscharakter der BEV-Geldstrafen	106
b) Der Rechtscharakter der Ausschußstrafe	115
c) Der Rechtscharakter der übrigen BEV-Strafen	119
3.) Zulässigkeit von gleichzeitiger Strafandrohung in öffentlichen Gesetzen und Verbandssatzungen	120
XIII. Ausschöpfung der Verbandsgerichtsstanzen vor Beschreiten des Rechtswegs	124
XIV. Die Unzulässigkeit des teilweisen Ausschlusses des rechtlichen Gehörs durch die Satzung des BEV	126
1.) Fall zum Ausschluß des rechtlichen Gehörs	127
2.) Keine Geltung des Art.103 Abs.1 GG	128
3.) Stellungnahmen in Rechtsprechung und Literatur	128
4.) Die Unzulässigkeit der BEV-Bestimmung	130
5.) Interesse an raschen Entscheidungen ohne Auswirkung auf die Unzulässigkeit	132
6.) Keine Auswirkungen auf die Unzulässigkeit durch das Einverständnis mit der Satzung	132
XV. Die Unparteilichkeit der "Richter" im BEV	134
1.) Fall zur Ablehnung wegen Befangenheit	134
2.) Die Unzulässigkeit der Entscheidungsbefugnis befangener BEV-"Richter"	135

	Seite
3.) Die Unzulässigkeit der Selbstentscheidung der "Richter" des BEV über ihre Befangenheit	138
4.) Die Unzulässigkeit der Bestimmung, daß der Einzelrichter im schriftlichen Verfahren auch in der Beschwerdeinstanz entscheiden darf	140
XVI. Auswirkungen der nichtigen Bestimmungen auf die ganze Satzung	143
XVII. Schlußbetrachtung	145

I. Einleitung und Abgrenzung des Themas

Zahlreiche Verbände, besonders in den Bereichen des Sports und der Wirtschaft, haben in ihren Satzungen eine verbandseigene "Rechtsprechung" vorgesehen. Mit dieser Verbandsrechtsprechung werden Streitigkeiten im Verband entschieden und Verstöße der Mitglieder gegen die Satzung geahndet. Häufig entspricht die "Rechtsprechung" der Verbände hinsichtlich der Verfahrensvorschriften weitgehend der staatlichen Rechtsprechung. Die entscheidenden Stellen werden oft als "Gerichte" bezeichnet und die ihnen angehörenden Personen als "Richter". Wegen der weiten Verbreitung dieser "Gerichte" und der erheblichen Folgen, die ihre Entscheidungen im Einzelfall haben können, kommt der "Rechtsprechung" von Verbänden eine große Bedeutung zu.

Die vorliegende Arbeit will einen Beitrag zur Erörterung der Verbandsgerichtsbarkeit leisten. Die Fragen, die im Zusammenhang mit der "Rechtsprechung" von Verbänden allgemein auftauchen, werden im einzelnen an der "Rechtsprechung" der Sportgerichte des Bayerischen Eissportverbandes (BEV) untersucht. Denn der BEV hat für den Bereich des Eishockeysports eine Verbandsrechtsprechung eingerichtet. Er hat das wie viele andere Sportverbände, so zum Beispiel der Deutsche Fußballbund, getan. Gerade für den Eishockeysport ist diese verbandseigene "Rechtsprechung" von erheblicher Bedeutung. Wegen des sehr schnellen und auch harten Spiels kommt es häufig zu Regelwidrigkeiten und Streitigkeiten, die von den Sportgerichten des BEV behandelt und entschieden werden.

Auch der BEV hat die Institutionen, die er zur Ausübung seiner Verbandsrechtsprechung geschaffen hat, als "Gerichte" bezeichnet. In dieser Arbeit wird zu klären sein, ob die Tätigkeit dieser "Gerichte" überhaupt zulässig ist. Ist das zu bejahen, dann ergibt sich die Frage nach dem Rechtscharakter dieser "Rechtsprechung": handelt es sich um Rechtsprechungstätigkeit, wie sie auch staatliche Gerichte ausüben oder verbirgt sich hinter dieser Bezeichnung eine Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne der Zivilprozessordnung oder gar nur ein Verwaltungshandeln? Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß die Maßnahmen und Entscheidungen von Verbandsgerichten vielfach - voran von den Verbänden selbst - als verbandsinterne Angelegenheit angesehen werden. Einzelheiten werden in der Regel von den Verbänden nicht bekanntgegeben. Aus dieser Abgeschlossenheit der Verbandsrechtsprechung ergibt sich auch der Argwohn, der dieser Art von "Gerichtsbarkeit" häufig entgegengebracht wird.

Der BEV hat in seiner "Rechtsordnung" den Ausschluß des Rechtswegs angeordnet und das rechtliche Gehör teilweise eingeschränkt. Die Zulässigkeit dieser und anderer Bestimmungen wird ebenfalls zu prüfen sein.

Zu Anfang der Arbeit werden die durch die Sportgerichte des BEV ergangenen Entscheidungen aus den Jahren 1961 - 1970 untersucht und ausgewertet. Die erste der hier berücksichtigten Entscheidungen ist am 20.9.1961, die letzte am 5.3.1970 ergangen. Im Anschluß daran sind Gegenstand der Untersuchung die Bestimmungen, die die Sportgerichtsbarkeit des

BEV regeln. Das Material ist dabei im einzelnen die "Satzung des BEV", die "Sonderbestimmungen des BEV zur Wettkampfordnung - Spielordnung des Deutschen Eishockey - Bundes", die "Rechtsordnung des BEV", der "Anhang zur Rechtsordnung" und die "Ehrenordnung des BEV". Die "Ehrenordnung" ist Satzungsbestandteil.

Die Arbeit beschäftigt sich mit der Verbandsrechtsprechung durch "Spielgericht", "Spielgerichtsmitglieder als Einzelrichter" und "Berufungsgericht". Der BEV hat ihnen eine besondere selbständige Stellung eingeräumt. Sie beschäftigt sich nicht oder nur am Rande mit Entscheidungen oder Maßnahmen von reinen Verwaltungsorganen, denen diese besondere Stellung nicht eingeräumt ist (zum Beispiel Eishockeyobmann, Spielausschuß, Verbandstag).

II. Geschichte der BEV - Sportgerichtsbarkeit

Am 15.9.1946 wurde unter der Bezeichnung "Bayerischer Landessportverband Sparte Eissport" der Bayerische Eissport - Verband nach dem Kriege neu gegründet. Die Verbandsgerichtsbarkeit übten drei Verbandsmitglieder aus, die zugleich das höchste Verwaltungsgremium, die Eishockeykommission, bildeten.

Am 9.5.1948 wurde eine wichtige Änderung bezüglich der Verbandsgerichtsbarkeit herbeigeführt. Im Protokoll zum dritten ordentlichen Verbandstag steht dazu Folgendes: "Der Antrag auf Änderung des Art.54 der Spiel-, Sperr- und Strafbestimmungen wird einstimmig angenommen. Demnach heißt es nicht mehr: "Instanzenweg: Spielgericht, bestehend aus den drei Mitgliedern der Eishockeykommission", sondern "Instanzenweg: Spielgericht, welches aus drei Mitgliedern besteht, die jährlich von dem Verbandstag von den Vereinen zu wählen sind. Für den Fall, daß ein oder zwei Mitglieder dieses Spielgerichts bei einem Falle durch ihren Verein beteiligt sind, treten an deren Stelle das zweite oder dritte Eishockeykommissionsmitglied automatisch."

Am 9.5.1948 wurde damit ein gesondert gewähltes Spielgericht geschaffen, das von der Eishockeykommission getrennt war. In späterer Zeit wurde das Spielgericht noch um zwei Ersatzleute erweitert und eingeführt, daß alle auf vier Jahre zu wählen waren. Die Regelung, daß Eishockeykommissionsmitglieder als Ersatzleute heranzuziehen waren, fiel damit weg.

III. Die örtliche Zuständigkeit der Sportgerichte des BEV. Abgrenzung gegenüber der Zuständigkeit des Deutschen Eishockey - Bundes.

Die örtliche Zuständigkeit der Sportgerichte des BEV ergibt sich aus § 6 der Satzung und aus § 2 der Rechtsordnung des BEV. Gemäß § 6 der Satzung kann Mitglied des Verbandes jeder Verein in Bayern werden, der dem Bayerischen Landessportverband angeschlossen ist und der seinen Mitgliedern die Möglichkeit gibt, Eissport zu treiben. Gemäß § 2 der Rechtsordnung unterstehen diese Vereine dann der Verbandsgerichtsbarkeit des BEV. Der örtliche Wirkungsbereich deckt sich also mit den Grenzen des Landes Bayern.

Die Zuständigkeit der Sportgerichte des BEV bezieht sich auf sämtliche Ligen und Klassen, in denen nicht die Zuständigkeit des Deutschen Eishockey - Bundes gegeben ist. In der Bayerischen Regionalliga, der Bayernliga, der Landesliga, der Kreisklasse, der Juniorenklasse, der Jugendklasse und der Schülerklasse sind die Sportgerichte des BEV immer zuständig. In der Bundes- und Oberliga sind sie nur dann nicht zuständig, wenn es um die Deutsche Meisterschaft geht. Ebenfalls sind die BEV - Sportgerichte nicht zuständig bei Freundschaftsspielen von Bundesliga- und Oberligamannschaften aus Bayern, die mit Vereinen anderer deutscher Landesverbände oder mit ausländischen Vereinen ausgetragen werden. Bei Freundschaftsspielen zwischen bayrischen Bundesligamannschaften sind die BEV - Sportgerichte also zuständig.

IV. Zusammensetzung der BEV - "Rechtsprechungsorgane"

Drei Organe sind vom BEV zur "Rechtsprechung" berufen, das Spielgericht, die Spielgerichtsmitglieder als Einzelrichter und das Berufungsgericht (§ 4 Rechtsordnung, § 3 Ehrenordnung). Auf andere Organe ist im Rahmen dieser Untersuchung nicht einzugehen.¹

Von den BEV - "Gerichten" wurden im untersuchten Zeitraum 291 Entscheidungen gefällt. Die Mitglieder in den verschiedenen Sportgerichten haben dabei nur in geringen Umfang gewechselt. Insgesamt waren von 1961 - 1970 nur 14 Personen an der BEV - "Rechtsprechung" beteiligt, wovon ein "Richter" - es handelt sich um einen Oberlandesgerichtsrat aus München - allein 73,88 % aller Entscheidungen (215 von 291 Entscheidungen) und 74,36 % aller erstinstanzlichen schriftlichen Entscheidungen durch Einzelrichter (203 von 273 Entscheidungen) fällte. Der nach ihm an der "Rechtsprechung" nächstbeteiligte "Richter" wirkte nur bei 8,93 % aller Entscheidungen (= 26 Entscheidungen) und 8,79 % der erstinstanzlichen schriftlichen Entscheidungen durch Einzelrichter mit (= 24 Entscheidungen).²

Die "Richter" müssen Verbandsmitglieder sein, Außenstehende werden nicht in die "Gerichte" berufen. Auch wenn ein Oberlandesgerichtsrat an der "Rechtsprechung"

¹ siehe Einleitung

² Von den 291 Entscheidungen konnte eine Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung hinsichtlich der Beteiligung der "Richter" nicht berücksichtigt werden, da die Namen der "Richter" nicht im Urteil genannt sind.

des BEV maßgeblich beteiligt war, so ist eine juristische Aus- oder Vorbildung der "Richter" doch nicht erforderlich. Zum größten Teil sind die "Richter" Funktionäre in ihren Vereinen und waren früher selbst aktive Eishockeyspieler.

1.) Das Spielgericht

Das Spielgericht setzt sich gemäß Art. 7 der Sonderbestimmungen des BEV aus drei "Richtern" und zwei Ersatzleuten zusammen, die auf die Dauer von vier Jahren gewählt werden und die unter sich ihren Vorsitzenden bestimmen. Zuständig für die Wahl der "Richter" sind die stimmberechtigten Mitglieder des Verbandstages. Diese sind die Delegierten der Vereine, die zusammen mit dem Verbandsausschuß den Verbandstag bilden.

2.) Das Spielgerichtsmitglied als Einzelrichter

Das zweite Organ der BEV - "Gerichtsbarkeit" ist der "Einzelrichter". Als "Einzelrichter" kann der Vorsitzende des Spielgerichts oder ein beauftragtes Mitglied des Spielgerichts tätig werden (Art. 7 Abs. 2 der Sonderbestimmungen).

3.) Das Berufungsgericht

Für das Berufungsgericht gilt das gleiche wie für das Spielgericht. Tätig werden wieder drei "Richter", die auf vier Jahre vom Verbandstag gewählt sind und

die unter sich ihren Vorsitzenden bestimmen. Die drei "Richter" des Berufungsgerichts sind andere als die des Spielgerichts. Das ergibt sich zwar nicht eindeutig aus der Satzung (Art. 8 der Sonderbestimmungen), vom Verbandstag, der die Wahl der Berufungsrichter vornimmt, werden aber immer verschiedene "Richter" gewählt.

V. Die Verfahrensarten

Die Verbandsgerichtsorgane entscheiden im Schlichtungs-, Protest- und Strafverfahren (§ 3b)-d) Rechtsordnung) und im Ehrenverfahren (§ 3 Ehrenordnung).

1.) Das Schlichtungsverfahren

a) Inhalt und Häufigkeit

Das Schlichtungsverfahren (§ 3b) Rechtsordnung) findet bei Streitigkeiten zwischen Vereinen des BEV statt, die sich aus dem Spielverkehr ergeben. Das Verfahren kommt nur auf Antrag in Gang. Antragsberechtigt sind die betroffenen Vereine.

Das Schlichtungsverfahren ist relativ selten. Es wurde in diesem Verfahren nur neunmal entschieden, was einem Prozentsatz von 3,09 % aller Entscheidungen entspricht. Alle Entscheidungen ergingen wegen finanzieller Streitigkeiten infolge ausgefallener Spiele.

61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70
3	1	1	2	2	-	-	-	-

b) Fall zum Schlichtungsverfahren

Die Jugendmannschaften der Vereine S. und D. sollten 1966 gegeneinander spielen. Da eine Woche vor dem festgesetzten Spieltermin die Landesligamannschaften von S. und D. ebenfalls gegeneinander zu spielen hatten, schlug

der zuständige BEV - Jugendleiter dem Verein D. telephonisch vor, das Jugendspiel um eine Woche vorzuverlegen. Die Jugendlichen könnten dann zusammen mit den Landesligaspielern nach S. reisen. D. erklärte sich telephonisch mit der Verlegung einverstanden.

Als die Jugendmannschaft von D. am nächsten Tag in S. eintraf, konnte das Spiel nicht stattfinden. S. war von niemandem von der Verlegung benachrichtigt worden. D. lastete dem BEV die unterlassene Benachrichtigung an, mit der Begründung, der Jugendleiter habe versäumt, S. von der Verlegung zu benachrichtigen. D. stellte den Antrag, daß der Verband selbst die Reisekosten nach S. in Höhe von DM 237.- (400 km Fahrtkosten für 14 Spieler und 14 Essen) ersetze. Der BEV - Jugendleiter bestritt das vorgeworfene Versäumnis. Er habe ausdrücklich den Verein D. gebeten, sich selbst mit S. in Verbindung zu setzen. Die Sache sei für ihn erledigt gewesen, als am Abend - D. hatte nicht sofort zusagen können - der Anruf kam, daß D. am nächsten Tag in S. spiele. Die Telefongespräche waren jeweils mit Vertretern geführt worden.

Das daraufhin stattfindende mündliche Schlichtungsverfahren vor dem BEV - Spielgericht endete mit einem Vergleich. Einen Vergleich hatte bereits zwei Monate zuvor der Spielgerichtsvorsitzende vorgeschlagen, mit dem Inhalt, daß S. an D. einen Betrag von DM 110.- zahle und D. auf weitergehende Forderungen verzichte. Der Vergleich, der dann in der mündlichen Verhandlung geschlossen wurde, berücksichtigte, daß S. an der Verlegung des Spieles überhaupt nicht beteiligt war. Der Ausfall des Spieles wurde auf telephonische Mißverständnisse zurückgeführt. D. verpflichtete sich, ein Drittel der entstandenen Kosten selbst zu tragen; zwei Drittel (DM 158.-) übernahm der BEV. Verfahrenskosten wurden nicht erhoben.

2.) Das Protestverfahren

a) Inhalt und Häufigkeit

Das Protestverfahren (§§ 3c), 9 Rechtsordnung) betrifft lediglich den Fall, daß die Wertung von Meisterschaftsspielen durch die Schiedsrichter oder durch die zuständigen Verbandsorgane angegriffen wird. Es wird um eine Überprüfung mit dem Ziel der Verlusterklärung oder der Wiederholung des Spieles gebeten. Antragsberechtigt sind die betroffenen Vereine.

Der Protest kann nur auf die Verletzung der Spielregeln und der Wettkampfordnung gestützt werden, er kann sich nicht gegen eine Tatsachenentscheidung der Schiedsrichter wenden. Eine Tatsachenentscheidung liegt dann vor, wenn ein Schiedsrichter das von ihm beobachtete Spielgeschehen den Regeln entsprechend beurteilt hat (§ 9b) Rechtsordnung). Der Protest hat aufschiebende Wirkung.

Im Protestverfahren wurde im untersuchten Zeitraum viermal entschieden. Das entspricht, gemessen an allen ergangenen Entscheidungen, einem Prozentsatz von 1,38 %.

61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70
1	-	-	1	1	-	-	1	-

Der Protest war jeweils von dem Verein eingelegt worden, der das Spiel auf dem Eis verloren hatte. Das Ergebnis der Entscheidungen war unterschiedlich. Zweimal wurde der Protest zurückgewiesen, zweimal wurde ihm stattgegeben. Dabei wurde eine Spielwieder-

holung angeordnet und ein Spiel mit 2:0 Punkten und 5:0 Toren für den Verein gewertet, der den Protest eingelegt hatte.

b) Fall zum Protestverfahren

Der Verein T. hatte 1969 ein Meisterschaftsspiel in W. gegen den dortigen Verein mit 2:6 Toren verloren. Gegen die Wertung dieses Spieles legte T. Protest ein. Die Protesteingabe erfolgte einige Tage nach dem Spiel in einem Schreiben an den BEV wegen "irregulären Spielverlaufs und Ergebnisses".

Der Protest wurde auf verschiedene Gründe gestützt. So wurde das Verhalten der Spieler von W. angegriffen. Diese hätten eine Massenschlägerei verursacht und Fouls mit schweren Verletzungsfolgen begangen. Außerdem wurde die Ordnungsmäßigkeit von zwei Toren für W. bestritten. Ein Tor sei von den Schiedsrichtern erst nach Befragen der Zuschauer gegeben worden. Ein anderes Tor sei erst gefallen, nachdem das Spiel durch eine Trillerpfeife aus der Zuschauermenge unterbrochen worden sei. Dieses Tor hätte durch die Schiedsrichter nicht gegeben werden dürfen.

Der Protest wurde im schriftlichen Verfahren durch den Einzelrichter zurückgewiesen. Es blieb bei dem ursprünglichen Spielergebnis von 2:0 Punkten und 6:2 Toren für W. Grund für die Zurückweisung war einmal, daß der Protest nicht ordnungsgemäß eingelegt worden war. T. hatte versäumt, gegen die Wertung des Spieles durch die Schiedsrichter binnen einer halben Stunde nach Spielschluß einen ausdrücklichen Protest auf dem Spielbericht einzutragen. Zwar hatte der Mannschaftsführer

¹ Ein Spielbericht ist für jedes Spiel anzufertigen. Er enthält die Namen der Spieler und der übrigen Mitwirkenden, die sonstigen Daten und Vorkommnisse des Spiels.

von T. auf die Rückseite des Spielberichts geschrieben, daß ein Spieler von W. geschlagen worden sei, doch genügte er damit nicht den Erfordernissen der Protesteinlegung. Mit diesem Vermerk hatte er nicht zum Ausdruck gebracht, daß er gegen die Wertung des Spieles einen Protest einlegen wollte.

Aber auch die von T. vorgebrachten Protestgründe wurden zurückgewiesen. Weder die Massenschlägerei noch die Verletzungen - abgesehen von einer Verletzung, bei der aber Absicht nicht nachzuweisen war - wurden vom Spielbericht oder vom Sportarzt bestätigt. Selbst der Mannschaftsführer von T. hatte in seinem Spielberichtsvermerk lediglich von einem Spieler geschrieben, der geschlagen worden sei. Schließlich waren die beiden kritisierten Tore nach Auffassung des Einzelrichters zu Recht gegeben worden. Der Pfiff aus der Zuschauermenge habe das Spiel nicht unterbrochen. Das Tor habe deshalb anerkannt werden müssen. Hinsichtlich des anderen Tores aber hätten die Aussagen der Schiedsrichter ergeben, daß sie ihre Torentscheidung selbständig ohne Befragen der Zuschauer gefällt haben..

3.) Das Strafverfahren

a) Inhalt

Im Strafverfahren (§ 3d) Rechtsordnung) werden Verstöße gegen Bestimmungen und Anordnungen nach Maßgabe des Anhangs zur Rechtsordnung geahndet. Im Anhang zur Rechtsordnung sind unter 45 Ziffern Straftatbestände beispielhaft aufgeführt. Auch die Strafmaßnahmen, die beim Verstoß gegen die verschiedenen Tatbestände verhängt werden können, sind im Anhang zur Rechtsordnung im einzelnen angegeben und, soweit erforderlich, nach unten und nach oben begrenzt. Die einzelnen Strafen sind: Verweis, Verwarnung, Geldstrafe, Spiel- und Tätigkeitsverbot, Spielverlust,

Platzsperre und Antrag auf Ausschluß des Vereins aus dem BEV. Die Strafen können nebeneinander verhängt werden. Der Verweis ist die geringste Strafe. Es darf hier bereits darauf hingewiesen werden, daß der BEV Strafen über Vereinsmitglieder verhängt, obwohl ihm nur die Vereine als Mitglieder angehören. Die Frage der Zulässigkeit dieser Bestrafung wird an späterer Stelle behandelt werden.

Voraussetzung für die Bestrafung ist nach § 10 der Rechtsordnung eine vorsätzliche oder grob fahrlässige Verletzung oder Mißachtung der einschlägigen Vorschriften. Ein Strafverfahren kommt auf Antrag in Gang. Antragsberechtigt sind die Verbandsinstitutionen, so die Spielberichtsprüfungsstelle, die Verwaltungsorgane und der Schiedsrichterbmann. Betroffene Vereine und betroffene Vereinsmitglieder sind demnach nicht antragsberechtigt. Sie können lediglich eine antragsberechtigte Verbandsinstitution darauf aufmerksam machen, daß ein Verstoß erfolgt sei, und den Antrag auf Bestrafung anregen.

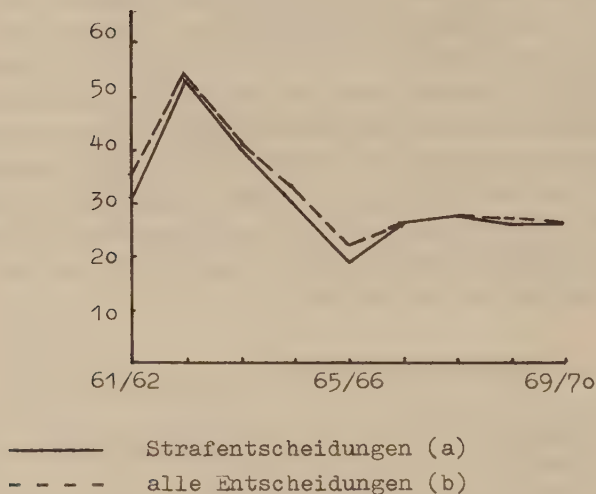
b) Fall zum Strafverfahren

Durch Einzelrichterentscheidung im schriftlichen Verfahren wurde 1966 ein Jugendspieler mit einem Verweis und einem Spielverbot für zwei Meisterschaftsspiele belegt. Er hatte einem gegnerischen Spieler, als sich das Spielgeschehen in einem anderen Drittel abspielte, mit dem Schläger auf den Rücken geschlagen. Die geringe Strafe, die ausgesprochen wurde (angedroht sind für Tötlichkeit ohne Verletzungsfolge Geldstrafen von DM 30.- bis DM 500.- und Spielverbot bis zu neun Monaten), ergab sich aus einem vom "Richter" für möglich gehaltenen Zusammenhang zwischen der Tötlichkeit und der Tatsache, daß der angegriffene Spieler betrunken war. Der betrunkenene Spieler, der wegen der Trunkenheit sofort aus seinem eigenen Verein ausgeschlossen worden war und gegen den deshalb kein Spielgerichtsverfahren durchgeführt wurde, habe eventuell den anderen Spieler so lange gereizt, bis dieser ihm gegenüber die Tötlichkeit beging.

c) Statistische Auswertung

aa) Häufigkeit der Strafverfahren allgemein

Anzahl der Straf-
verfahren/aller
Entscheidungen



61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70	
31	53	40	30	19	26	27	26	26	(a)
35	54	41	33	22	26	27	27	26	(b)

Das Strafverfahren ist das häufigste der drei Verfahrensarten. 278 Strafentscheidungen wurden gefällt (= 95,53 % aller Entscheidungen). Aus dem Schaubild läßt sich ablesen, daß in den Jahren 1966/67, 67/68 und 69/70 alle Entscheidungen Strafentscheidungen

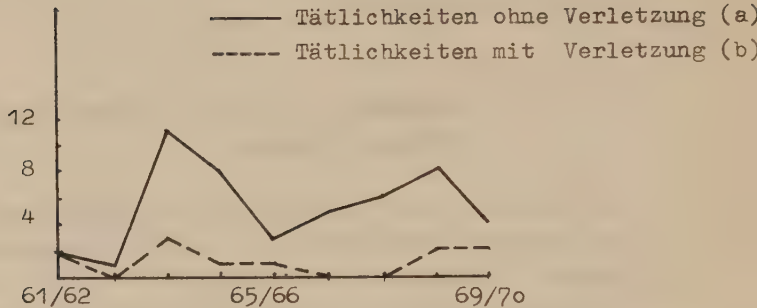
waren und daß 1962/63, 63/64 und 68/69 jeweils nur eine Entscheidung in einem anderen Verfahren erging. Von den Jahren 1962/63, 63/64 und 65/66 abgesehen ist die Zahl der Strafverfahren fast konstant. Der Durchschnitt liegt, von den drei Jahren abgesehen, bei 27,67 Entscheidungen pro Saison, insgesamt bei 30,89 Entscheidungen.

bb) Häufigkeit der Strafverfahren wegen bestimmter Vergehen

Im Folgenden wird die Häufigkeit der Strafentscheidungen wegen Tötlichkeit mit und ohne Verletzungsfolge, Nichtantreten und Spielabbruch, Falschangaben durch den Vereinsverantwortlichen und Passvergehen dargestellt. Diese Vergehen zählen zu den wichtigsten, die im Anhang zur Rechtsordnung aufgeführt sind. Passvergehen sind: Spielen eines Spielers ohne Genehmigung, Einsatz nicht spielberechtigter Spieler, Nichtvorlage von Spielerpässen. Jeder Spieler, der im BEV Eishockey spielen will, benötigt dazu eine Genehmigung des Verbandes. Wird die Genehmigung erteilt, dann erhält der Spieler einen sog. Spielerpass. Dieser Pass wird von der Geschäftsstelle des BEV ausgestellt. Er enthält Eintragungen über die Person des Spielers. Bei Jugendspielern enthält der Spielerpass zusätzlich einen Vermerk darüber, daß der Spieler vom Arzt untersucht und für gesund befunden wurde. Spielt ein Spieler ohne Pass oder spielt zum Beispiel ein Jugendspieler in einer Seniorenmannschaft mit oder wird bei einem Spiel einem Schiedsrichter ein Spielerpass nicht vorgelegt, dann handelt es sich um eines der oben erwähnten Passvergehen.

aaa) wegen: Tötlichkeiten ohne Verletzungs-
folge - mit Verletzungsfolge

Anzahl



61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70	
2	1	11	8	3	5	6	8	4	(a)
2	-	3	1	1	-	-	2	2	(b)

Die Entscheidungen wegen Tötlichkeiten ohne Verletzungsfolge überwiegen. In der Saison 1963/64 haben beide, sowohl für sich allein gesehen als auch zusammengenommen, ihren Höchststand, in der Saison 1962/63, in der die Tötlichkeiten mit Verletzungsfolge den Nullpunkt erreicht haben, befinden sich auch die Tötlichkeiten ohne Verletzungsfolge auf ihrem niedersten Stand. In den übrigen Jahren lassen sich Gemeinsamkeiten nur noch dahin feststellen, daß beide Vergehen - abgesehen von 1966/67 - hinsichtlich Ab- und Zunahme nie gegenläufig sind.

Der Anteil der Tötlichkeitsentscheidungen (mit und ohne Verletzungsfolge) an den Strafentscheidungen der

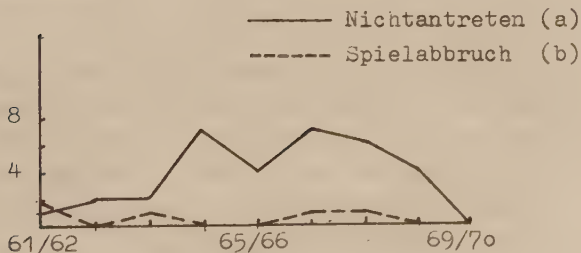
einzelnen Jahre ist unterschiedlich. Er schwankt zwischen 1,89 % in der Saison 1962/63 und 38,46 % in der Saison 1968/69:

61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70
12,9	1,89	35	30	21,05	19,23	22,22	38,46	23,08 %

Von den "Gerichten" des BEV war sowohl bei den Tötlichkeiten mit als auch denen ohne Verletzungsfolge die bevorzugte Strafe das Spielverbot. Denjenigen, die eine Tötlichkeit begangen hatten, wurde je nach Schwere ihres Vergehens für ein oder mehrere Spiele das Mitspielen untersagt. Teilweise bezog sich das Verbot auch nur auf eine bestimmte Art von Spielen, zum Beispiel auf Meisterschaftsspiele. Als zweithäufigste Strafe folgte die Verwarnung. Allerdings war das Spielverbot nahezu doppelt so häufig.

bbb) wegen: Nichtantreten - Spielabbruch

Anzahl



61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70	
1	2	2	7	4	7	6	4	-	(a)
2	-	1	-	-	1	1	-	-	(b)

Im Gegensatz zu den Strafentscheidungen wegen Nichtantretens, deren Zahl erheblich schwankt - mit den Spitzen 1964/65 und 66/67 und stetig abfallend von 1967/68 bis zum Nullpunkt 69/70 - ist der Anteil der Entscheidungen wegen Spielabbruchs¹ fast konstant gering. Zwar schwankt die Zahl dieser Entscheidungen ebenfalls, doch kommen in keiner Saison mehr als zwei Vergehen des Spielabbruchs vor.

Die Entscheidungen wegen Spielabbruchs beziehungsweise Nichtantretens sind an den Strafentscheidungen der einzelnen Jahre unterschiedlich beteiligt. Die Strafentscheidungen wegen Nichtantretens schwanken zwischen 3,23 % (61/62) und 26,92 % (66/67), die wegen Spielabbruchs zwischen 0 % (62/63, 64/65, 65/66, 68/69, 69/70) und 6,45 % (61/62).

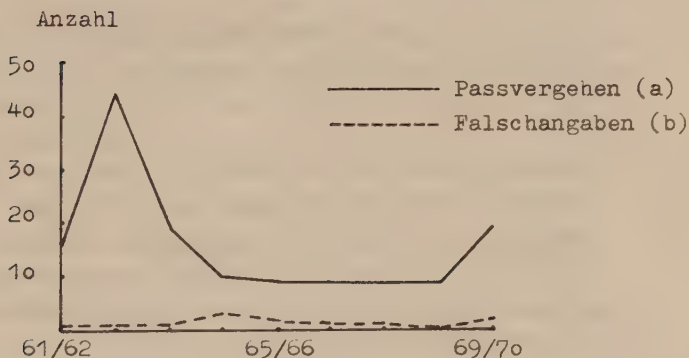
61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70	
3,23	3,77	5,0	23,33	21,05	26,92	22,22	15,38	-	(a)
6,45	-	2,5	-	-	3,85	3,7	-	-	(b)

(a) = Nichtantreten (b) = Spielabbruch

Bei den Vergehen des Nichtantretens und des Spielabbruchs war die gebräuchlichste Strafe der Spielverlust. Die Spiele wurden dabei in der Regel mit 2:0 Punkten und 5:0 Toren für den Gegner des Vereins gewertet, der den Spielabbruch oder das Nichtantreten zu verantworten hatte. An zweiter Stelle folgte bei diesen Vergehen die Geldstrafe.

¹ Nur der Spielabbruch durch den reisenden Verein wurde berücksichtigt, nicht der durch den Schiedsrichter, der ein anderer Tatbestand nach dem Anhang zur Rechtsordnung ist.

ccc) wegen: Falschangaben durch Vereins-
verantwortliche - Passvergehen



61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70
16	44	19	10	9	9	9	9	19
1	1	1	3	2	1	1	-	2

Falschangaben machen Vereinsverantwortliche beispielsweise dann, wenn ein Spieler keinen Spielerpass hat, der Vereinsverantwortliche aber fälschlicherweise versichert, der Pass befinde sich in den Händen des Vereins. Diese Zusicherung wird auf dem Spielbericht vermerkt und auf ihren Wahrheitsgehalt von der Spielberichtsprüfungsstelle untersucht. Der Spielberichtsprüfungsstelle ist von jedem Spiel der Spielbericht zuzusenden.

Die Strafentscheidungen wegen Falschangaben durch Vereinsverantwortliche sind selten. Sie verteilen sich ohne große Abweichungen gleichmäßig auf die

einzelnen Jahre. Der Anteil dieser Strafentscheidungen an allen Strafentscheidungen lag in den einzelnen Jahren zwischen 0 % (68/69) und 10,53 % (65/66).

61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70
3,23	1,89	2,5	10	10,53	3,85	3,7	-	7,69 %

Dagegen weist die Zahl der Entscheidungen wegen Passvergehen große Unterschiede auf. Von 1964/65 bis 68/69 ist die Zahl der Passvergehen nahezu konstant, 1961/62, 63/64 und 69/70 liegt sie ungefähr doppelt so hoch und 1962/63 hat sie ihren höchsten Stand (44 Entscheidungen).

Beachtenswert ist, daß mit steigender Zahl von Passvergehen nicht auch die Falschangaben durch Vereinsverantwortliche steigen. Letztere beziehen sich doch in der Regel auf Passangelegenheiten. In der Saison 1962/63, in der die Passvergehen stark zugenommen haben, ist die Anzahl der Falschangaben durchschnittlich. Umgekehrt stehen in der Saison 1964/65 der höchsten Zahl von Falschangaben mit am wenigsten Passvergehen in einer Saison gegenüber.

Der Anteil der Strafentscheidungen wegen Passvergehen an allen Strafentscheidungen in den einzelnen Jahren liegt zwischen 33,33 % (64/65 und 67/68) und 83,02 % (62/63).

61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70
51,61	83,02	47,5	33,33	47,37	34,62	33,33	34,62	73,08 %

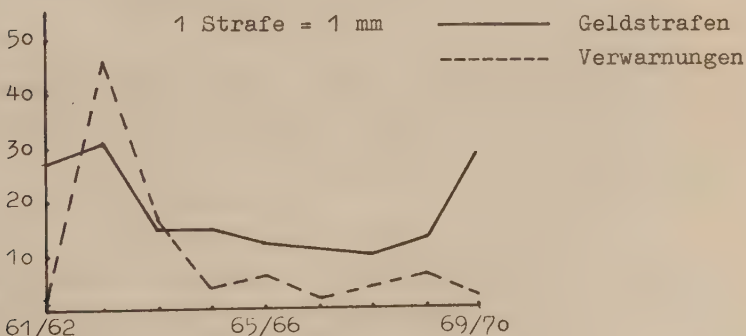
Für die Passvergehen und die Falschangaben ergibt sich hinsichtlich der bevorzugten Strafen folgendes Bild: Die Geldstrafe wurde bei beiden besonders häufig verhängt. Sie war bei den Falschangaben sogar die einzige benutzte Strafart. Bei den Passvergehen folgte nach der Geldstrafe die Verwarnung. Die Geldstrafen waren aber doch nahezu doppelt so zahlreich.

cc) Häufigkeit der einzelnen Strafen

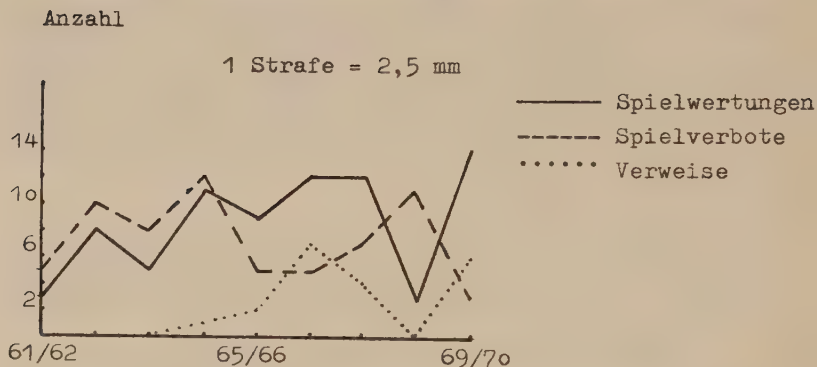
Von den möglichen Strafen wurden nur Verweise, Verwarnungen, Geldstrafen, Spielwertungen und Spielverbote verhängt. Die beiden folgenden Schaubilder zeigen die Häufigkeit dieser Strafen in den einzelnen Jahren.

Geldstrafen und Verwarnungen:

Anzahl



Spielwertungen, Spielverbote und Verweise:



61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70
27	31	15	15	12	11	10	13	28 (a)
2	46	17	4	6	2	4	6	2 (b)
3	8	5	11	9	12	12	3	14 (c)
5	10	8	12	5	5	7	11	3 (d)
-	-	-	1	2	7	4	-	6 (e)

(a) = Geldstrafen (b) Verwarnungen (c) Spielwertungen¹
 (d) = Spielverbote² (e) Verweise

Die meisten der Strafen, die verhängt wurden, waren Geldstrafen (162). Diese haben ihren höchsten Stand

¹ Dazu wurde auch die Festsetzung von Spielwiederholungen gezählt.

² Die Spielverbote sind von unterschiedlicher Dauer und Tragweite (z.B. nur für Meisterschaftsspiele). Die Angaben beziehen sich auf die Zahl der Entscheidungen, in denen Spielverbote ergingen.

in der Saison 1962/63, in der Saison, in der auch die Anzahl der Strafverfahren und der Passvergehen am größten ist.

Nahezu konstant mit Ausnahme der Jahre 1962/63 und 63/64 ist die Zahl der Verwarnungen. Das vorübergehende starke Ansteigen 1962/63 ist wiederum auf die große Zahl der Passvergehen in diesem Jahr zurückzuführen. Auch in der Saison 1963/64 beruht die überdurchschnittliche Zahl der Verwarnungen auf Verurteilungen wegen Passvergehen.

Die Zahl der Verweise ist gering. Vier Jahre wurden sie nicht erteilt (61/62 - 63/64, 68/69), 1966/67 haben sie ihren Höchststand (7).

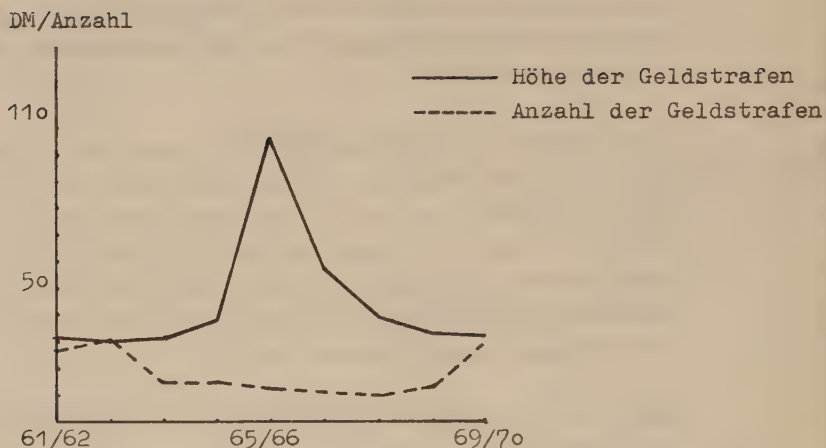
Die Spielverbote und die Entscheidungen über Spielwertungen schwanken zwischen 3 (61/62, 68/69) und 14 (69/70) (so die Spielwertungen) und 3 (69/70) und 12 (64/65) (so die Spielverbote) pro Saison.

dd) Höhe der Geldstrafen

Aus dem nachstehenden Schaubild läßt sich die durchschnittliche Höhe der Geldstrafen in den einzelnen Jahren ablesen (durchgehende Linie). Die Anzahl der Geldstrafen wurde zum Vergleich in die DM - Skala eingesetzt (gestrichelt).

61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70	
31,04	30,42	31,8	38	106,75	57,27	39	33,85	31,75	(a)
27	31	15	15	12	11	10	13	28	(b)

(b) Zahl der Geldstrafen (a) Höhe der Geldstrafen



Die Höhe der Geldstrafen ist 1965/66 und 66/67 überdurchschnittlich. Dies ergibt sich aber nicht etwa aus schwereren Straftaten, die in diese Zeit fallen. Der Grund dürfte darin zu finden sein, daß der "Richter", der die meisten Entscheidungen fällte, in diesen Jahren weniger an der "Rechtsprechung" beteiligt war. Die neu beteiligten "Richter" haben strengere Maßstäbe angelegt. Die Annahme, daß die hohen Durchschnittsbeträge auf die anderen Maßstäbe der neuen "Richter" zurückzuführen sind, wird auch nicht dadurch widerlegt, daß in den Jahren 1968/69 und 69/70 andere "Richter" ebenfalls öfters an der "Rechtsprechung" beteiligt waren, die Höhe der Geldstrafen aber nicht vom Durchschnitt abweicht. Abgesehen von einem "Richter", der auch bei einer Entscheidung in der Saison 66/67 mitwirkte, handelte es sich 68/69 und 69/70 erneut um andere "Richter".

Auffallend ist das Verhältnis der Anzahl der Geldstrafen zu deren Höhe. Beide Kurven in dem Schaubild verlaufen nahezu entgegengesetzt. Die Durchschnittshöhe der Geldstrafen ist am niedrigsten, wenn die Anzahl der Geldstrafen am höchsten ist. (62/63), sie ist am höchsten, wenn die Anzahl der Geldstrafen mit am niedrigsten ist.

4.) Das Ehrenverfahren

Beim Ehrenverfahren (§§ 1 - 13 Ehrenordnung) handelt es sich um ein gesondert geregeltes Verfahren. Es findet bei Ehrenangelegenheiten von Verbandsangehörigen statt, "soweit dieselben ihre Regelung nicht innerhalb ihres Vereins finden können" (§ 1 Ehrenordnung). Ehrenangelegenheiten sind "Verstöße gegen den sportlichen Geist, gegen die Ehre und das Ansehen sowie sonstiger, auch durch das Gesetz geschützter Rechtsgüter Einzelner und des Verbandes und seiner Gremien, soweit sie nicht bereits durch bestehende Vorschriften der Wettkampfordnung geahndet werden können" (§ 2 Ehrenordnung). Antragsberechtigt ist jeder, der nach § 2 Ehrenordnung selbst beschwert ist oder ein berechtigtes Interesse an der Strafverfolgung hat (§ 5 Ehrenordnung). Ob ein Verfahren vor dem Ehrengericht zu eröffnen ist, entscheidet der Vorsitzende; er beruft das Ehrengericht ein (§ 6 Ehrenordnung). Die möglichen Strafen sind Verweis, Geldstrafen bis DM 200.-, zeitliche Sperren, zeitliche oder dauernde Aberkennung der Fähigkeit, innerhalb des BfV beziehungsweise eines Verbandsvereins ein Amt zu bekleiden, und Erwirkung der Ausschließung

aus dem Verband durch den Bayerischen Landes - Sport-
verband (BLSV). (§ 8 Ehrenordnung).

Ein Ehrenverfahren wurde in der untersuchten Zeit
nicht durchgeführt.

VI. Der Instanzenzug und die Zuständigkeit der BEV - "Rechtsprechungsorgane"

Nach der Rechtsordnung des BEV können erstinstanzliche, Beschwerde- und Berufungsentscheidungen ergehen. Die Instanzen und die Zuständigkeit der BEV - "Rechtsprechungsorgane in diesen Instanzen werden im Folgenden behandelt. In diesem Zusammenhang wird auch auf das Wiederaufnahmeverfahren und das Gnadenrecht eingegangen.

1.) Der Instanzenzug im Schlichtungs-, Protest- und Strafverfahren

a) Instanzenzug Spielgericht - Berufungsgericht

Das Spielgericht kann als erstinstanzliche Stelle gemäß Art. 7 der Sonderbestimmungen in mündlicher Verhandlung tätig werden. Es kann aber auch, das ergibt sich aus § 5 b)bb) Rechtsordnung, im schriftlichen Verfahren eine Entscheidung fällen.

Die Spielgerichtsentscheidung im schriftlichen Verfahren ist selten. Zwischen 1961 und 1970 ergingen nur zwei Entscheidungen in diesem Verfahren, die noch dazu Ergänzungsentscheidungen zu anderen Entscheidungen waren (= 0,7 % aller erstinstanzlichen Entscheidungen).

Nicht nur die erstinstanzliche Spielgerichtsentscheidung im schriftlichen Verfahren ist selten, auch auf Grund erstinstanzlicher mündlicher Verhandlung durch

drei Spielgerichtsmitglieder ergingen nur neun Entscheidungen. Das entspricht einem Prozentsatz von 3,17 % aller erstinstanzlichen Entscheidungen.

61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70	
-	-	-	-	1	1	-	-	-	(a)
1	-	1	3	4	-	-	-	-	(b)

(a) = erstinstanzliche schriftliche Spielgerichtsentscheidung

(b) = erstinstanzliche mündliche Spielgerichtsentcheidung

Gegen die Entscheidungen des BEV - Spielgerichts in erster Instanz, gleichgültig ob auf Grund mündlicher Verhandlung oder im schriftlichen Verfahren entschieden wurde, gibt es die Berufungsmöglichkeit zum Berufungsgericht (§ 5 b)bb) Rechtsordnung).

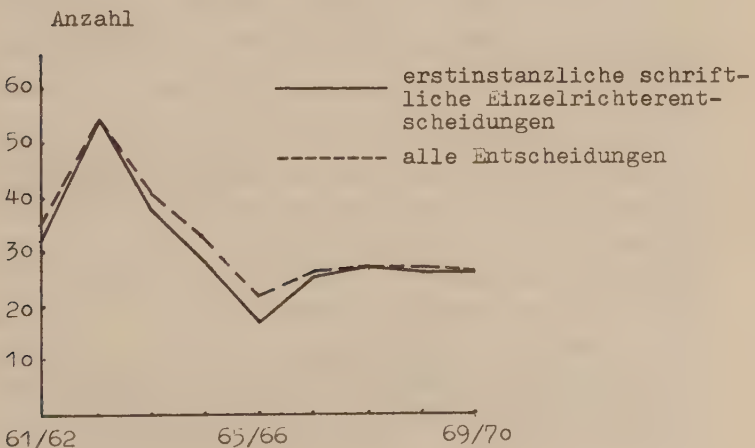
Die Berufungsinstanz ist Tatsacheninstanz, die Einlegung der Berufung hat keine aufschiebende Wirkung (§ 5c) Rechtsordnung). Innerhalb von acht Tagen nach Zugang einer im schriftlichen Verfahren oder nach Verkündung einer auf Grund mündlicher Verhandlung ergangenen Entscheidung können im Schlichtungs- und Protestverfahren die unmittelbar beteiligten Vereine und im Strafverfahren der bestrafte Verein beziehungsweise dessen Mitglieder und die Verbandsinstitution, die den Strafantrag gestellt hat, Berufung einlegen (§ 5b)cc) Rechtsordnung).

In der untersuchten Zeit wurde kein Berufungsverfahren durchgeführt. Von keiner Seite war eine Berufung eingelegt worden.

b) Instanzenzug Spielgerichtseinzelrichter -
Beschwerdegericht

Aus § 7a) Rechtsordnung und § 5b)aa) Rechtsordnung ergibt sich, daß der Einzelrichter in erster Instanz im schriftlichen Verfahren ohne mündliche Verhandlung tätig werden kann.

Dieses schriftliche Verfahren vor dem Einzelrichter ist von der Rechtsordnung als Ausnahmeverfahren vorgesehen. "Rechtsprechungsorgane entscheiden regelmäßig nach mündlicher Verhandlung. In dringenden und einfach gelagerten Fällen sind schriftliche und fernmündliche Beratungen, Abstimmungen und Entscheidungen zulässig." (§ 6d) Rechtsordnung). Die Praxis aber hat das Ausnahmeverfahren zum Regelverfahren werden lassen. 96,13 % der Fälle in erster Instanz wurden durch den Einzelrichter entschieden. Von 284 erstinstanzlichen Entscheidungen sind 273 im schriftlichen Verfahren ergangen.



61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70	
32	54	38	28	17	25	27	26	26	(a)
35	54	41	33	22	26	27	27	26	(b)

(a) = erstinstanzliche schriftliche Einzelrichter-
entscheidungen

(b) = alle Entscheidungen

An dem Schaubild läßt sich die große Beteiligung der schriftlichen Verfahren durch den Einzelrichter, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Jahre, erkennen. Im Jahr 1962/63, in dem die meisten Entscheidungen ergingen, und in den Jahren 1967/68 und 69/70 sind sämtliche Entscheidungen im schriftlichen Verfahren durch den Einzelrichter ergangen.

Die Anzahl der Entscheidungen, die der Einzelrichter erlassen hat, ist in den meisten Jahren nahezu konstant. Abgesehen von der starken Zunahme in der Saison 1962/63 sind stärkere Abweichungen nur noch 1963/64 und 65/66 gegeben. Die starke Zunahme in der Saison 62/63 ist auf das rasche Anwachsen der Passvergehen zurückzuführen.

Gegen die Entscheidungen des Einzelrichters in erster Instanz kann Beschwerde zum Spielgericht eingelegt werden. Die Beschwerde ist ein Antrag auf mündliche Verhandlung vor dem Spielgericht (§ 5b)aa) Rechtsordnung). Sie kann innerhalb von acht Tagen nach Zugang der Entscheidung im schriftlichen Verfahren eingelegt werden. Im Schlichtungs- und Protestverfahren sind dazu die unmittelbar beteiligten Vereine berechtigt, im Strafverfahren der bestrafte Verein beziehungsweise dessen Mitglieder und die Verbands-

institution, die den Strafantrag gestellt hat (§ 5b)cc) Rechtsordnung - wie beim Berufungsverfahren). Die Beschwerdeinstanz ist Tatsacheninstanz. Die Einlegung der Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 5c) Rechtsordnung).

Bei der Besetzung des Spielgerichts ist zu beachten, daß der Einzelrichter der ersten Instanz auch in der Beschwerdeinstanz mitwirken kann. Das ergibt sich aus Art. 7 Abs.2 der Sonderbestimmungen in Verbindung mit § 5b)aa) Rechtsordnung und aus den Entscheidungen.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, daß die Zuständigkeit des Spielgerichts auch durch eine Beschwerde begründet wird, die sich gegen eine Bestrafung ("Sofortmaßnahme") durch den BEV-Eishockey-Obmann, durch offizielle Mannschaftsführer von Auswahlmannschaften und durch Lehrgangsleiter wendet (§ 11a),b) Rechtsordnung). Ein derartiges Beschwerdeverfahren wurde in der untersuchten Zeit nicht durchgeführt.

Beschwerdeverfahren gegen Entscheidungen im schriftlichen Verfahren durch den Einzelrichter, die dann auch durchgeführt und entschieden wurden, gab es im untersuchten Zeitraum sieben.(= 2,41 % aller Entscheidungen).

61/62	62/63	63/64	64/65	65/66	66/67	67/68	68/69	69/70
2	-	2	2	-	-	-	1	-

Sechs der sieben Beschwerdeverfahren wurden im Anschluß an ein erstinstanzliches Strafverfahren durchgeführt. Die siebte Beschwerde richtete sich gegen ein Urteil,

das in einem erstinstanzlichen Schlichtungsverfahren ergangen war. Von den sechs Beschwerden gegen die Strafentscheidungen war nur eine erfolglos. Bei ihr blieb es bei der Strafe aus der ersten Instanz. Die anderen fünf Beschwerden gegen Strafentscheidungen führten zwar in keinem Fall zur völligen Beseitigung der erstinstanzlichen Strafe, doch wurden in allen Beschwerdeentscheidungen die Strafen gemildert. Das Beschwerdeverfahren gegen die erstinstanzliche Entscheidung im Schlichtungsverfahren endete mit einem Vergleich der streitenden Vereine.

2.) Der Instanzenzug im Ehrenverfahren

Gemäß § 3 Ehrenordnung wird das Berufungsgericht als erstinstanzliches Ehrengericht in Ehrenangelegenheiten tätig. Ein erstinstanzliches Ehrenverfahren kam in der untersuchten Zeit nicht vor.

Gegen die Entscheidungen des Berufungsgerichts in Ehrenangelegenheiten kann binnen einer Frist von zwei Wochen Berufung eingelegt werden. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung (§ 11 Ehrenordnung). Nach § 11 Ehrenordnung geht die Berufung allerdings nicht zu einem selbständigen Gremium, wie dies bei der Berufung gegen Spielgerichtsurteile der Fall ist, sondern zum Verbandstag. Hier entscheiden dann die Vereine des BEV, wobei auch die betroffenen Vereine Stimmrecht haben.

In der untersuchten Zeit kam keine Berufung gegen ein Urteil des Ehrengerichts vor den Verbandstag.

Da es sich bei der Entscheidung durch den Verbandstag nicht mehr um eine Entscheidung durch die Sportgerichte des BEV handelt, wird im Folgenden darauf nicht eingegangen.

3.) Das Wiederaufnahmeverfahren

Eine weitere Möglichkeit, eine Entscheidung überprüfen zu lassen, gibt das Wiederaufnahmeverfahren nach § 12 Rechtsordnung.

Das Wiederaufnahmeverfahren kann angeordnet werden in einem rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren, wenn neue Tatsachen und Beweismittel beigebracht werden, die im früheren Verfahren nicht bekannt waren oder ohne Verschulden nicht geltend gemacht werden konnten. Es ist nur innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des letzten Urteils zulässig.

Die Zuständigkeit der Sportgerichte bestimmt sich nach § 12b) Rechtsordnung. Danach ist für das Wiederaufnahmeverfahren das "Gericht" zuständig, dessen Entscheidung rechtskräftig wurde. Das können das Spielgericht und das Berufungsgericht sein. Im Falle der Wiederaufnahme eines Verfahrens, das durch Einzelrichter entschieden wurde, ist ebenfalls das Spielgericht zuständig. Gegen eine erneute Entscheidung des Spielgerichts kann Berufung eingelegt werden.

Seit 1961 wurde kein derartiges Verfahren durchgeführt.

4.) Das Gnadenrecht

In diesem Zusammenhang soll auch auf das Gnadenrecht nach § 13 Rechtsordnung hingewiesen werden. In Strafsachen kann nach Abgeltung der Hälfte der Strafe beim Verbandspräsidenten ein Gnadengesuch eingereicht werden. Auf Grund des Gnadengesuches kann die verhängte Strafe gemildert werden. Ganz erlassen werden kann sie allerdings nicht.

VII. Die wichtigsten Vorteile, die sich für den BEV, die Vereine und deren Mitglieder aus der Einrichtung einer selbständigen Verbandsgerichtsbarkeit ergeben

Im Folgenden sollen die wichtigsten Vorteile dargestellt werden, die die Einrichtung der Verbandsgerichtsbarkeit für den BEV, die Vereine und die Vereinsmitglieder mit sich bringt. Diese Vorteile waren sicherlich zum großen Teil auch die Gründe, die den BEV zur Einrichtung der Verbandsgerichtsbarkeit bewogen haben.

1.) Möglichkeit der wirksamen Kontrolle und Überwachung des Spielverkehrs

Der Verbandsgerichtsbarkeit unterliegt der gesamte Spielverkehr im BEV. Nach § 1 Rechtsordnung dient die "Rechtsordnung zur Wettkampfordnung" (RO zur WO) "der Wahrung der in der Spielordnung zur WO festgelegten Rechte und Pflichten der Verbandsorgane sowie der Vereine und deren Mitglieder durch die Verbandsgerichtsbarkeit". Und gemäß Art.1 der Sonderbestimmungen des BEV zur WO-Spielordnung sind im Schlichtungs- und Strafverfahren das BEV-Spielgericht und das BEV-Berufungsgericht (neben anderen Institutionen) zur Leitung und Überwachung des Gesamtspielverkehrs berufen. Mit dieser Kontrolle und Überwachung kann der BEV wirksam in Streitigkeiten eingreifen und Verfehlungen ahnden. Damit wird gleichzeitig zur Förderung einer disziplinierten und sportlichen Haltung im Verband beigetragen. Dies sind Vorteile, die die Verbandsrechtsprechung des BEV mit sich bringt.

2.) Raschere Entscheidungen

Besonders für Vereine, die auf Natureis spielen, kann die Eishockeysaison sehr kurz sein. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Entscheidungen in kürzester Zeit zu fällen. So entfaltet zum Beispiel eine Platzsperre nur dann Wirkung, wenn noch gespielt werden kann. Staatliche Gerichte sind aber kaum in der Lage, in der erforderlich kurzen Zeit zu entscheiden. "Alle Beteiligten haben den Wunsch, daß die Entscheidungen möglichst rasch gefällt werden. Die Gemessenheit, mit der staatliche Gerichte zu judizieren pflegen, erscheint ihnen unangebracht."¹ Rasch entscheiden können dagegen die Verbandsgerichte des BEV. Hierin liegt ein weiterer Vorteil der verbandseigenen BEV - "Rechtsprechung".

Die Gesamtdurchschnittsdauer aller untersuchten Entscheidungen zwischen 1961 und 1970 beträgt 25,31 Tage. Dabei wurde immer die Zeit zwischen Spiel, Ereignis oder Protesteinlegung beziehungsweise zwischen Einlegung eines Rechtsmittels und erneuter Entscheidung gerechnet. Bezog sich eine Entscheidung auf mehrere Vergehen (zum Beispiel ein Spieler spielte in zwei Spielen an verschiedenen Tagen ohne Pass), so wurde jedes Spiel selbständig gerechnet. Fünf Spiele konnten nicht berücksichtigt werden, da bei ihnen die Angabe des Datums fehlte.

Der Gesamtdurchschnitt setzt sich aus folgenden Jahresdurchschnitten zusammen:

¹ Fritz, Sport und Recht, S.11



61/62 62/63 63/64 64/65 65/66 66/67 67/68 68/69 69/70
20,04 20,29 22,64 15,96 48,67 22,08 25,74 23,9 28,5

Dem geringsten Jahresdurchschnitt 1964/65 mit 15,96 Tagen folgt im nächsten Jahr 1965/66 der höchste mit 48,67 Tagen. Der hohe Durchschnitt 65/66 beruht auf der langen Dauer bis zur Entscheidung in zwei Schlichtungsverfahren und einer Sammelentscheidung (die Entscheidung bezog sich auf mehrere Vereine und mehrere Spiele). In den anderen Jahren ist - mit Ausnahme von 1968/69 - ein langsames Ansteigen der Durchschnittsdauer festzustellen.

3.) Einfacher anzurufendes Entscheidungsorgan

Eine Entscheidung durch ein Verbandsgericht des BEV kommt auf weniger formelle, weniger umständliche und weniger kostspielige Weise als durch ein ordentliches Gericht zustande. So ist im Schlichtungsverfahren die Möglichkeit gegeben, auf einfachere Weise

seine Ansprüche geltend zu machen als dies im ordentlichen Verfahren möglich ist. Auch dies ist ein Vorteil der Verbandsrechtsprechung.

4.) Durch größere Sachkenntnis bessere Urteile

Die "Richter" der Verbandsgerichtsbarkeit des BEV verfügen als Mitglieder von Vereinen über die erforderliche Sachkenntnis. Diese wird, was Eishockey anlangt, in der Regel größer sein als die eines Richters an einem staatlichen Gericht. Die größere Sachkenntnis aber und auch die Erfahrung der "Richter" des BEV können sich in lebensnäheren und gerechteren Urteilen auswirken. Darin liegt ein weiterer Vorteil der verbandseigenen "Rechtsprechung".

5.) Grundsätzlich gleiche "Rechtsprechungsmaßstäbe" der BEV-"Richter"

Beim BEV gibt es nur drei "Rechtsprechungsorgane". Von diesen werden sämtliche Streitigkeiten entschieden und Verstöße geahndet. Aus der geringen Anzahl der BEV-"Rechtsprechungsorgane" läßt sich aber schließen, daß den Entscheidungen in der Regel die gleichen Beurteilungsmaßstäbe der "Richter" zugrunde liegen. Darin besteht ein Vorteil gegenüber der Rechtsprechung staatlicher Gerichte, bei der viele Richter an verschiedenen Gerichten entscheiden. Denn durch diese Aufteilung der Rechtsprechung ist die Gefahr gegeben, daß Richter mit voneinander abweichenden Beurteilungsmaßstäben tätig werden.

6.) Nur begrenzte Wirkung von Strafentscheidungen

Eine Strafe durch ein Verbandsgericht gegen ein Verbands- oder Vereinsmitglied ist von geringerer Tragweite als eine Strafe durch ein ordentliches Gericht. Auch wenn die Strafe im Einzelfall Wirkungen nach außen haben kann, ist sie eine Strafe, die eine Angelegenheit verbandsintern regeln und erledigen soll.

Dieser Schutz, der damit dem Mitglied gewährt wird, ist ebenfalls ein Vorteil der Verbandsgerichtsbarkeit.

7.) Größere Objektivität durch Selbständigkeit der "Rechtsprechungsorgane"

Ursprünglich lag die Verbandsrechtsprechung in den Händen der Eishockeykommission und damit eines Gremiums, das sowohl die "Rechtsprechung" ausübte als auch sonstige Verwaltungsaufgaben erledigte. Die Schaffung selbständiger "Rechtsprechungsorgane" sollte eine von sachfremden Verbandsinteressen unbeeinflusste "Rechtsprechung" schaffen. Die Objektivität der "Richter", die mit dieser Maßnahme gefördert wird, ist zwar kein Vorteil, der sich aus der Einrichtung der Verbandsrechtsprechung überhaupt ergibt. Es ist aber ein Vorteil, der aus der selbständigen Stellung der "Rechtsprechungsorgane" des BEV folgt.

8.) Nur beschränkter Einblick der Öffentlichkeit
in die Angelegenheiten des Verbandes

Eines der Ziele des BEV ist die Wahrung des sportlichen Ansehens. Jeder Streit und jede Handlung, die sich nicht im sportlich zulässigen Rahmen bewegen und mit denen sich das Spielgericht beschäftigen muß, sind aber geeignet, bei Bekanntwerden in der Öffentlichkeit diesem Ansehen zu schaden.

Die interne "Rechtsprechung" des BEV hat zur Folge, daß Verfehlungen der Verbands- und Vereinsmitglieder und Streitigkeiten nicht in dem Maß an die Öffentlichkeit kommen, wie dies durch die staatliche Gerichtsbarkeit geschehen würde. Auch darin ist ein weiterer Vorteil für den BEV zu sehen.

9.) Fall zum Ausschluß der Öffentlichkeit von
verbandsinternen Vorgängen

Das Ziel des BEV, die Öffentlichkeit nur in dem vom Verband gewünschten Umfang Einblick in die inneren Angelegenheiten des Verbandes nehmen zu lassen, ergibt sich deutlich aus einer Entscheidung aus dem Jahre 1962:

Wegen "einer Handlung, die dem Zweck und dem Ansehen des Eishockeysports zum Schaden gereicht = Einschaltung der Presse in einen laufenden verbandsinternen Vorgang" war ein Eishockeyabteilungsleiter eines Vereins im schriftlichen Verfahren durch den Einzelrichter mit einem Verweis, einer Geldstrafe von DM 25.- und einer Unkostenpauschale von DM 2.- belegt worden. Er hatte in einem Interview mit dem "Münchner Merkur" behauptet, die Auswahl der Vereine für die damals neu geschaffene Gruppenliga sei nicht ordnungsgemäß und gerecht vorgenommen worden.

Die Spiele waren zu diesem Zeitpunkt schon in vollem Gang. In den Gründen zu der Entscheidung wurde festgestellt, daß es auf den Inhalt des Berichts an sich nicht ankomme. Er sei aber zumindest unvollständig und wider besseres Wissen abgegeben worden.

Der betreffende Abteilungsleiter legte Beschwerde gegen die Entscheidung ein und stellte den Antrag auf mündliche Verhandlung vor dem Spielgericht. In der Beschwerdeverhandlung wurde er erneut zur Zahlung einer Geldstrafe von DM 25.- verurteilt und außerdem zur Tragung der Kosten des Spielgerichtsverfahrens in Höhe von DM 34.-.

Wiederum wurde festgestellt, daß der Abteilungsleiter mit der Einschaltung der Presse in einen laufenden verbandsinternen Vorgang dem Ansehen und Zweck des Eishockeysports geschadet habe. In den Gründen heißt es unter anderem: "Trotzdem kann nicht anerkannt werden, daß während einer laufenden Spielzeit durch unvollständige Information Unruhe in die Öffentlichkeit und in die eishockeyinteressierten Sportkreise getragen wird. Für verbandsinterne Aussprachen sind die Verbandstage da. Dort können auch Funktionäre, mit deren Arbeit ein Einverständnis nicht besteht, gerügt oder abgewählt werden."

VIII. Die wichtigsten Grundsätze der "Rechtsprechung" des BEV

Die "Rechtsprechung" des BEV richtet sich nach Grundsätzen, die in der Satzung des BEV niedergelegt sind. Zu diesen Grundsätzen, die sich unmittelbar aus der Satzung des BEV ergeben, wurden für das Strafverfahren von der "Rechtsprechung" des BEV weitere Grundsätze hinzuentwickelt. Diese Grundsätze hat der Spielgerichtsvorsitzende in Schreiben aus den Jahren 1963 und 1966, die er an andere Spielgerichtsmitglieder richtete, aufgezählt.

In diesem Kapitel werden die wichtigsten der Grundsätze der "Rechtsprechung" des BEV dargestellt. Es wird dabei im einzelnen darauf hingewiesen werden, ob der betreffende Grundsatz sich unmittelbar aus der Satzung des BEV ergibt oder ob er von der "Rechtsprechung" entwickelt wurde.

1.) Einzelne allgemeine Grundsätze

a) Regelfall: mündliche Verhandlung

Nach der "Rechtsordnung" des BEV hat eine Entscheidung grundsätzlich nach mündlicher Verhandlung zu ergehen (§ 6d) S.1 Rechtsordnung). In der Praxis verhält es sich allerdings umgekehrt.¹

¹ siehe oben S. 39

b) Unverzügliche Ermittlung und Entscheidung

Aus § 6a) Rechtsordnung ergibt sich die Verpflichtung der BEV-"Gerichte" zu rascher Ermittlung und Entscheidung: "Die Rechtsprechungsorgane haben unverzüglich zu ermitteln und zu entscheiden. Sie haben nach pflichtmäßiger Prüfung der Voraussetzungen Verfahren zu eröffnen oder die Eröffnung abzulehnen. Erforderlichenfalls sind Zeugen bzw. Sachverständige zu laden."¹

c) Ermittlungsgrundsatz

Im staatlichen Strafprozess ermittelt das Gericht in dem ihm vorliegenden Fall den Sachverhalt selbst. Es ist nicht an Anträge und Erklärungen der Prozessbeteiligten gebunden.² Das ergibt sich aus den §§ 155 Abs.2, 244 Abs.2 StPO. So besteht beispielsweise keine Bindung an das Geständnis des Angeklagten. Das Gericht kann von Amts wegen die Aufnahme von Beweisen anordnen und solche Tatsachen berücksichtigen, die von den Prozessparteien nicht vorgebracht sind.³

Es soll hier festgestellt werden, ob dieser "Ermittlungsgrundsatz" des staatlichen Strafprozesses auch für die "Gerichte" des BEV gilt. Dabei ist zu beachten, daß es neben dem Strafverfahren des BEV auch Schlichtungs-, Protest- und Ehrenverfahren gibt.

§ 6a) Rechtsordnung deutet auf einen solchen Ermittlungsgrundsatz hin, der für alle Verfahrensarten des

¹ dazu oben S. 46/47

² vgl. Kern-Roxin, Strafverfahrensrecht, § 15A

³ vgl. Lent-Jauernig, Zivilprozessrecht, § 25 I1

BEV gilt. Auch wenn in § 6a) Rechtsordnung nicht ausdrücklich bestimmt ist, daß die "Rechtsprechungsorgane" von Amts wegen ermitteln, kann doch nichts anderes gelten. Dafür sprechen auch die Auskunftspflicht, die gemäß § 8a) Rechtsordnung die Vereine trifft,¹ und die Entscheidungen.

Besonders im Strafverfahren werden die Sportgerichte von sich aus ermittelnd tätig. Dieses Ermittlungsrecht der Sportgerichte des BEV im Strafverfahren entspricht der Regelung für staatliche Gerichte und wird durch das Interesse der anderen Verbandsmitglieder an der Durchführung des Strafverfahrens gerechtfertigt. Im Ehrenverfahren gilt wegen des Interesses der anderen Verbandsmitglieder gleiches. Auch im Protestverfahren ergibt sich daraus, daß die Wertung von Spielen Auswirkungen auf unbeteiligte Vereine haben kann, die Rechtfertigung zur selbständigen Ermittlung der Sportgerichte.

Beim Schlichtungsverfahren handelt es sich dagegen um Streitigkeiten der Vereine untereinander ohne die Auswirkungen, die Straf-, Ehren- und Protestverfahren haben. Der Annahme, daß aus der Parallele zum ordentlichen Zivilprozess auf die Nichtanwendbarkeit des Ermittlungsgrundsatzes zu schließen sei, stehen aber wieder § 6a) Rechtsordnung, die Auskunftspflicht nach § 8a) Rechtsordnung und die untersuchten Schlichtungsverfahren, in denen die Sportgerichte ebenfalls des öfteren von sich aus Ermittlungen angestellt haben, entgegen. Es wäre auch nicht ersichtlich, weshalb § 6a) Rechtsordnung im Schlichtungsverfahren eine

¹ dazu auch S.55

andere Bedeutung hätte als im Straf-, Protest- und Ehrenverfahren.

Im Schlichtungsverfahren gilt deshalb Folgendes: Im Regelfall wird das "Gericht" auf Grund des Vorbringens der Parteien entscheiden. In den Fällen aber, in denen die Parteien nicht vollständig zur Aufklärung beitragen können oder wollen, haben die Sportgerichte das Recht, selbständig zu ermitteln, und diese Ermittlungen bei der Urteilsfindung zu verwerten.

d) Auskunftspflicht und Wahrheitspflicht

Es besteht eine Auskunftspflicht der Vereine. Sie müssen, wenn dazu aufgefordert, ihre Vereinsunterlagen vorlegen. Im übrigen sind sie zu wahrheitsgemäßen Angaben verpflichtet (§ 8a) Rechtsordnung).

e) Grundsätzlich: Gewährung des rechtlichen Gehörs

Das rechtliche Gehör wird grundsätzlich gewährt. Eine wesentliche Ausnahme davon macht aber das Verfahren vor dem Einzelrichter, in dem eine Anhörung nicht geboten ist (§ 6c) Rechtsordnung). Der Einzelrichter kann lediglich auf Grund des Vorbringens der anzeigenden Stelle entscheiden. Er ist nicht gehalten, irgendwelche Erkundigungen einzuziehen und den Betroffenen zur Stellungnahme aufzufordern.

f) Ausgangspunkt: Richtige Tatsachenentscheidung der Schiedsrichter

Bei einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren durch den Einzelrichter "wird (zwangsläufig) von

einer richtigen Tatsachenentscheidung der Schiedsrichter gemäß Spielbericht ausgegangen." Dieser Grundsatz ergibt sich aus dem Schreiben, das der Spielgerichtsvorsitzende 1963 verfasste.

g) Spielbericht ist Entscheidungsgrundlage.
Verschiedenes Gewicht von Aussagen.

Grundlage für eine Entscheidung ist der Spielbericht. Liegt eine schriftliche Aussage von einem Vereinsfunktionär vor, der zugleich als zuverlässiger Schiedsrichter bekannt ist, so ist diesem mehr Glauben zu schenken als der Aussage eines einfachen Verbandsmitglieds. Hierbei handelt es sich ebenfalls um einen Grundsatz, den der Spielgerichtsvorsitzende in seinem Schreiben von 1963 niedergelegt hat.

2.) Besondere Grundsätze im Strafverfahren

a) Grundsatz des "ne bis in idem"

Im Strafverfahren des BEV gilt der Grundsatz des "ne bis in idem". Allerdings ist im Anschluß an die Bestrafung durch einen Schiedsrichter eine zusätzliche "gerichtliche" Bestrafung zulässig, soweit dies die Eishockeyregeln vorsehen (§ 10c) Rechtsordnung). Ebenfalls sind zusätzliche Strafen durch die "Rechtssprechungsorgane" zulässig, wenn offizielle Mannschaftsführer von Auswahlmannschaften und Lehrgangsleiter Spieler und Begleitpersonen, die ihren Anordnungen nicht Folge leisteten, bestraft haben (§ 11b Rechtsordnung).

b) Verschulden

Für eine Bestrafung ist Verschulden Voraussetzung. Das ergibt sich aus § 10 Rechtsordnung. Diese Satzungsbestimmung entspricht nicht einem selbstverständlichen Erfordernis. Meyer-Cording¹ weist darauf hin, daß Streit um das Verschuldenserfordernis dann besteht, wenn keine Satzungsbestimmung vorhanden ist. Während von ihm "grundsätzlich und in der Regel"² Verschulden verlangt wird, ist nach dem BGH³ "Verschulden nicht unbedingt Voraussetzung". Auch das Reichsgericht⁴ hatte von diesem Erfordernis abgesehen. Da vom BEV Verschulden verlangt wird, ist darauf nicht weiter einzugehen.

c) Grundsätze zur Strafzumessung

aa) Einzelne Grundsätze

Zur Strafzumessung wurden von der "Rechtsprechung" des BEV nachstehende Grundsätze entwickelt. Sie sind in den Schreiben des Spielgerichtsvorsitzenden aus den Jahren 1963 und 1966 aufgezählt.

Nicht um das Geld der Vereine geht es, nur um die Aufrechterhaltung des Spielbetriebes und um die Überwachung der gleichen Bedingungen für alle Vereine.

¹ Meyer-Cording, Vereinsstrafe, S.28 ff.

² Meyer-Cording, a.a.O., S.30

³ BGH NJW 1959,982,983

⁴ RG JW 1932,1010,1011

Wichtig sind in erster Linie die Umstände der Tat, ob Wiederholungsfall und wer das Spiel geleitet hat. Keine Bedeutung für die Bestrafung haben Tabellenstand, noch ausstehende Spiele oder beabsichtigter Einsatz eines Spielers in einer Auswahlmannschaft.

Jugendspieler werden nicht großzügiger behandelt als Seniorenspieler. Bei den Jugendspielern ist zu versuchen, fehlende Erziehung nachzuholen. Der Spielgerichtsvorsitzende wies auch darauf hin, daß er zusätzliche Geldstrafen bei den Jugendlichen bisher vermieden habe.

Bei einer Tötlichkeit ist zu unterscheiden, mit welchen Mitteln sie ausgeführt wird, gegen wen sie sich richtet und welchen Erfolg sie hat. Boxen ist ein weniger schweres Vergehen als die Tötlichkeit mit dem Stock oder mit den Schlittschuhen. Besonders hart bestraft wird, nämlich mit mindestens zwei Monaten Spielverbot, wer einen Schiedsrichter absichtlich verletzt.

Spieler, die von der Spieler- oder Strafbank aufs Eis gehen, um bei einer Auseinandersetzung mitzumachen, werden ebenfalls mit erhöhter Strafe belegt.

bb) Fälle zu den Grundsätzen zur Strafzumessung

Die vom Spielgerichtsvorsitzenden hinsichtlich der Strafzumessung dargestellten Grundsätze sollen den "Richtern" Anhaltspunkte für die Ahndung von Vergehen geben. Sie bedeuten nicht, daß die "Richter" nicht unabhängig bei der Festlegung des Strafmaßes sind. Deshalb sind auch in manchen Entscheidungen erhebliche Abweichungen von

den angegebenen Strafzumessungsgrundsätzen festzustellen. Die im Folgenden dargestellten acht Fälle allerdings, die alle Tötlichkeiten zum Inhalt haben, entsprechen im Strafmaß im wesentlichen den genannten Grundsätzen.

Fall 1: 1968 wurde ein Spieler für Faustschläge, die er gegen einen anderen Spieler austeilte, mit einem Spielverbot für zwei Meisterschaftsspiele belegt. Die Schläge hatten zu keiner Verletzung geführt.

Fall 2: Etwas schwerer, nämlich mit Spielverbot für drei Meisterschaftsspiele, wurde ebenfalls 1968 ein Spieler bestraft. Er hatte mit dem Stock eine Tötlichkeit gegen einen anderen Spieler begangen, die aber auch keine Verletzung zur Folge hatte.

Fall 3: Für das gleiche Vergehen wie in Fall 2, also Tötlichkeit mit Stock gegen einen anderen Spieler ohne Verletzungsfolge, wurde 1903 ein Spieler im Beschwerdeverfahren zu einem Spielverbot für zwei Meisterschaftsspiele und zwei Freundschaftsspiele verurteilt. Der Spieler hatte, um die Tat begehen zu können, unerlaubterweise die Strafbank verlassen.

Fall 4: Hart bestraft, nämlich mit zwei Monaten Spielverbot und DM 40.- Geldstrafe wurde 1964 die Tötlichkeit eines Spielers gegen einen Schiedsrichter. Der Schiedsrichter war dabei nicht verletzt worden.

Fall 5: Für Faustschläge, die zur Verletzung eines anderen Spielers führten, wurde 1968 ein Spielverbot für zwei Meisterschaftsspiele und außerdem eine Geldstrafe von DM 30.- verhängt.

Fall 6: Für die gleiche Tat wie in Fall 5, also Verletzung eines anderen Spielers durch Faustschlag, wurde 1969 ein Juniorenspieler zu einem Spielverbot für vier Meisterschaftsspiele verurteilt.

Fall 7: 1962 führte eine Tötlichkeit eines Spielers mit dem Stock zur Verletzung eines anderen Spielers. Die Strafe waren Spielverbot für drei Meisterschaftsspiele und drei Freundschaftsspiele und DM 100.- Geldstrafe.

Fall 8: 70 Tage Spielverbot erhielt 1968 ein Spieler für eine Tötlichkeit gegen einen Schiedsrichter. Der Schiedsrichter war durch die Tötlichkeit verletzt worden.

An diesen acht Fällen sind die Grundsätze der Strafzumessung deutlich zu erkennen. Für die leichte Form der Tötlichkeit ohne Verletzungsfolge (Fall 1) wurde die geringste Strafe verhängt. Auch wenn die Tötlichkeiten in den Fällen 2 - 4 ebenfalls zu keiner Verletzung führten, erfolgte doch eine immer schwerere Bestrafung. Entsprechend den genannten Grundsätzen führten die Tötlichkeiten mit Stock (Fall 2), mit Stock nach unerlaubtem Verlassen der Strafbank (Fall 3) und die Tötlichkeit gegen den Schiedsrichter (Fall 4) zu jeweils härteren Strafen. In gleicher Weise wurden bei den Tötlichkeiten, die zu Verletzungen führten, die Tatumsstände des Einzelfalles im Strafmaß berücksichtigt. Bereits die geringste Strafe, die für eine Tötlichkeit mit den Fäusten verhängt wurde (Fall 5), lag jedoch wegen der erfolgten Verletzung höher als bei der Tötlichkeit ohne Verletzung. In Fall 6, bei dem keine Geldstrafe verhängt wurde, ist dem Grundsatz Rechnung getragen, daß jugendliche Spieler nicht mit Geldstrafe belegt werden. Die Schwere der Strafen in den Fällen 4 und 8 (Tötlichkeiten gegen Schiedsrichter) wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die Eishockeysaison nur wenige Monate im Jahr dauert.

IX. Der Rechtscharakter der BEV-Satzung

Der BEV hat in seiner Satzung seine "Gerichtsbarkeit" nur hinsichtlich des "Ehrenverfahrens" geregelt. Die "Ehrenordnung" ist Bestandteil der Satzung (§ 13 Ehrenordnung). Hinsichtlich der sonstigen Tätigkeit seiner "Gerichte" hat der BEV keinerlei satzungsmäßige Regelungen getroffen. Die "Rechtsordnung" ist nicht Bestandteil der Satzung. Eine satzungsmäßige Regelung wäre aber erforderlich gewesen. Denn die Verbandsgerichtsbarkeit ist von so entscheidender Bedeutung für die Verbandsmitglieder, daß sie der satzungsmäßigen Grundlage bedarf.¹ Nirgends in der Satzung ist jedoch zum Ausdruck gebracht, daß der BEV eine über das "Ehrenverfahren" hinausgehende "Gerichtsbarkeit" für sich beansprucht. Für das Mitglied aber, für das die Satzung Grundlage seiner Beziehungen zum Verband ist, muß aus der Satzung ersichtlich sein, in welchem Umfang es der Verbandsgerichtsbarkeit untersteht. Die Regelung in einer "Rechtsordnung", die nicht der Satzung angehört, ist nicht ausreichend. Die Verbandsrechtsprechung des BEV ist deshalb, soweit sie in der Satzung keine Grundlage gefunden hat, unzulässig.

Der BEV hat die Möglichkeit, die "Rechtsordnung" in die Satzung aufzunehmen. Es ist dann auch für die "Rechtsprechung" des BEV, die in der "Rechtsordnung" geregelt ist, die erforderliche satzungsmäßige Grundlage gegeben. Ausreichend für die satzungsmäßige Grundlage würde allerdings auch sein, wenn der BEV in die Satzung nur die grundlegenden Bestimmungen

¹ RG JW 28,2208,2209; 29,847,848; BGHZ 21,373; Palandt, a.a.O., § 25,3

seiner Verbandsgerichtsbarkeit aufnehmen würde. Dazu gehört in erster Linie die Beschreibung des Umfangs der vom Verband in Anspruch genommenen "Rechtsprechung". Der BEV müßte also neben der "Rechtsprechung", die er in Ehrenangelegenheiten ausübt, seine "Rechtsprechung" in Schlichtungs-, Protest- und Strafverfahren in der Satzung benennen und auf deren Inhalt und Umfang hinweisen. Die einzelnen Verfahrensbestimmungen könnte er in der "Rechtsordnung" belassen. Wenn der BEV in dieser Weise verfahren würde, wäre eine ausreichende satzungsmäßige Grundlage gegeben.

Da der BEV die "Ehrenordnung" in seine Satzung aufgenommen hat, wird im weiteren Verlauf der Arbeit davon ausgegangen, daß der BEV entsprechend der "Ehrenordnung" auch die "Rechtsordnung" in die Satzung aufnimmt. Es wird deshalb im Folgenden die "Rechtsordnung" als der Satzung zugehörig behandelt.

Grundlage der BEV-Sportgerichtsbarkeit ist die Satzung. Es ist deshalb als erstes der Rechtscharakter dieser Satzung zu bestimmen. Die Frage nach dem Rechtscharakter der Satzung ist nicht nur von theoretischem Interesse. Die Satzung ist entweder Norm oder Rechtsgeschäft in Form des Vertrages. "Die Rechtsnatur der vereinsrechtlichen Satzungen ist umstritten. Der Streit dreht sich im wesentlichen darum, ob die Satzungen einen Vertrag oder das Ergebnis einer - verschieden aufgefassten - Autonomie darstellen."¹ Je nachdem aber, ob die BEV-Satzung Norm oder Rechtsgeschäft ist, ergeben sich - beispielsweise für den Charakter der BEV-Vereinsstrafen - verschiedene Konsequenzen. Ist die Satzung eine Norm, dann ist naheliegend, daß die Vereinsstrafen keine schuldrechtlichen Vertragsstrafen sind. Ein rechtsgeschäftlicher Charakter würde dagegen dafür sprechen, daß die Vereinsstrafen schuldrechtliche Vertragsstrafen sind.

¹ Heinemann, Schiedsgerichte, GruchB 73, 316 ff.

Der Streit, ob Norm oder nicht, besteht zwischen den Anhängern der "Normtheorie"¹ und denen der "Vertragstheorie"². Nur nach der Vertragstheorie handelt es sich um ein Rechtsgeschäft.

Die Vertragstheorie stellt entscheidend auf den Gründungsvorgang ab. Die Gründer des Verbandes hätten einen Vertrag miteinander geschlossen, woraus sich der Vertragscharakter ergebe.³ Vor dem ins Leben Treten des Verbandes sei die Satzung "nichts anderes als eine rechtsgeschäftliche Vereinbarung der Gründer", danach sei sie "lediglich Ausfluß der den Vereinsmitgliedern zustehenden Befugnis körperschaftlicher Gestaltung ihrer Vereinigung, ohne dadurch objektives Recht zu werden."⁴

Auch Bötticher⁵ vertritt - unter Bezugnahme auf Nipperdey⁶ - die Auffassung, daß die "Vereinssatzung in der Ebene des Rechtsgeschäfts bleibt und nicht den Rechtsätzen zuzurechnen ist."⁷ Bötticher zieht zur Begründung

¹ O.v.Gierke, Dt. Privatrecht, § 19 III 5; Wiedemann, Beiträge zur Lehre von den idealen Vereinen, § 12 I 2, S.346 Note 25; Wiedemann, Ausstoßung aus Vereinen, ArchBürgR 38,132; Oertmann, Bürgerliches Gesetzbuch, § 25 Bem.4; Lehmann-Hübner, Allg. Teil des Bürgerl. Rechts, § 61 III 1e; Lange, BGB-Allg. Teil, § 29 II 1

² Bötticher, Wesen und Arten der Vertragsstrafe, ZfA 1970, 3 ff.; Enneccerus-Nipperdey, Lehrbuch des Bürgerl. Rechts, § 108 Anm.2a); v.Tuhr, Allg. Teil des Dt. Bürgerlichen Rechts, S.476 ff..

³ vgl. v.Tuhr, a.a.O., S.476 ff.

⁴ Enneccerus-Nipperdey, a.a.O., § 108 Anm.2a)

⁵ ZfA 1970, 3 ff.

⁶ vgl. a.a.O., § 108

⁷ Bötticher, ZfA 70,26

§ 317 BGB heran: die Satzung ist die rechtsgeschäftliche Vereinbarung und die Beschlüsse des Vereins werden als Gestaltungsrecht von den Organen als "Dritten" im Sinne des § 317 BGB ausgeführt.

Schwierigkeiten entstehen für die Vertragstheorie dann, wenn es um die Erklärung geht, warum bei einem neu aufgenommenen Mitglied für die Gültigkeit der Satzungsbestimmungen ihm gegenüber sein eigener Wille unerheblich ist und es nicht einmal die Satzung kennen muß.¹ Fraglich ist weiter, wie aus diesem Vertrag, der doch nur zwischen den Gründern wirkt, die Mitgliedschaftsbeziehungen zu der neu geschaffenen juristischen Person, dem Verband, entstehen.² Diese Schwierigkeiten kann auch nicht die Konstruktion von Bötticher lösen. So bleibt die Frage, wie die Mitgliedschaftsbeziehungen zu der neu geschaffenen juristischen Person, dem Verband, entstehen. Auch wenn Bötticher die Beschlüsse der Organe des Verbandes als Ausübung eines Gestaltungsrechts auffasst, so sind damit noch nicht die Mitgliedschaftsbeziehungen zu der juristischen Person erklärt.

Die Normtheorie taucht in zwei Formen auf. Die Normtheorie in ihrer ursprünglichen Form nimmt an, daß die Gründer mit der Satzung eine objektive Norm geschaffen haben mit Geltung nur für den Verband und seine Mitglieder.³ Nicht einmal zwischen den Gründern ist ein Vertrag zustandegekommen. Die hierbei entstehende Schwierigkeit ist, woher die Gründer die

¹ vgl. Soergel-Siebert, a.a.O., § 25 Anm.10

² vgl. Meyer-Cording, Vereinsstrafe, S.34

³ vgl. O.v.Gierke, a.a.O., S.150
vgl. Jerusalem, Kritik der Rechtswissenschaft, S.438

Ermächtigung zur Schaffung einer solchen objektiven Norm haben.

Die Normtheorie in der modifizierten Form, die der BGH vertritt¹, ist eine Mischung aus Vertrags- und Normtheorie. Die Vereinbarung der Gründer ist Vertrag. Mit seiner Entstehung hat der Verband aber ein rechtliches Eigenleben erlangt und sich von der Person seiner Gründer gelöst. Die Satzung ist zur körperchaftlichen Verfassung des Verbandes geworden. "Gründerwille und Gründerinteressen treten zurück; an ihrer Stelle gewinnen der Vereinszweck und die Mitgliedsinteressen die rechtsgestaltende Kraft, auf die es allein noch ankommen kann."² Die Satzung ist nicht mehr Vertrag, sondern Norm.

Die Lösung des BGH beseitigt die Schwierigkeiten, die Norm- und Vertragstheorie beinhalten. Die Frage der Normtheorie (in ihrer ursprünglichen Form), woher die Ermächtigung zur Setzung von objektiven Normen genommen wird, stellt sich so wenig wie die bei der Vertragstheorie hinsichtlich der Neuaufnahme von Mitgliedern. Es erscheint deshalb richtig, der Satzung eines Verbandes Normcharakter zuzuordnen.

Für den Rechtscharakter der Satzung des BEV bleibt danach festzustellen: Es handelt sich nicht um eine vertragliche Vereinbarung. Die Satzung ist seit ihrem Inkrafttreten kein Rechtsgeschäft mehr, sondern eine Norm. Welche Konsequenzen³ diese Feststellung im einzelnen hat, wird im Folgenden dargestellt.

¹ BGHZ 21,370,374; 47,179,180

² BGHZ 47,179,180

³ dazu bereits S.62

X. Der Rechtscharakter der BEV-Sportgerichtsbarkeit

Das Handeln der "Gerichte" des BEV ist entweder Rechtsprechungstätigkeit, wie sie auch staatliche Gerichte ausüben, oder Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne der Zivilprozessordnung. Möglich ist auch, daß lediglich Verwaltungshandeln vorliegt. Der Rechtscharakter der BEV-Verbandsrechtsprechung ist von Bedeutung für die Rechtswirksamkeit von BEV-Satzungsbestimmungen. An eine staatliche Rechtsprechung werden andere Anforderungen als an eine Schiedsgerichtsbarkeit oder ein Verwaltungshandeln gestellt. Je nachdem, um was es sich handelt, müssen aber die Satzungsbestimmungen den Anforderungen genügen.

Daß es sich bei der Verbandsrechtsprechung des BEV nicht um staatliche Rechtsprechung handelt, ist nur kurz zu erwähnen. Staatliche Rechtsprechung üben allein die staatlichen Gerichte aus. Als ernstzunehmende Möglichkeiten für den Charakter der BEV-Verbandsrechtsprechung bieten sich aber die Schiedsgerichtsbarkeit und das Verwaltungshandeln an.

Der BEV benutzt Bezeichnungen wie "Gericht", "Richter" und "Berufungsgericht" (Art.1,7,8 Sonderbestimmungen, §§ 4b),5b) Rechtsordnung). Aus der Verwendung solcher Bezeichnungen kann aber nicht auf den Rechtscharakter der BEV-Verbandsrechtsprechung geschlossen werden.¹ Insbesondere ist daraus auch nicht auf das Vorliegen einer Schiedsgerichtsbarkeit zu schließen. Zwar deutet diese Ausdrucksweise auf eine richterliche

¹ vgl. Groscurth, Gerichtliche Nachprüfbarkeit von Vereinsbeschlüssen, S.14

Tätigkeit hin, doch wird lediglich durch die Benutzung dieser Bezeichnungen keine schiedsrichterliche Tätigkeit begründet.

Ist die BEV-"Rechtsprechung" Schiedsgerichtsbarkeit, dann müssen die Voraussetzung der Zivilprozessordnung erfüllt sein. Ein vertragliches Schiedsgericht nach § 1025 ZPO kommt nicht in Betracht, da die Satzung keinen Vertrag im Sinne des § 1025 ZPO darstellt. Sie ist die Verfassung des Verbandes. Es kann lediglich ein außervertragliches Schiedsgericht im Sinne des § 1048 ZPO vorliegen.¹

Auf ein außervertragliches Schiedsgericht sind gemäß § 1048 ZPO die Vorschriften des 10. Buches der Zivilprozessordnung entsprechend anwendbar. Es ist deshalb festzustellen, ob die in diesen Vorschriften aufgestellten Voraussetzungen erfüllt sind. Bei dieser Untersuchung ist Folgendes zu beachten: Auch wenn die "Gerichtsbarkeit" des BEV nicht in allen Punkten den Schiedsgerichtsbestimmungen der Zivilprozessordnung entsprechen sollte, kann eine Schiedsgerichtsbarkeit trotzdem gegeben sein. Denn es ist möglich, daß es sich um eine unzulässige Schiedsgerichtsbarkeit handelt. Es kann also nicht die Folgerung gezogen werden, weil den Bestimmungen des Schiedsgerichtsverfahrens nicht in allen Punkten genügt ist, müsse Verwaltungshandeln vorliegen. Am Anfang der Untersuchung ist deshalb nach der Erfüllung der Schiedsgerichtsbestimmungen zu fragen. Sind nicht alle erfüllt, wird als nächstes festzustellen sein, ob die

¹ vgl. RGZ 165, 140, 143; 153, 267, 270
vgl. Thomas-Putzo, Zivilprozessordnung, § 1048, 1

"Gerichtsbareit" des BEV unzulässige Schiedsgerichtsbarkeit oder Verwaltungshandeln ist.

Beim vertraglichen Schiedsgericht müssen die Formerfordernisse des § 1027 ZPO erfüllt sein. Würden diese Formerfordernisse (ausdrücklicher Abschluß, Schriftform, besondere Urkunde) über § 1048 ZPO auch für das außervertragliche Schiedsgericht gelten, dann wäre die BEV-"Gerichtsbareit" schon aus diesem Grunde keine zulässige Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne der Zivilprozessordnung. Denn diesen Anforderungen ist nicht genügt.

Die Vorschrift des § 1027 ZPO gilt nach einhelliger Meinung in Rechtsprechung und Literatur nicht für ein außervertragliches Schiedsgericht, das in einer Vereinssatzung geregelt ist.¹ Sinn der Formvorschrift des § 1027 ZPO für das vertragliche Schiedsgericht ist, daß die Beteiligten geschützt werden. Dieser Schutz, den der ausdrückliche schriftliche Abschluß auf besonderer Urkunde geben soll, wird beim satzungsmäßigen Schiedsgericht durch die Regelung der Schiedsgerichtsabrede in der Satzung gewährleistet. Das Reichsgericht² bezeichnet "eine besondere Wiederholung der Schriftform für die Einsetzung des Schiedsgerichts" als "sinnwidrig und zum Schutze der Beteiligten nicht erforderlich." Die Satzung mache eine "besondere, von anderen Abmachungen losgelöste schriftliche Niederlegung der Schiedsgerichtsabrede ent-

¹ vgl. RGZ 145,140; 153,267

vgl. Baumbach-Lauterbach, Zivilprozessordnung, § 1048 Anm.3; Staudinger-Coing, Komm.z.Bürgerl. Gesetzbuch, § 25, vor § 21 Anm.51)

² RGZ 153,270

behrlich" und sie verbürge hinreichend "die Ernstlichkeit des Willens der Vereinsmitglieder, die den Verein ins Leben gerufen haben."¹

Übertragen auf die BEV-Verhältnisse heißt das: Die Nichterfüllung der Formvorschriften des § 1027 ZPO schließt noch nicht die Möglichkeit aus, daß es sich bei den "Gerichtsverfahren" des BEV um zulässige Schiedsgerichtsverfahren im Sinne der Zivilprozessordnung handelt.

Auch wenn § 1027 ZPO keine Anwendung auf die BEV-"Gerichtsbarkheit" findet, so müssen die "Gerichte" des BEV doch, sollen sie Schiedsgerichte sein, den anderen Voraussetzungen der Zivilprozessordnung genügen. Sie müssen beispielsweise die Erfordernisse der Zustellung und der Niederlage auf der Geschäftsstelle des zuständigen Gerichts (§ 1039 ZPO) erfüllen, das rechtliche Gehör muß gewährt werden und die Unparteilichkeit der "Richter" muß gewährleistet sein.

Was die Unparteilichkeit der "Richter" des BEV anlangt, so werden diese tätig bei Angelegenheiten der Vereine untereinander und bei Angelegenheiten zwischen Vereinen und Verband (so im Strafverfahren). Die Frage ist dabei, ob die Unparteilichkeit der "Richter" in beiden Fällen gewahrt ist.

Die "Waffengleichheit" im Prozess erfordert gleichen Einfluß der Parteien auf die Zusammensetzung der

¹ RGZ 155, 270

² Habscheid, Unabhängigkeit der Schiedsgerichte, S. 7 ff.

"Richter". Sind die Sportgerichte des BEV Schiedsgerichte, so stehen sie, weil sie unabhängig und kein Organ des Verbandes sind, bei einem Streit nicht nur den Vereinen, sondern auch dem Verband als Dritte gegenüber. Auf die Zusammensetzung dieser Schiedsgerichte müssen die Beteiligten - im Schlichtungsverfahren beispielsweise sind das die Vereine und im Strafverfahren der Verband und die Vereine - gleichen Einfluß haben.

Die "Richter" werden von den Delegierten der Vereine gewählt.¹ Da aber der Verband sich aus den einzelnen Vereinen zusammensetzt, handeln die Vereinsdelegierten nicht nur für ihre Vereine, sondern gleichzeitig für den Verband. Auf Grund dessen ist zu bejahen, daß Verband und Vereine ausreichend gleichen Einfluß auf die Wahl der "Richter" haben. Gegen die grundsätzliche Unparteilichkeit der "Richter" könnte sprechen, daß sie Verbandsmitglieder sind. Wegen der Größe des Verbandes² ist aber anzunehmen, daß die "Richter" grundsätzlich unparteiliche Dritte sein werden. Die Besetzung der Verbandsgerichte entspricht danach den Erfordernissen der Unparteilichkeit bei der Schiedsgerichtsbarkeit. Allerdings ist zu beachten, daß im Einzelfall einer der gewählten "Richter" dennoch parteilich und befangen sein kann. Das ist zum Beispiel dann möglich, wenn es um eine Strafe geht, die gegen den eigenen Verein des "Richters" verhängt werden soll. Diese Möglichkeit ändert aber nichts daran, daß grundsätzlich die Unparteilichkeit zu bejahen ist.

¹ dazu S.16

² Im April 1971 gehörten dem BEV 75 Eishockeyvereine an. Diesen waren 6764 aktive Eishockeyspieler angeschlossen, die gültige Spielerpässe für die laufende Saison hatten. Außerdem waren dem BEV noch ca. 7 000 Spieler gemeldet; für diese waren allerdings für die laufende Saison keine Spielerpässe ausgestellt worden.

Die Sportgerichtsbarkeit des BEV genügt aber in anderen Punkten nicht den Schiedsgerichtsanforderungen. So sind die formellen Voraussetzungen, die sich aus § 1039 ZPO ergeben, nicht eingehalten. Weder findet sich in der Satzung des BEV hinsichtlich der Zustellung oder der Niederlage auf der Geschäftsstelle des zuständigen Gerichts noch ist derartiges in der untersuchten Zeit in der Praxis geschehen. Da diese Formerfordernisse nicht abdingbar sind¹, kann eine zulässige Schiedsgerichtsbarkeit nicht vorliegen.

Auch hinsichtlich der Gewährung des rechtlichen Gehörs genügt die "Rechtsprechung" des BEV nicht immer den Anforderungen der Schiedsgerichtsbarkeit. Denn im schriftlichen Verfahren vor dem Einzelrichter kann auf die Anhörung der Beteiligten vollständig verzichtet werden (§ 6 Rechtsordnung). Der "Richter" ist nicht gehalten, irgendeine Stellungnahme einzuholen. Er kann das zwar tun, er kann aber auch ohne weiteres allein auf Grund des Vorbringens der anzeigenden Stelle entscheiden.

Bereits aus der Nichterfüllung dieser Vorschriften ergibt sich, daß die "Gerichtsbarkeit" des BEV keine zulässige Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne der Zivilprozessordnung ist. Damit ist aber nicht gesagt, daß überhaupt keine Schiedsgerichtsbarkeit vorliegt. Es kann sich immer noch um eine unzulässige Schiedsgerichtsbarkeit handeln. Sollte auch das nicht der Fall sein, dann bleibt für die "Gerichtsbarkeit" des BEV lediglich übrig, daß sie Verbandsverwaltung ist.

Für die Untersuchung dieser Frage ist wesentlich, ob der BEV die Absicht hatte, eine Schiedsgerichtsbarkeit

¹ vgl. Thomas-Putzo, a.a.O., § 1039,3

einzurichten. Hatte er diese Absicht und hat er nur nicht alle erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, dann kann eine - wenn auch unzulässige - Schiedsgerichtsbarkeit durchaus vorliegen. Anders ist es möglicherweise, wenn der Verband lediglich ein Mittel zur Anndung von Vergen und zur Streitentscheidung in die Hand bekommen wollte, und gar nicht beabsichtigte, eine Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne der Zivilprozessordnung einzurichten. Denn das könnte - bei gleichzeitiger Berücksichtigung der tatsächlichen Ausgestaltung der BEV-"Rechtsprechung" (Einschränkung des rechtlichen Gehörs, Formvorschriften des § 1039 ZPO nicht eingehalten) - auf ein Verwaltungshandeln und nicht auf eine Schiedsgerichtsbarkeit hindeuten.

Um diese Absicht des BEV festzustellen, ist von der Entstehungsgeschichte der BEV-Sportgerichtsbarkeit auszugehen. Die BEV-Sportgerichtsbarkeit entwickelte sich langsam und stufenweise.¹ Die ursprünglich in den Händen eines reinen Verwaltungsgremiums (Eishockeykommission) liegende Verbandsgerichtsbarkeit wurde erst im Laufe der Zeit auf selbständige Verbandsgerichte übertragen. Bereits daraus ist aber zu ersehen, daß die BEV-Sportgerichtsbarkeit von vorneherein nicht als Schiedsgerichtsbarkeit konzipiert war. Der Verband hatte gar nicht die Absicht, eine Schiedsgerichtsbarkeit einzurichten. Diese Annahme wird dadurch gestützt, daß der Verband wesentliche Schiedsgerichtsvoraussetzungen nicht erfüllt hat. So hat er die zwingenden Formerfordernisse des § 1039 ZPO nicht eingehalten und den Vorschriften des rechtlichen

¹ dazu S. 13

Gehörs beim Schiedsgerichtsverfahren nicht genügt.

Die Absicht des BEV zur Einrichtung einer Schiedsgerichtsbarkeit läßt sich auch nicht daraus herleiten, daß sowohl durch die Schiedsgerichtsbarkeit der Zivilprozessordnung die staatliche Gerichtsbarkeit ersetzt wird als auch der BEV sie mit seinem Rechtswegausschluß verdrängen will (§§ 1,2a) Rechtsordnung). Der vom BEV beabsichtigte Rechtswegausschluß ist weitergehend als der Ersatz der staatlichen Gerichtsbarkeit durch die Schiedsgerichtsbarkeit. Der BEV will die staatliche Gerichtsbarkeit völlig ausschließen.¹ Die Schiedsgerichtsbarkeit unterliegt aber in gewissem Umfang einer Nachprüfung durch staatliche Gerichte.² Wegen dieser Verschiedenartigkeit kann nicht auf die Absicht des BEV geschlossen werden, mit der Ausschlußregelung habe er letztlich nichts anderes als eine Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne der Zivilprozessordnung verwirklichen wollen.

Es kann deshalb festgestellt werden: Der BEV hat nicht beabsichtigt, eine Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne der Zivilprozessordnung einzurichten. Er hat infolgedessen die Verfahrensvorschriften der Schiedsgerichtsbarkeit in wesentlichen Punkten nicht erfüllt. Die Sportgerichtsbarkeit des BEV ist deshalb, da auch sonst keine Gründe vorhanden sind, die auf eine

¹ dazu im einzelnen S.76

² vgl. Baumbach-Lauterbach, a.a.O., § 1025, Grundz.2A

Schiedsgerichtsbarkeit hindeuten, keine - auch keine unzulässige - Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne der Zivilprozessordnung.

Dieses Ergebnis wird dadurch bestätigt, das bei den Straf-, Protest- und Ehrenverfahren des BEV keine Vergleichsmöglichkeiten gegeben sind. Wegen der Gleichbehandlung der anderen Vereine und Spieler können sich die Beteiligten in diesen Verfahren nicht vergleichsweise einigen. Eine solche Vergleichsmöglichkeit ist aber für das Schiedsgerichtsverfahren gemäß § 1025 ZPO Voraussetzung.

Da keine - auch keine unzulässige - Schiedsgerichtsbarkeit vorliegt, bleibt für den Charakter der "Gerichtsbarkeit" des BEV lediglich übrig, daß er Verbandsverwaltung ist.

XI. Die Unzulässigkeit des Ausschlusses des Rechtsweges durch den BEV

In seiner Satzung hat der BEV bestimmt, daß seine "Gerichte" in Sachen, die den BEV betreffen, grundsätzlich abschließend entscheiden. Eine Anrufung staatlicher Gerichte ist nicht zulässig. Solche Ausschußvorschriften finden sich auch in Satzungen anderer Sportverbände, zum Beispiel beim Deutschen Fußballbund.¹ Die einschlägigen Bestimmungen für den Rechtswegausschuß beim BEV sind die §§ 2a),¹ Rechtsordnung.

§ 2a) Rechtsordnung: "Die Vereinsorgane entscheiden in eigenen Angelegenheiten, die nur den BEV betreffen, selbständig und endgültig."

§ 1 Rechtsordnung: "Die Rechtsordnung zur Wettkampfordnung dient der Wahrung der in der Spielordnung zur Wettkampfordnung festgelegten Rechte und Pflichten der Verbandsorgane sowie der Vereine und deren Mitglieder durch die Verbandsgerichtsbarkeit unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte."

In Zusammenhang mit diesen beiden Bestimmungen steht Ziffer 5b) des Anhangs zur Rechtsordnung, nach der für das Beschreiten des ordentlichen Rechtsweges Geldbußen bis zu DM 500.- angedroht sind, Spiel- und Tätigkeitsverbot bis zu sechs Monaten und als schwerste Maßnahme Antrag auf Ausschluß aus dem BEV, wenn eine Genehmigung zum Beschreiten des ordentlichen Rechtsweges nicht vorliegt. Der folgende Teil beschäftigt sich mit der Zulässigkeit dieses Rechtswegausschlusses.

¹ § 30 der Rechtsordnung des Deutschen Fußballbundes

Um die Zulässigkeit des Rechtswegausschlusses festzustellen, ist vom Rechtscharakter der Sportgerichtsbarkeit des BEV auszugehen. Es handelt sich nicht um Schiedsgerichtsbarkeit, sondern um verbandsinterne Verwaltungstätigkeit. Hinsichtlich dieser verbandsinternen Verwaltungstätigkeit will der BEV die staatliche Gerichtsbarkeit schlechthin ausschließen. Mit dem Ausschluß des Rechtsweges soll jede Nachprüfung von BEV-Entscheidungen durch die staatlichen Gerichte verhindert werden. Die Satzung des BEV ist insofern in ihrem Wortlaut eindeutig. Ziel des BEV ist es also nicht nur, die sachliche Berechtigung der Entscheidungen der staatlichen Überprüfung zu entziehen. Auch die formellen Voraussetzungen sollen nicht nachprüfbar sein. Für die Annahme, daß die Satzung die staatliche Gerichtsbarkeit nur in Bezug auf die sachliche Überprüfung ausschließen will, ergeben sich keine Anhaltspunkte.

In Literatur und Rechtsprechung ist heute die Auffassung vorherrschend, daß ein vollständiger Rechtswegausschluß nicht möglich ist.¹ Der Entzug des gesetzlichen Richters sei ein Verstoß gegen zwingendes Prozessrecht, wonach jedermann klagen darf.² Der

¹ vgl. RGZ 80,189; RG LZ 1929,324; RG JW 32,1010; 36,2071; RG HRR 1934 Nr.284; KG HRR 1930 Nr.236; BGHZ 21,372/376; BGH NJW 1959,982; OLG Stuttgart NJW 1955,633;

vgl. Baur, Betriebsjustiz, JZ 65, 163 ff.; Scheyhing, Verfahrensrechtl. Fragen z. Vereinsstrafe, JZ 58,343,344; Soergel-Siebert, a.a.O., § 25 Anm.27

² vgl. Wieczorek, Zivilprozessordnung, § 1025, Anm. B II a1; Delius, Ausschluss aus dem Verein, Recht, S.256 ff. (1918)

Rechtswegausschluß verstoße gegen die zwingende¹ Vorschrift des § 13 GVG. § 13 GVG könne aber als Vorschrift des öffentlichen Rechts² nicht durch Parteivereinbarung abbedungen werden. "Die Zulässigkeit des Rechtswegs ist der Parteidisposition entzogen, weil durch sie der Kreis fein abgewogener Aufteilungen staatlicher Aufgaben an Rechtspflegeorganen, Verwaltungsgerichten und Verwaltungsbehörden betroffen und damit die Überwiegend im Interesse der Gesamtheit liegende Ordnung öffentlicher Einrichtungen gestört würde."³

Die Heranziehung von Grundsätzen, die im Schiedsgerichtsverfahren der Zivilprozessordnung gelten, führt nach dieser Auffassung ebenfalls zur Ablehnung der Zulässigkeit des Rechtswegausschlusses. In besonderem Maß hat darauf Lent⁴ hingewiesen. So widerlege ein Vergleich mit § 1027 ZPO die Zulässigkeit des Ausschlusses. Im Schiedsgerichtsverfahren sind zum Schutz vor Übereilung gemäß § 1027 ZPO ausdrücklicher Abschluß der Schiedsgerichtsabrede und Schriftform auf besonderer Urkunde Voraussetzung. Nicht konsequent wäre es, für den weitergehenden vollständigen Rechtswegausschluß weniger, nämlich gar nichts, zu verlangen. Das Schiedsgerichtsverfahren schließe außerdem schon allein durch sein Bestehen den völligen Rechtswegausschluß aus.⁵ Das Gesetz habe als einzige Ausnahme vom ordentlichen Rechtsweg dieses Verfahren

¹ vgl. Rosenberg-Schwab, Zivilprozessrecht, § 16 III 2; Baumbach-Lauterbach, a.a.O., § 13 GVG, Anm. 1A; KG HRR 1930, Nr. 236

² vgl. RGZ 111, 276, 279 ³ Schiedermaier, Vereinbarungen im Zivilprozess, S. 66

⁴ Lent, NJW 1949, 510ff.

⁵ Lent, a.a.O.

vorgesehen und es deshalb bis in alle Einzelheiten geregelt. Diese genaue Regelung wäre überflüssig, wenn ein völliger Rechtswegausschluß in anderer Weise ohne jede Schranke stattfinden könnte.

Wäre der Rechtswegausschluß zulässig und damit die Entscheidung des Vereinsgerichts unanfechtbar, würde das gegen den unabdingbaren¹ Rechtsstaatsgrundsatz, daß niemand Richter in eigener Sache sein kann, verstoßen.²

Im Gegensatz zu diesen Meinungen wird - davon ausgehend, daß "der Ausschluß des staatlichen Rechtswegs in einer Vereinssatzung nichts anderes als das vereinsrechtliche Gegenstück zum vertraglichen Ausschluß der Klagbarkeit" sei³ - über die Zulässigkeit dieses vertraglichen Ausschlusses der Klagbarkeit die Zulässigkeit der Begründung der Mitgliedschaftsrechte in einem Verband als bloße Naturalobligation gefolgert oder diese Folgerung doch zumindest für möglich gehalten.⁴ "Vereine mit nur natürlichen Verbindlichkeiten und Ansprüchen der Mitglieder sind also durchaus etwas nicht ganz Fernliegendes."⁵ Sollten aber Rechtswegausschluß und Ausschluß der Klagbarkeit etwas Verschiedenes sein, so müßte eine Umdeutung gemäß § 140 BGB in einen Ausschluß der Klagbarkeit erfolgen. Schutz gewähre dann immer noch § 138 BGB.⁶

¹ vgl. RG JW 1906,396

² vgl. RG JW 1906,396; RGZ 111,276,279; Delius, aaO, S.256ff.

³ Schlosser, aaO, S.888

⁴ Schlosser, aaO, S.888

⁵ Hoeniger, JW 1933,67

⁶ Schlosser, aaO, S.888

Für die Frage nach der Zulässigkeit des Rechtswegausschlusses durch den BEV ist demnach die Zulässigkeit des vertraglichen Ausschlusses der Klagbarkeit und das Verhältnis dieses Klagbarkeitsausschlusses zum Rechtswegausschluß von Bedeutung. Der vertragliche Ausschluß der Klagbarkeit ist heute anerkannt.¹ Da ein Anspruchsverzicht zulässig ist, kann man den Parteien "das Mindere, den vertraglichen Ausschluß der Klagbarkeit schlecht verwehren".² Umstritten ist auch die Behauptung, daß der Rechtswegausschluß in einer Satzung "nichts anderes als das vereinsrechtliche Gegenstück zum vertraglichen Ausschluß der Klagbarkeit" sei.³ Gegen diese Ansicht wendet sich in besonderem Maße Lent.⁴ Die Verschiedenheit von Rechtswegausschluß und Ausschluß der Klagbarkeit zeige sich schon darin, daß bei Fehlen der Klagbarkeit durch Sachurteil und nicht wie beim Rechtswegausschluß durch Prozessurteil entschieden werde. Beim Ausschluß der Klagbarkeit ergehe das Urteil nach sachlicher Prüfung des Sachverhalts, während beim Rechtswegausschluß Normen des öffentlichen Rechts Grundlage der Prozessabweisung seien. Für Lent ist die Klagbarkeit im Gegensatz

¹ vgl. u.a. RG JW 1930,1062; OLG Hamburg, ZLP 50,312; Baumgärtel, ZJP 75,385ff.; Schweitzer, JW 1930, 2053; Stein-Jonas-Schönke-Pohle, Komm.z.4PO, vor § 253 Bem.IV1c; frühere Gegenmeinungen u.a. RGZ 111,276ff.; RG GruchB 42,1200ff.,1204; Comte, JW 1930,2051; Lehmann, ZJP 44,102 ff.; Mendelssohn-Bartholdy, JW 1930,2051

² Pohle, Zur Lehre vom Rechtsschutzbedürfnis, S.214; ebenso Reichel, IuJb 59,409ff., 445ff.; ders. JW 1930,2212

³ Schlosser, a.a.O., S.888

⁴ Lent, NJW 1949,510ff.

zur herrschenden Meinung¹ keine Prozessvoraussetzung; er mißt "der Klagbarkeit rein materiell - rechtliche Bedeutung"² bei. Von diesem Standpunkt aus ist die Feststellung Lents zutreffend, daß bei Fehlen der Klagbarkeit ein Sachurteil ergeht³ und hierin sich ein Unterschied zum Rechtswegausschluß zeigt.

In diesem Zusammenhang ist auf die Frage hinzuweisen, ob die Unterscheidung der herrschenden Meinung⁴ in Sach- und Prozessurteile mit unterschiedlichen Rechtskraftwirkungen überhaupt gerechtfertigt ist. Entgegen der herrschenden Meinung wird die Ansicht vertreten,⁵ daß "kein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem sog. Prozessurteil und dem Sachurteil anerkannt werden kann".⁶ Prozessvoraussetzungen und materiell - rechtliche Voraussetzungen bildeten eine einheitliche Gruppe. Diese "Urteilserlaßvoraussetzungen" seien alle gleichwertig, eine Rangfolge zwischen ihnen bestehe nicht.⁷ Wegen der Gleichwertigkeit aller "Urteilserlaßvoraussetzungen" werde aber die Zulässigkeit der Klage

¹ vgl. Baumbach-Lauterbach, aaO, Grundz. 4 vor § 253; Reichel, IuJb Bd. 60, 64ff.; Rosenberg, aaO, § 93 III; Lücke, ZZP, 76, 1ff.; Stech, ZZP 77, 170ff.; E. Wolf, Zum Begriff des Schuldverhältnisses, S. 197ff. (205ff.)

² Simshäuser, Zur Entwicklung des Verhältnisses von mat. Recht und Prozessrecht seit Savigny, S. 28; vgl. auch Lent-Jauernig, aaO, § 33 IV

³ Lent-Jauernig, aaO, § 33 IV 3; Lent NJW 1949, 510ff.

⁴ vgl. Blomeyer, Zivilprozessrecht (Erkenntnisverfahren) § 39 III; Baumbach-Lauterbach, aaO, Übers. 2A vor § 300; J. Blomeyer ZZP 81, 20ff.; Berg, JuS 69, 124; Bruns, Zivilprozessrecht, § 28 II 3, § 40 V 1; Simshäuser, aaO, S. 16; Zöllner, Zivilprozessordnung, Vorbem. zu § 300, 3; Lent-Jauernig, aaO, § 37 II 8; Rosenberg, § 134 II 2c; Thomas-Putzo, aaO, Vorbem. II 2 vor § 300

⁵ vgl. Rimmelspacher, zur Prüfung von Amts wegen; Grunsky ZZP, 80, 55ff.;

⁶ Grunsky, aaO, S. 77/78; ⁷ Rimmelspacher, aaO, S. 144

unberechtigterweise von der Begründetheit abgehoben. Das Prozessurteil könne deshalb "nicht mehr als eigenständige Urteilkategorie anerkannt werden".¹ Es habe "keine Lebensberechtigung mehr".² Ob tatsächlich die Unterscheidung in "Sach-" und "Prozessurteile" nicht berechtigt ist, muß hier dahingestellt bleiben. Im Rahmen dieser Arbeit kann auf diese Frage nicht näher eingegangen werden. Sollte es jedoch zutreffen, daß das "Prozessurteil" keine Lebensberechtigung mehr hat, dann ist auch die Argumentation Lents hinsichtlich der Verschiedenartigkeit von Rechtswegausschluß und Ausschluß der Klagbarkeit³ ohne Bedeutung.

Daß der Rechtswegausschluß des BEV nicht das vereinsrechtliche Gegenstück zum Klagbarkeitsausschluß ist, ergibt sich aber auch noch aus anderen Gründen. Die Klagbarkeit ist eine "dem geltend gemachten Anspruch beigefügte Rechtsschutzgarantie".⁴ Der Verzicht auf sie wird sich in der Regel auf bestimmte Rechtsverhältnisse beziehen. Die Zulässigkeit des Klagbarkeitsausschlusses wurde damit begründet, daß gemäß § 397 BGB ein Erlaßvertrag möglich sei und der Verzicht auf die Klagbarkeit ein Weniger sei. § 397 BGB bezieht sich aber auch nur auf bestimmte Rechtsverhältnisse. Der Ausschluß des Rechtsweges durch den BEV hat dagegen eine allgemeine umfassende Bedeutung. Er geht über die Vereinbarung der Unklagbarkeit hinaus, er bedeutet den Verzicht auf die Klagemöglichkeit schlechthin. Die Klagemöglichkeit steht aber jedem Staatsbürger

¹ Grunsky, aaO, S. 56

³ siehe S. 79/80

² Grunsky, aaO, S. 56

⁴ Baumgärtel, ZZP 75, 385ff.

als Teil seines Persönlichkeitsrechts zu, ist also im Gegensatz zur Klagbarkeit ein Rechtsgrundsatz. Über einen Rechtsgrundsatz darf ein Bürger aber nicht generell verfügen.

Die Meinung, daß der völlige Rechtswegausschluß unzulässig ist, unterstützen auch die Gesichtspunkte, die bereits genannt wurden.¹ Es wird mit ihm gegen den Grundsatz verstoßen, daß jedermann klagen darf, gegen § 13 GVG und gegen den Grundsatz, daß niemand Richter in eigener Sache sein darf. Wäre der Rechtswegausschluß zulässig, würde den beteiligten Vereinen, Spielern oder sonst in Frage kommenden Personen ein Verband gegenüberstehen, der auf Grund seiner verbandseigenen "Rechtsprechung" Richter in eigener Sache wäre. Dies zu vermeiden, ist ein Gebot des Rechtsstaates. Durch Parteivereinbarung kann dieser Rechtsstaatsgrundsatz nicht abbedungen werden.

Bei dem letzten Punkt ist allerdings der Einwand Gierke's zu beachten², daß auch bei Streitigkeiten zwischen Staat und Staatsangehörigen die Streitigkeiten durch staatliche Gerichte entschieden würden und diese damit ebenfalls Richter in eigener Sache wären. In der Tat stellt auch das Bundesverfassungsgericht³ für diesen Fall fest: "Wenn nun der Staat oder eine seiner Behörden Partei ist, so sitzt zwar letzten Endes nie ein Dritter, sondern immer der Staat über sich selbst zu Gericht, da Verwaltungsbehörden oder Gerichte Organe desselben Staates sind." Das Bundesverfassungsgericht kommt aber über das Ge-

¹ siehe S.76-78

² Otto v. Gierke, IuJb. 35, 198 f.

³ BVerfGE 4, 331, 346

waltenteilungsprinzip dazu, daß die Rechtsprechung in diesem Fall "wie durch einen unbeteiligten Dritten"¹ verwirklicht wird. Auch wenn man anerkennt, daß der BEV mit seinen Sportgerichten unabhängige Organe geschaffen hat, wird nicht die ausschließliche Verbandsrechtsprechung deshalb zulässig, weil der Verband das Prinzip der Gewaltenteilung ebenfalls durchgeführt hat. Die Gerichtsbarkeit ist ein Privileg des Staates. Nur bei ihr ist es zulässig, über das Gewaltenteilungsprinzip die Forderung nach Unabhängigkeit der Richter als erfüllt anzusehen.

Danach ist der Ausschluß des Rechtsweges durch die Satzung des BEV unzulässig und nichtig.² Das Beschreiten des Rechtsweges ohne Genehmigung des Verbandes durfte nicht unter Strafe gestellt werden. Die Vereinsautonomie findet an diesem Rechtsstaatsgrundsatz ihre Grenze.³

Auch eine Umdeutung des Rechtswegausschlusses in eine Vereinbarung über eine Naturalobligation gemäß § 140 BGB, wie Schlosser sie vorschlägt⁴, kann nicht erfolgen. Erstens wird in den wenigsten Fällen ein Mitglied gewollt haben, sich jeglichen Rechtsschutzes für den Fall zu begeben, daß der Rechtswegausschluß nicht zulässig und daher unwirksam ist. Das wäre

¹ BVerfGE 4, 331, 346

² vgl. Meyer-Cording, Vereinsstrafe, S. 102;
KG NJW 1962, 1917

³ vgl. RGRK, § 26 Anm. 5

⁴ Schlosser, i.D.R. 1967, 888

aber für eine Umdeutung nach § 140 BGB erforderlich. Dütz¹ hat vielmehr zu Recht darauf hingewiesen, daß die Verbandsmitglieder eher - bei Fehlen besonderer Umstände - das Gegenteil als die Umdeutung in eine Naturalobligation annehmen können. Denn sie könnten "angesichts der ständigen Rechtspraxis"² auf die Unzulässigkeit des Rechtswegausschlusses vertrauen. Zweitens wird die Möglichkeit der Umdeutung in eine Naturalobligation wegen des Charakters des rechtsfähigen Verbandes nicht möglich sein. Denn mit diesem Charakter ist es kaum vereinbar, daß die Mitglieder ohne Rechtsschutz sind. "Wenn sich mehrere Personen zusammentun und vereinbaren, daß hinsichtlich des Verbandes keine im Rechtsweg verfolgbaren Beziehungen zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern oder den Mitgliedern untereinander bestehen, so ist ein solcher Verband kein Verein im Sinne des bürgerlichen Rechts, und zweifellos könnte dieser Verband nicht als Verein eingetragen werden."³

Die Probleme, die bei der Verbandsgerichtsbarkeit auftreten hinsichtlich der Konkurrenz zur staatlichen Gerichtsbarkeit, haben eine Parallele in der Betriebsjustiz. Das folgende Zitat von Arndt⁴ ist auf die Betriebsjustiz bezogen, hat aber auf Grund des Parallelcharakters auch für die Verbandsgerichtsbarkeit Gültigkeit: "Ein Staat, der es zuließe, daß die Anrufung seiner Gerichte zum Schutz der persönlichen

¹ Dütz, Rechtsstaatlicher Gerichtsschutz, S.268 ff.

² Dütz, a.a.O., S.273

³ Flume, Die Vereinsstrafe, S.132

⁴ Arndt, NJW 1965,26,27

Ehre oder sonst zur Rechtsverteidigung zur Maßregelung durch Kündigung führen dürfte, wäre weniger als ein Nachtwächterstaat, wäre ein Staat, der sich selbst aufgibt und mit eigener Hand das Staatsbewußtsein zerstört."

XII. Die Strafbefugnis des BEV

In seiner Satzung hat der BEV sich selbst eine Strafbefugnis über die Vereine und die Vereinsmitglieder zuerkannt. Dieses Kapitel befasst sich mit der Frage, ob eine solche Strafbefugnis einem Verband - hier dem BEV - überhaupt zusteht.

Im "Anhang zur Rechtsordnung" hat der BEV Tatbestände benannt, deren Erfüllung er mit Strafe bedroht. Zu den Vergehen, die er unter 45 Ziffern anführt, gehören beispielsweise Tötlichkeit, Beleidigung, Nichtantreten zu einem Spiel, Spielabbruch, Passvergehen. Für diese Vergehen hat der BEV auch die möglichen Strafen bestimmt. Der BEV weist darauf hin, daß die Aufzählung dieser Vergehen nicht abschließend ist: "Sollten Vergehen vorkommen, die in den vorerwähnten Beispielen nicht aufgeführt sind, so ist bei der Ahndung derselben ein Maßstab anzulegen, der den Beispielen entspricht."

Bei der Untersuchung der Zulässigkeit der Strafbefugnis des BEV wird besonders auf die Auffassung einzugehen sein, die neuerdings den Verbänden eine eigene Verbandsstrafgewalt völlig abspricht. Es wird weiter zu prüfen sein, ob der BEV für den Fall, daß ihm eine Strafgewalt zusteht, alle die Vergehen unter Strafe stellen durfte, die er tatsächlich unter Strafe gestellt hat. Damit ist das Problem angesprochen, ob der Verband berechtigterweise Vergehen, die bereits in staatlichen Strafgesetzen unter Strafe gestellt sind (so die Beleidigung und die Körperverletzung) auch in der Verbandssatzung unter Strafe stellen durfte.

Er könnte damit unzulässigerweise in die staatliche Strafjustiz eingegriffen haben. Schließlich wird festzustellen sein, welcher Rechtscharakter den BEV-Strafen zukommt. Sind die Strafen Vertragsstrafen des BGB? Sind sie Vereinsdisziplinarmaßnahmen? Nach Bötticher¹ ist es eine "eminente wichtige Frage", welchen Rechtscharakter die Vereinsstrafen haben. Denn von ihrem Rechtscharakter hängt es ab, inwieweit ein richterliches Überprüfungsrecht besteht. Der Umfang des Überprüfungsrechts ist nach ständiger Rechtsprechung² bei den Vertragsstrafen größer als bei den Vereinsdisziplinarmaßnahmen. Während die Vertragsstrafen nach § 343 BGB vom Richter herabgesetzt werden können, besteht bei den Vereinsdisziplinarmaßnahmen nur ein beschränktes Überprüfungsrecht. Das Gericht kann nur prüfen, "ob der Strafbeschuß in der Satzung eine Stütze findet, das vorgeschriebene Verfahren beachtet ist, die Strafvorschrift gesetz- oder sittenwidrig ist und ob die Bestrafung etwa offenbar unbillig ist."³

1.) Die Zulässigkeit von Verbandsstrafen überhaupt

Die Strafgewalt von Vereinen und Verbänden gegenüber ihren Mitgliedern ist von der Rechtsprechung aner-

¹ Bötticher, Wesen und Art der Vertragsstrafe, LfA 70, 3ff.

² vgl. RGZ 125, 338, 340; 147, 11, 14; RG JW 28, 2208; RG HRR 1942 Nr. 779; BGHZ 13, 5, 11; 21, 370; 29, 352, 361; 47, 385; ebenso in der Lit. u.a.: Falandt, Komm., § 25, 3; Soergel-Siebert, a.a.O., § 25 RdNr. 32; Lehmann/Hübner, Allg. Teil des BGB, § 61 IV 2a delta; weitergehend Larenz, Allg. Teil, § 16 IIb, der für den Ausschluß grundsätzlich volle Überprüfbarkeit verlangt.

³ BGHZ 21, 373

kannt.¹ Sie ergibt sich aus der Vereinsautonomie.² § 25 BGB, der dem rechtsfähigen Verband das Recht gibt, seine Angelegenheiten selbständig zu regeln, ermöglicht dem - rechtsfähigen - BEV nach dieser Auffassung auch, durch Verbandsgerichte Verbandsstrafen für Verstöße gegen Mitgliedschaftspflichten aussprechen zu lassen.

Auch in der Literatur ist diese Auffassung herrschend.³ Allerdings hat sich jüngst Flume gegen sie gewandt und das "Dogma der Vereinsgewalt" angegriffen.⁴ Die Vereinsstrafgewalt ergebe sich nicht aus dem Wesen des Vereins und habe mit der Vereinsautonomie nichts zu tun.⁵ Flume weist zwar auf die Bedeutung hin, die die Vereinsstrafgewalt heute hat, und erwähnt dabei ausdrücklich auch den Bereich des Sports.⁶ Er sieht aber die Argumente, die von der herrschenden Meinung zur Begründung der Vereinsstrafgewalt herangezogen werden, nicht als stichhaltig an.

Bevor Flume es "wagte, das Dogma der Vereinsgewalt grundsätzlich in Frage zu stellen"⁷, setzte er sich mit der von der Rechtsprechung vertretenen Auffassung

¹ ausdrücklich: vgl. RG JW 1915, 1424, 1425; 28, 2209; 1935, 3493, 3495; KG JW 1934, 554; BGHZ 21, 370; 29, 352, 355; LG Köln JW 1938, 2300

² statt aller: BGHZ 29, 352, 355

³ vgl. u.a. Soergel-Siebert, a.a.O., § 25 RdNr. 16; Lehmann/Hübner, a.a.O., § 61 IV 2a delta; Meyer-Cording, NJW 1966, 225 ff.

⁴ Flume, a.a.O., S. 113

⁶ Flume, a.a.O., S. 115

⁵ Flume, a.a.O., S. 112

⁷ Flume, a.a.O., S. 113

auseinander, daß nur eine beschränkte gerichtliche Nachprüfung von Verbandsentscheidungen zulässig ist. Bei dieser Auffassung verwickle sich die Rechtsprechung in Widersprüche. Um diese Widersprüche aufzuzeigen, vergleicht Flume die Nachprüfbarkeit beim Ausschluß eines Vereinsmitglieds aus einem nicht-rechtsfähigen Verein mit dem Ausschluß eines Gesellschafters aus einer BGB-Gesellschaft. Der Ausschluß eines Vereinsmitglieds ist nach der Rechtsprechung nur beschränkt, der eines Gesellschafters hingegen voll überprüfbar.

Flume verweist auf die Argumentation des BGH¹, daß der "wichtige Grund" bei der Ausschließung nach § 737 BGB selbstverständlich überprüfbar sein müsse, daß aber beim Verein der Ausschluß wegen der Vereinsgewalt, der sich der Ausgeschlossene unterworfen habe, nur in beschränktem Umfang überprüft werden könne. Durch diesen Vergleich ergibt sich aber nach Flume die Fragwürdigkeit von der These der Vereinsgewalt und der grundsätzlichen Unüberprüfbarkeit ihrer Ausübung. Denn sobald bei einer Gesellschaft nicht das Einstimmigkeitsprinzip gelte, habe man es ebenfalls mit einer Verbandsgewalt zu tun, und diese unterscheide sich hinsichtlich des Ausschlusses eines Gesellschafters "in nichts von dem Mehrheitsbeschluß über den Ausschluß aus einem nicht-rechtsfähigen Verein".² "Paradox" sei es außerdem, dem nicht-rechtsfähigen Verein eine Vereinsstrafgewalt, die der Staat gelten läßt, zuzuerkennen, obwohl § 54 BGB auf die Vorschrift

¹ BGHZ 13, 5, 10 ff.

² Flume, a.a.O., S. 109

des § 737 BGB verweise. Flume¹ kommt deshalb zu folgenden ersten Ergebnis: "Die Vereinsgewalt als gewissermaßen apriorisches Epitheton des Vereins kann hiernach nicht berufen werden, um die grundsätzliche Unüberprüfbarkeit der Ausschließung aus dem Verein im Gegensatz zu der Überprüfbarkeit der Ausschließung nach § 737 BGB zu begründen." Selbst wenn man aber die Ausschließung aus einem Verein als Ausübung der Vereinsgewalt verstehe, sei weder zu ersehen, weshalb sich aus dem Grundsatz der Vereinsautonomie eine grundsätzliche Nichtüberprüfbarkeit noch weshalb sich eine begrenzte Nachprüfbarkeit im Sinne der Rechtsprechung und der herrschenden Meinung ergebe.

Auf Grund der dargestellten Unstimmigkeiten, die nach Flume bestehen, kommt er dann dazu, die Vereinsstrafgewalt grundsätzlich in Frage zu stellen.

Flume wendet sich schließlich noch gegen weitere Argumente der herrschenden Meinung. So sei es nicht möglich, die Vereinsstrafe als privaten Verwaltungsakt anzusehen² und aus dem Vergleich mit dem öffentlichen Verwaltungsakt die Möglichkeit der beschränkten gerichtlichen Nachprüfung zu folgern. Denn erstens ergebe sich dann eine viel weitgehendere richterliche Überprüfungsmöglichkeit als sie von der herrschenden Meinung zugestanden werde. Zweitens sei der Verwaltungsakt des öffentlichen Rechts nicht wirkliche Strafe im Sinne eines Unwerturteils und habe keinen Sühnecharakter wie die Vereinsstrafe. Schließlich

¹ Flume, aaO, S. 110

² vgl. Meyer-Cording, Vereinsstrafe, S. 75ff.; ders., NJW 66, 225ff.; Beuthien, Betriebsberater 1968, Beilage 12, zu Heft 33, S. 9

sprache für die Vereinsstrafgewalt auch nicht der Vergleich oder die Gleichsetzung der Vereinsstrafe mit der Betriebsbuße. Bei dieser bestünde volle gerichtliche Nachprüfung, und da sie nur präliminaren Charakter habe, hebe in Wahrheit die volle richterliche Überprüfung die Bußgewalt des Betriebes auf. Außerdem seien beide rechtssoziologisch grundverschieden.¹

Die Bedenken Flumes gegen die Verbandsstrafgewalt sind hauptsächlich mit den angeblichen Widersprüchlichkeiten bei der gerichtlichen Nachprüfung von Verbandsentscheidungen motiviert. Man hätte wegen dieser Widersprüchlichkeiten es schon längst wagen müssen, die Verbandsstrafgewalt selbst in Frage zu stellen. Die Frage aber ist, ob ein so weitgehender Schritt überhaupt zu vertreten ist. Sie muß verneint werden.

Lediglich durch den Vergleich des Ausschlusses eines Mitgliedes aus einem nicht-rechtsfähigen Verein und eines Gesellschafters aus einer BGB-Gesellschaft sieht sich Flume bereits veranlasst, die Vereinsstrafgewalt überhaupt in Frage zu stellen. Er ist insbesondere nicht näher auf das aus § 25 BGB resultierende Autonomierecht eingegangen. Zumindest seine Ausführungen hinsichtlich des § 54 BGB, der für den nicht-rechtsfähigen Verein auf § 737 BGB verweist, passen nicht für den rechtsfähigen Verein. So gelten auch für den BEV als rechtsfähigen Verein nicht die Vorschriften der BGB-Gesellschaft, insbesondere nicht die Ausschlußvorschrift des § 737 BGB.

¹ Flume, a.a.O., S.115

Bereits deshalb wird die Argumentation Flumes, aus der er Folgerungen für die Vereinsstrafgewalt allgemein zieht, zweifelhaft.

Selbst wenn man aber unterstellt, daß die Gründe, die Flume anführt, gegen eine unterschiedliche Nachprüfungsmöglichkeit sprechen, so ist doch der Schluß auf die Ablehnung der Vereinsstrafgewalt überhaupt überraschend und ohne zwingende Begründung. Nahe-
liegender wäre es doch gewesen, zuerst die von der Rechtsprechung gehandhabte Nachprüfbarkeit in Frage zu stellen und nicht die Vereinsstrafgewalt selbst. Zu einem so weitgehenden Schritt bestand - zumindest wegen der unterschiedlichen Nachprüfbarkeit - keine Veranlassung. Mußte man aber tatsächlich zu einer vollen gerichtlichen Nachprüfbarkeit der Vereinsstrafen kommen, so hätte das keinerlei Auswirkungen auf den Bestand der Vereinsstrafgewalt. Durch die volle Überprüfung würde die Vereinsstrafgewalt nicht etwa beseitigt oder von vornherein unzulässig werden. Daß durch eine mögliche volle gerichtliche Überprüfung die Vereinsstrafgewalt dennoch nicht aufgehoben wird, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die Nachprüfung nur möglich, aber nicht erforderlich wäre. Die Entscheidungen, die nicht vor ein staatliches Gericht gebracht werden, bleiben bestehen und sind Ergebnisse der Vereinsstrafgewalt.

Ein Grund für den weitgehenden Schritt Flumes ergibt sich auch nicht aus den anderen Argumenten, die er vorbringt. Wenn zu dem Vergleich von Vereinsstrafe und Betriebsbuße Flume schreibt¹: "Die volle richter-

¹ Flume, a.a.O., S.115

liche Überprüfung hebt in Wahrheit die Bußgewalt des Betriebes auf" (da nur präliminare Bußgewalt der betrieblichen Instanz), so ist dazu wiederum allgemein zu sagen, daß durch eine volle richterliche Überprüfung die Bußgewalt nicht von vorneherein unzulässig wird oder als nicht bestehend zu behandeln ist - selbst bei nur präliminarem Charakter. Auch wenn man unterstellt, daß die Vergleiche mit der Betriebsjustiz und dem Verwaltungsakt des öffentlichen Rechts nicht zutreffend sind, so ergibt sich daraus ebenfalls noch nicht, daß die Vereinsstrafgewalt überhaupt unzulässig ist.

Es muß vielmehr festgestellt werden, daß dem Autonomierecht des BEV nur dann voll genügt ist, wenn dem Verband das Recht auf Ahndung von Verstößen gegen die Verbandssatzung zusteht. Dieses Autonomierecht, das sich aus § 25 BGB ergibt, beinhaltet, daß der BEV die Rechte und Pflichten seiner Mitglieder regeln kann. Die Regelung von rechten und Pflichten dient der Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband. Damit die Ordnung aber auch tatsächlich gewährleistet wird, muß der BEV über die Einhaltung der Pflichten wachen können. Er muß, wenn gegen Verbandspflichten verstoßen wird, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Vereinsordnung treffen und Verstöße ahnden können. Daraus ergibt sich aber die Zulässigkeit der Verbandsstrafgewalt. Nur mit ihr kann der Verband bei den verschiedenen Verstößen gegen die Mitgliederpflichten wirksam zur Aufrechterhaltung der Verbandsordnung beitragen.

Der BEV nimmt für sich eine Strafgewalt gegenüber den Vereinen in Anspruch. Die Vereine sind nach § 6 der Satzung seine Mitglieder und können auf Grund des Autonomierechts des Verbandes bestraft werden. Der Verbandsgerichtsbarkeit des BEV haben sich die Vereine durch ihren Beitritt zum Verband unterworfen. Die BEV-"Gerichte" bestrafen jedoch nicht nur die Vereine, sondern auch die Vereinsmitglieder. Diese sind aber nach § 6 der Satzung nicht Mitglieder des Verbandes: "Mitglied des Verbandes können alle Vereine in Bayern werden, welche dem Bayrischen Landessportverband angeschlossen sind und die ihren Mitgliedern die Möglichkeit geben, Eissport zu treiben, sofern deren Zweck nicht den Zielen des Verbandes entgegensteht. Die Mitgliedschaft von Einzelpersonen beim BEV ist ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft zu einem Verbandsverein vermittelt die Zugehörigkeit des Einzelmitgliedes zum BEV." Zwar wird danach durch die Mitgliedschaft in einem Verbandsverein die Zugehörigkeit des Einzelmitgliedes zum BEV "vermittelt". Aus den übrigen Sätzen des § 6 der Satzung ergibt sich jedoch eindeutig, daß Mitglieder des BEV nur Vereine und nicht Einzelpersonen werden können. Während Rechtsgrundlage der Bestrafung der Vereine das Autonomierecht des Verbandes ist, ist die Rechtsgrundlage der Bestrafung der Vereinsmitglieder fraglich.

Auch wenn der BEV in seiner Satzung nicht die ausdrückliche Bestimmung getroffen hätte, daß die

Mitgliedschaft von Einzelpersonen im BEV nicht möglich ist, müßte eine Mitgliedschaft der Vereinsmitglieder im Verband dennoch verneint werden. Die Vereinsmitglieder wären nicht etwa deshalb auch Verbandsmitglieder, weil die Vereine ihrerseits dem Verband angehören. Bei den Vereinsmitgliedern des BEV ist zu unterscheiden zwischen Spielern, Vereinsfunktionären und schlichten Vereinsmitgliedern. Sie alle treten nicht dem Verband, sondern den Vereinen bei. Nur in diesen haben sie alle Rechte und Pflichten von Vereinsmitgliedern. Zwar gehören sie Vereinen an, die Mitglieder im BEV sind. Bei den Spielern kommt noch hinzu, daß sie ihre Spielberechtigung vom Verband erhalten. Dadurch wird aber eine Mitgliedschaft im Verband nicht begründet. Gerade weil die Vereinsmitglieder nur den Vereinen beitreten und nur in diesen die mitgliedschaftlichen Rechte und Pflichten haben, sind sie auch allein deren Mitglieder.

Zu dem gleichen Ergebnis ist der Bundesgerichtshof¹ in einem Fall gekommen, in dem ein übergeordneter Verband ein Ehrenmitglied mehrerer dem Verband angeschlossener Vereine aus dem Verband ausgeschlossen hatte. Der BGH stellte fest, daß ein Mitglied eines Verbandsvereins nicht ohne weiteres die Mitgliedschaft in einem übergeordneten Verband erwirbt. Hierzu gehöre vielmehr,

¹ BGHZ 28,131 = NJW 1958,1867

"daß die Satzung des Verbandsvereins bestimmt, daß der Erwerb der Mitgliedschaft in einem Verein zugleich den Erwerb der Einzelmitgliedschaft im Verband nach sich zieht, und daß die Verbands-satzung vorsieht, daß die Aufnahme einer Person in einen der Verbandsvereine oder die von einem Verbandsverein vorgenommene Verleihung der Ehrenmitgliedschaft automatisch die Einzelmitgliedschaft im Verband zur Folge hat."¹ Diese Voraussetzungen waren bei dem Ehrenmitglied nicht erfüllt. Der BGH erklärte deshalb den Ausschluß aus dem Verband für unrechtmäßig.

Da die Vereinsmitglieder keine Mitglieder des BEV sind, hat der Verband ihnen gegenüber kein Autonomierecht. Rechtsgrundlage der Bestrafung der Vereinsmitglieder kann deshalb nicht das Autonomierecht des Verbandes sein.

Die Zulässigkeit der Verbandsstrafgewalt über ein Vereinsmitglied hat in jüngster Zeit das OLG Karlsruhe² zu begründen versucht. Ein Spieler eines Tennisvereins war von einem übergeordneten Tennisverband, dem zwar der Tennisverein, nicht aber der Spieler als Mitglied angehörte, mit einem Verweis bestraft worden. Der Spieler war bei einem Turnier, für das er nominiert war, nicht zum Wettkampf angetreten. Gegen den Verweis wehrte sich der Spieler. Er verlangte

¹ BGHZ 28,131 = NJW 1958,1867

² OLG Karlsruhe, OLGZ 1970,300 ff.

Feststellung, daß der Verweis nichtig sei, da er nicht als Mitglied dem Verband angehöre. Dem Verband habe deshalb keine Strafgewalt über ihn zugestanden.

Das OLG Karlsruhe, das entgegen der Auffassung des Spielers das Recht des Verbandes zur Bestrafung bejahte, führte aus, es sei in Rechtsprechung und Schrifttum¹ "anerkannt, daß der Beitritt des Einzelvereines zum Verband die Mitglieder des Einzelvereins auch in gewisse unmittelbare Beziehungen zum Verband bringt, denn nur so kann der satzungsmäßige Zweck des Verbands, den der Einzelverein mit seinem Beitritt sich zu eigen gemacht hat, erreicht werden. Dementsprechend sind die Mitglieder des Einzelvereins den Bestimmungen der Verbandsatzung und der sie angehenden weiteren Satzungen unterworfen".²

Dieser Argumentation des OLG Karlsruhe kann nicht zugestimmt werden. Bereits der Ausgangspunkt des Oberlandesgerichts, daß zwischen Vereinsmitgliedern und Verband "gewisse unmittelbare Beziehungen" bestehen, ist zweifelhaft. Richtig ist zwar, daß unmittelbare Beziehungen bestehen können. Das ist auch beim BEV der Fall, was sich darin zeigt, daß die Spieler ihre Spielberechtigung vom Verband erhalten. Unmittelbare Beziehungen zwischen Verband und Vereinsmitgliedern müssen aber nicht bestehen. Es sind durchaus Verbände denkbar, die keine solche Beziehungen

¹ RG SeuffA. 59 Nr.118; RGZ 106,125; Staudinger, a.a.O., RdNr.13 zu § 25; RGRK, a.a.O., Anm.7 zu § 25.

² OLG Karlsruhe, OLGZ 70,303

zu den Vereinsmitgliedern haben. Insbesondere können aber unmittelbare Beziehungen zwischen Verband und Vereinsmitgliedern nicht daraus hergeleitet werden, daß der Einzelverein mit seinem Beitritt zum Verband sich den satzungsmäßigen Zweck des Verbandes zu eigen gemacht hat. Das Vereinsmitglied gehört nur seinem Verein an. Dadurch daß der Verein seinerseits einem übergeordneten Verband beigetreten ist und dessen Verbandsziele sich zu eigen gemacht hat, entstehen noch keine unmittelbaren Beziehungen des Vereinsmitglieds zum Verband. Bezeichnenderweise spricht das OLG Karlsruhe auch nur von "gewissen unmittelbaren Beziehungen". Was es sich darunter vorstellt, hat es nicht ausgeführt.

Aber auch dann, wenn man "gewisse unmittelbare Beziehungen" zwischen Verband und Vereinsmitgliedern annehmen könnte, müßte die Begründung des Oberlandesgerichts abgelehnt werden. Aus der Tatsache allein, daß "gewisse unmittelbare Beziehungen" bestehen, ergibt sich nicht, daß die Satzung des übergeordneten Verbandes und damit dessen Strafgewalt für die Vereinsmitglieder Geltung hat. Die Strafgewalt eines Vereins folgt aus dessen Autonomie. Sie muß in der Satzung begründet sein, und das Mitglied muß sich dieser Satzung unterworfen haben. Ist das geschehen, dann weiß das Vereinsmitglied, daß eine Strafgewalt besteht, wer sie ausübt und welchen Umfang sie hat. Läßt man aber - wie das OLG Karlsruhe - für die Zulässigkeit einer Strafgewalt "gewisse unmittelbare Beziehungen" genügen, dann sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt. Das Vereinsmitglied würde einer Strafgewalt unterstehen, der es sich nicht unterworfen hat. Außerdem wäre für die Vereinsmitglieder nicht einwandfrei erkennbar, durch wen

eine Strafgewalt ausgeübt wird und welchen Umfang diese Strafgewalt hat. Das ist jedoch nicht zulässig. Schließlich würde man mit der Begründung des OLG Karlsruhe in konsequenter Fortführung dazu kommen, daß die Einwilligung eines Vereinsmitglieds in eine Strafgewalt überhaupt überflüssig würde. Lediglich durch "gewisse unmittelbare Beziehungen" wäre die Strafgewalt eines übergeordneten Verbandes zulässigerweise begründet. Es wäre dann nicht einzusehen, warum eine Strafgewalt durch einen übergeordneten Verband keine Zustimmung der Vereinsmitglieder voraussetzen würde, eine solche Zustimmung aber Voraussetzung für die Zulässigkeit der Strafgewalt des Vereins sein soll. Dabei ist immer zu beachten, daß es sich bei der Strafgewalt des Verbandes nicht um eine vom Verein übertragene Strafgewalt handeln würde. Nach allem ist die Begründung des OLG Karlsruhe abzulehnen.

Das Recht des Verbandes zur Bestrafung der Vereinsmitglieder ergibt sich jedoch aus einer "Ermächtigung" durch die Vereine. Unter dieser "Ermächtigung" ist die Übertragung der Vereinsstrafgewalt auf den Verband zu verstehen. Die Vereine besitzen auf Grund ihrer Vereinsautonomie die Strafgewalt über ihre Mitglieder. Zur Ausübung dieser Strafgewalt haben sie den BeV ermächtigt, indem sie dessen Satzung akzeptiert haben und ihm beigetreten sind. Denn aus dieser Satzung ergibt sich, daß der BeV das Bestrafungsrecht über die Vereinsmitglieder für sich beansprucht.

Für die Gültigkeit der Übertragung der Vereinsstrafgewalt auf den Verband ist allerdings eine ausdrückliche Bestimmung in den Vereinssatzungen zu fordern.

Der Umfang der Rechte und Pflichten der Vereine und ihrer Mitglieder bestimmt sich nach dem Inhalt der Vereinssatzungen. Wenn die Vereine das ihnen zustehende Bestrafungsrecht auf den Verband übertragen, dann bedeutet das eine so erhebliche Einschränkung ihrer Rechte, daß dafür eine satzungsmäßige Regelung erforderlich ist. Denn die Ahndung von Vergehen von Vereinsmitgliedern ist ein wesentliches Recht der Vereine. Wird dieses Recht auf einen Dritten übertragen, dann bedarf das einer Bestimmung in den Vereinssatzungen. Das Erfordernis der ausdrücklichen Regelung in den Vereinssatzungen ergibt sich außerdem daraus, daß die Übertragung des Bestrafungsrechts auf den BEV für die Vereinsmitglieder aus der Satzung ersichtlich sein muß. Ein Vereinsmitglied hat ein Recht darauf, zu wissen, wessen Strafgewalt es untersteht. Das gilt besonders für den Fall, daß die Strafgewalt nicht der Verein ausübt, dem das Mitglied beitrifft, sondern ein übergeordneter Verband. Möglicherweise legt der Verband andere Maßstäbe bei der Bestrafung an als der Verein. Denkbar ist auch, daß ein Vereinsmitglied nur die Bestrafung durch den Verein, nicht aber den Verband dulden will. Daraus folgt, daß sich aus den Vereinssatzungen eindeutig die Übertragung der Strafgewalt auf den Verband ergeben muß.

Mit dieser Übertragung der Vereinsstrafgewalt müssen sich die Vereinsmitglieder einverstanden erklären. Dazu ist nötig, daß ihnen von den Vereinen die Vereinssatzungen vorgelegt werden, die auf die BEV-Satzung verweisen und aus denen sich das Bestrafungsrecht des BEV ergibt. Sind die Vereinsmitglieder unter diesen Umständen bereit, den Beitritt zum

Verein zu erklären, dann ist die Verbandsgerichtsbarkeit des BEV über die Vereinsmitglieder rechtswirksam begründet.

Diese Voraussetzungen hat auch das Landgericht Frankfurt¹ im Prozess des Fußballvereins Herta B.S.C. gegen den Deutschen Fußballbund (DFB) genannt. Herta B.S.C. war vom DFB wegen angeblicher Verstöße gegen das Bundesligastatut in die nächsttiefere Spielklasse versetzt worden. Gegen diese Bestrafung wandte sich Herta B.S.C. mit der Begründung, es sei nicht Mitglied des DFB und unterstehe infolgedessen auch nicht der DFB-Strafgewalt. Der Fußballverein war nur Mitglied des "Verbandes Berliner Ballspielvereine e.V.". Dieser wiederum gehörte dem DFB als Mitglied an. Das Landgericht Frankfurt stellte fest, daß die Strafgewalt eines übergeordneten Vereines - des DFB - gegenüber Mitgliedern eines nachgeordneten Vereines - also Herta B.S.C. (=unterer Verein) als Mitglied des "Verbandes Berliner Ballspielvereine e.V." - nur in zwei Fällen zulässig ist. Einmal dann, wenn das Mitglied des nachgeordneten Vereins Mitglied des übergeordneten Vereins ist. Das war bei Herta B.S.C. nicht der Fall. Zum zweiten, "wenn die Satzung des nachgeordneten Vereins die Entscheidung durch den übergeordneten Verein vorsieht und die Mitgliederversammlung des unteren Vereins diese Einbuße von Selbstverwaltungsrecht und Strafgewalt ausdrücklich gebilligt hat."² Diese Unterwerfung hatte bei Herta B.S.C. nicht stattgefunden, weshalb das Landgericht Frankfurt die Rechtsunwirksamkeit der

¹ LG Frankfurt, Az.: 2/3 O 275/65 (nicht veröffentlicht)

² LG Frankfurt, a.a.O.

Versetzung in die nächsttiefere Spielklasse entsprechend dem Klageantrag von Herta B.S.C. bejahte.

Die Voraussetzungen, die das Landgericht Frankfurt für eine zulässige Strafgewalt eines Verbandes über Mitglieder eines ihm nachgeordneten Vereins aufgestellt hat, entsprechen denen, die für die Zulässigkeit der BEV-Strafgerichtsbarkeit genannt wurden.¹

Die Eishockeyvereine müssen in ihren Satzungen die Bestrafung durch den BEV vorsehen. Damit müssen sich die Mitglieder der Eishockeyvereine einverstanden erklären. Dieses Einverständnis der Mitglieder der Eishockeyvereine entspricht aber der im Fall von Herta B.S.C. geforderten satzungsmäßigen Billigung durch den unteren Verein.

Mit der Strafgewalt über Vereinsmitglieder hat der BEV ein wichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband in der Hand. Daraus ergibt sich aber das Interesse des BEV, daß die Vereine an die einmal erfolgte Übertragung der Strafgewalt auf den Verband gebunden sind und diese nicht jederzeit frei widerrufen können. Wäre ein Widerruf der Strafgewalt durch die Vereine jederzeit möglich, würde das eine weitgehende Entwertung der Verbandsstrafgewalt über Vereinsmitglieder bedeuten. Denn der Verband könnte Vereinsmitglieder nur dann bestrafen, wenn die Vereine von ihrem Widerrufsrecht keinen Gebrauch machen würden. Ob tatsächlich eine Widerrufsmöglichkeit besteht oder ob die Vereine an die Übertragung der Strafgewalt während ihrer Zugehörigkeit zum Verband gebunden sind, soll im Folgenden festgestellt werden.

Wesentliche Bedingung des Verbandes für die Aufnahme der Vereine war die Übertragung der Strafgewalt. Der

¹ S. 99-101

Verband hat nur die Vereine aufgenommen, die zur Übertragung bereit waren. Daraus ergibt sich aber, daß die Vereine während ihrer Zugehörigkeit zum Verband die Strafgewalt nicht wieder an sich ziehen können. Dem Verein, der die Strafgewalt über seine Mitglieder zurückerlangen will, bleibt lediglich übrig, aus dem Verband auszutreten. Tut er das nicht, dann ist er an die einmal erfolgte Übertragung der Strafgewalt auf den Verband gebunden.

Die Feststellung, daß die Eishockeyvereine dem BzV zur Ausübung der Strafgewalt über die Vereinsmitglieder ermächtigen können, läßt sich nicht ohne weiteres auf andere Sportverbände übertragen. So können Fußballvereine, die der Bundesliga angehören, den DFB nicht zur Bestrafung ihrer Bundesligaspieler auf Grund ihrer Vereinsautonomie ermächtigen. Das ergibt sich daraus, daß die Spieler der Bundesliga weder Mitglieder des DFB¹ noch der Vereine² sind. Die Bundesligaspieler sind Arbeitnehmer der Vereine. Soweit sie sich den Vereinen, in denen sie spielen, als Mitglieder angeschlossen haben, ruht während ihrer Spielertätigkeit in der Bundesliga ihre Mitgliedschaft. Infolgedessen können die Vereine gegenüber den Bundesligaspielern kein Bestrafungsrecht auf Grund ihrer Vereinsautonomie haben und den DFB nicht zur Ausübung der Strafgewalt ermächtigen. Damit ist aber fraglich, woher der DFB überhaupt das Recht zur Bestrafung der Bundesligaspieler nimmt. Möglicherweise hat er sich selbst die Rechtsgrundlage zur Bestrafung der Bundesligaspieler mit der Bestimmung entzogen, daß die Bundesligaspieler nicht den Vereinen angehören dürfen, in denen sie spielen. Da auf die Bundesligaspieler als Arbeitnehmer der Vereine nicht das Vereinsrecht anwendbar ist, kann im

¹ § 6 der DFB-Satzung; dazu auch BAG JZ 1971, 266

² § 15 Bundesligastatut

Rahmen dieser Untersuchung nicht näher auf die Rechtsgrundlagen der "Gerichtbarkeit" des DFB hinsichtlich dieser Spieler eingegangen werden. Insbesondere kann nicht untersucht werden, ob sich aus dem arbeitsrechtlichen Verhältnis, in dem die Spieler zu den Vereinen stehen, eine Rechtsgrundlage für die Bestrafung herleiten läßt.

Mit seiner Verbandsgerichtsbarkeit könnte der BEV allerdings in die öffentliche Strafgewalt des Staates eingegriffen haben. Denn er stellt Vergehen unter Strafe, die auch in öffentlichen Strafgesetzen mit Strafe bedroht sind. Die Verbandsstrafgewalt könnte insoweit unzulässig sein. Für die Lösung dieses Problems ist der Rechtscharakter der BEV-Strafen von Bedeutung. Sind die Strafen des BEV lediglich privatrechtliche Sanktionen, dann könnte eine Bestrafung durch den BEV auch für ein Vergehen zulässig sein, das öffentlicher Strafe unterliegt. Zweifelhafter aber wäre die Zulässigkeit der BEV-Bestrafung, wenn öffentliche Strafen ausgesprochen würden. Es ist deshalb zuvor der Rechtscharakter der BEV-Strafen festzustellen.

2.) Der Rechtscharakter der BEV-Verbandsstrafen

Dem BEV steht eine Verbandsstrafgewalt über die Vereine auf Grund seines Autonomierechts zu. Zur Bestrafung der Vereinsmitglieder ist er von den Vereinen ermächtigt. Die Vereinsstrafen, die der BEV bestimmt hat, und die der Ahndung von Verstößen gegen mitgliedschaftliche Pflichten dienen, sind von verschiedener Schwere und Wirkung. Der besonders leichten Strafe des Verweises stehen der Ausschluß des Vereins und die lebenslängliche Sperre des Spielers als die schwersten gegenüber.

Der Rechtscharakter der BEV-Strafen, der in diesem Kapitel behandelt werden soll,¹ ist für die Frage der richterlichen Überprüfung bedeutsam. Handelt es sich um schuldrechtliche Vertragsstrafen nach §§ 339 ff. BGB, dann ist ein richterliches Überprüfungsrecht gegeben. Die Strafe kann gemäß § 343 BGB vom Richter herabgesetzt werden. Denkbar ist auch, daß die BEV-Strafen Verbandsdisziplinarmaßnahmen sind, die mit den schuldrechtlichen Vertragsstrafen nichts gemein haben. Bei diesen besteht nur ein beschränktes richterliches Überprüfungsrecht.² Um die dritte Art von Strafen, die staatlichen Strafen, kann es sich bei der BEV - "Strafgerichtsbarkeit" nicht handeln. Denn staatliche Strafen können nur von staatlichen Gerichten ausgesprochen werden, nicht von den Verbandsgerichten des BEV.

Der Rechtscharakter von Vereinsstrafen, die die Einhaltung mitgliedschaftlicher Pflichten sichern, ist in Rechtsprechung und Literatur umstritten. Vereinsstrafen seien, selbst wenn sie in der Satzung als Vertragsstrafen bezeichnet wären, keine Vertragsstrafen, sondern "Akte der Selbstverwaltung", denen sich die Mitglieder durch ihren Beitritt unterworfen hätten.³ Die §§ 339 ff. BGB seien nicht anwendbar.⁴ Sie beruhten nicht auf Vertrag, sondern auf einer Unterwerfung unter die Satzung⁵ und hätten regelrecht bestrafenden Charakter, so daß die zivilrechtliche Konstruktion einer echten Vertragsstrafe unhaltbar sei.⁶ Das OLG Frankfurt lehnt eine

¹ dazu S.87

² dazu S.87

³ vgl. RG JW 1928,2208; Heinsheimer, JW 1928,2208,2209; RGRK, a.a.O., § 25 Anm.4; Soergel-Siebert, aaO, § 339 Anm.6

⁴ vgl. Meyer-Cording, NJW 1966,225 ff.; Palandt, a.a.O., Vorbem. vor § 339,2d

⁵ vgl. BGHZ 21,370

⁶ vgl. LG Köln, JW 1938,2300

Vertragsstrafe mit der Begründung ab, das Mitglied müsse es bei der Abrede einer Vertragsstrafe in der Hand haben, diese frei auszuhandeln. Dies sei aber nicht der Fall, wenn das aufzunehmende Mitglied die Satzungsbestimmungen nur in der vorgelegten Form akzeptieren könne.¹

Dagegen hat das Kammergericht eine echte Vertragsstrafe angenommen.² Auch in der Literatur wird diese Ansicht vertreten.³ Die Satzung erhalte ihren Vertragscharakter "ohne weiteres durch die vertragliche Unterwerfung unter die Satzung, gleichgültig, aus welchem Motiv dies geschieht."⁴

Eine Mittelmeinung geht davon aus, daß eine Satzung sowohl Disziplinar- als auch Vertragsstrafen begründen könne.⁵

a) Der Rechtscharakter der BEV-Geldstrafen

Es soll zuerst der Rechtscharakter der BEV-Geldstrafen festgestellt werden. Denn es besteht die

¹ OLG Frankfurt, JW 1935, 3493 ff.

² KG DR 1939, 2156; KG JW 1937, 554

³ vgl. Müller-Erzbach, Das private Recht der Mitgliedschaft, S. 325;
Baur, JZ 65, 163, 164 (für den Fall der Betriebsstrafe);
Enneccerus-Nipperdey, a.a.O., § 112, 3 Anm. 22;
Böttcher, Gestaltungsrecht und Unterwerfung im Privatrecht, S. 26 ff.;
Dörinkel, DR 1939, 2156

⁴ Steffen, JW 1938, 2302, 2303

⁵ vgl. Erman, Komm., § 25 Anm. 2; Kisch, JW 1935, 3496

Möglichkeit, daß die einzelnen BEV-Strafen verschiedenen Rechtscharakters sind. So wird von Flume zum Beispiel eine Geldstrafe nur als Vertragsstrafe zugelassen,¹ während er den Ausschluß aus dem Verband überhaupt für unzulässig hält. Der Ausschluß werde durch die Möglichkeit verdrängt, fristlos zu kündigen.²

Flume ist der Auffassung, daß einem Verband "die von ihm mit der Vereinsgeldstrafe in Anspruch genommene Strafgewalt" nicht zusteht.³ Denn der Verband habe keine unmittelbare Gewalt über das Vermögen der Mitglieder. Die Unterwerfung der Mitglieder unter die Satzung bedeute nicht, daß sie sich "auch dem unterworfen hätten, daß die Vereinsorgane Gewalt über ihr privates Vermögen hätten. Eine solche Unterwerfung wäre auch offenbar nach unseren Rechtsvorstellungen gar nicht zulässig. Wie man niemandem durch privaten Akt Gewalt über sich und sein Vermögen geben kann, so auch nicht einem Verein und dessen Organen."⁴

Die Vereine und die Vereinsmitglieder wissen bei der Unterwerfung unter die Satzung, daß der Verband die Verhängung von Geldstrafen für sich in Anspruch nimmt. Sie sind auch damit einverstanden, bei Zuwiderhandlungen gegen die Verbandssatzung mit Geldstrafen belegt zu werden. Für eine gegenteilige Auffassung sind keine Anhaltspunkte vorhanden. Diese Unterwerfung

¹ Flume, a.a.O., S.128,129

² Flume, a.a.O., S.116 ff.

³ Flume, a.a.O., S.128

⁴ Flume, a.a.O., S.128

unter die Verbandsgeldstrafen des BEV ist entgegen Flume aber zulässig. Auszugehen ist davon, daß eine Verbandsstrafgewalt zur Aufrechterhaltung der Ordnung zulässig ist.¹ Es ist dann nicht einzusehen, weshalb es einem Verein oder dessen Mitglied nicht möglich sein soll, dem Verband Gewalt über sein Vermögen in der Form zu geben, daß dieser mit der Verhängung von Geldstrafen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband beitragen kann. Denn die "Gewalt", die der BEV über das Vermögen des Vereins und des Vereinsmitglieds erhält, kann er nicht frei zu dessen Nachteil ausüben. Lediglich für den Fall, daß das Mitglied gegen eine Satzungsbestimmung verstößt, hat er die Möglichkeit, von dieser "Gewalt" Gebrauch zu machen. Und auch diese Möglichkeit hat er nur insoweit, als er damit der Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband dient. Die Übertragung solcher "Gewalt" zu solchen Zwecken muß aber zulässig sein. Insbesondere verstößt das Mitglied damit nicht gegen sittliche Grundsätze. Hinzu kommt, daß gerade die Geldstrafen des BEV eine besondere Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband haben. In manchen Fällen kann nur mit ihnen ein Vergehen wirkungsvoll und angemessen geahndet werden. Das gilt zum Beispiel dann, wenn ein Spieler zu Saisonende eine grobe Tätlichkeit begeht. Eine Sperre des Spielers ist schon deshalb nicht sinnvoll, weil die Saison zu Ende ist. Verweis und Verwarnung aber sind zu geringe Strafen. Hier ist allein die Geldstrafe richtig und angemessen. Auch aus dieser Tatsache ergibt sich die

¹ dazu S.87 ff.

Zulässigkeit der Geldstrafe. Selbst wenn man annehmen müßte, daß der einzelne grundsätzlich niemandem durch privaten Akt Gewalt über sein Vermögen geben kann, wäre die Unterwerfung der Vereine und der Vereinsmitglieder unter die Geldstrafen des BEV deshalb gerechtfertigt und zulässig, weil diese unentbehrlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband sind. Die Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband durch die Geldstrafen hätte Vorrang vor dem Grundsatz, daß "man niemandem durch privaten Akt Gewalt über sein Vermögen geben kann."¹

Für die Beurteilung, welchen Rechtscharakter die Geldstrafen des BEV haben, ist von der bereits getroffenen Feststellung auszugehen, daß es sich bei der BEV-Satzung um eine Norm und nicht um einen Vertrag handelt. Auf Grund dessen ist die Annahme naheliegend, daß die BEV-Strafen nicht dem Vertragsrecht zuzuordnen sind. "Wer die Satzung als Vertrag ansieht, wird dazu neigen, die Vereinsstrafen mit den Begriffen des Vertragsrechts zu erklären..."²

Für den Charakter der Geldstrafe als Verbandsdisziplinarstrafe spricht schon der generalpräventive Zweck, der mit der Geldstrafe zusätzlich zu dem spezialpräventiven Zweck verfolgt wird. Diese Strafe berührt nicht nur den Bereich zwischen dem Verband

¹ Flume, a.a.O., S.128

² Meyer-Cording, Vereinsstrafe, S.53

und dem Betroffenen, sondern es wird mit ihr auch eine Wirkung auf die anderen Vereine und Vereinsmitglieder verfolgt. Diesen generalpräventiven Zweck hat die schuldrechtliche Vertragsstrafe nicht.¹ Wenn Bötticher dies bestreitet und meint, man enge apriori den Begriff der Vertragsstrafe zu Unrecht ein, die Vertragsstrafe könne vielmehr "auch in den Dienst der Gruppendisziplin gestellt werden und damit die Generalprävention als Strafzweck in den Vordergrund rücken"², so behauptet er das ohne Begründung. Diese Auffassung läßt sich auch nicht aus der Feststellung Fikentscher's herleiten, daß in Kartellen "zur Sicherung der Mitgliederpflichten ... regelmäßig die Vertragsstrafe verwandt" wird.³ Sind diese "Vertragsstrafen" "Mittel des inneren Kartellstrafrechts"⁴, dienen sie also der Einhaltung der Mitgliederpflichten, dann stellt sich bei ihnen die gleiche Frage wie bei den Verbandsstrafen des BEV: Sind sie schuldrechtliche Vertragsstrafen oder Vereinsdisziplinarmaßnahmen?⁵ Lediglich aus der Bezeichnung dieser Strafen als "Vertragsstrafen" ergibt sich nicht, daß sie tatsächlich schuldrechtliche Vertragsstrafen sind. Es kann deshalb nicht gesagt werden, die Verwendung von

¹ vgl. Meyer-Cording, a.a.O., S.62

² Bötticher, ZfA 70,47

³ Fikentscher, Schuldrecht, § 25 II 2

⁴ Langen, Kommentar zum Kartellgesetz, § 14 RdNr.1

⁵ vgl. BGHZ 21,373;

vgl. Langen, a.a.O., § 14 RdNr.1;
Esser, Schuldrecht, § 25 II 4

"Vertragsstrafen" in Kartellen beweise, daß diese der Gruppendisziplin und der Generalprävention dienen könnten.

Weiter ist als Unterschied zwischen den Verbandsstrafen des BEV und der schuldrechtlichen Vertragsstrafe festzustellen, daß die schuldrechtliche Vertragsstrafe lediglich ein Druck- und Zwangsmittel ist, um Erfüllung zu erreichen. Im Falle ihrer Verwirkung ist der Zweck der Vertragsstrafe die "Ersparnis des Schadensbeweises".¹ Die Vertragsstrafe enthält kein Unwerturteil. Anders ist das bei der Geldstrafe des BEV. Mit ihr wird ein Unwerturteil ausgesprochen. Wenn man den Unwertcharakter verneint, "so widerstreitet dies einfach den Tatsachen, die nicht wegzudisputieren sind".² Denn wie soll eine Geldstrafe ausgesprochen werden, ohne damit gleichzeitig ein Unwerturteil abzugeben? Vielmehr ist es gerade charakteristisch für die Strafe, daß mit ihr ein Unwerturteil ausgesprochen wird. Auch wegen dieses Unterschiedes ist die Vereinsgeldstrafe keine schuldrechtliche Vertragsstrafe. Das Unwerturteil wird auch von Meyer-Cording bejaht: "... dürfte nicht zu leugnen sein, daß der Vereinsstrafe ein sozialetisches Moment anhaftet, welches der Vertragsstrafe fehlt. Sie kann

¹ Palandt, Vorbem. zu §§ 339 ff., 1

² Flume, a.a.O., S. 128

daher - vom sozialen Kreis aus gesehen - auch den Zweck einer Sühne und Vergeltung für sozioethisches Unrecht haben. Gerade dieser Vergeltungsgedanke kommt bei der Vertragsstrafe überhaupt nicht zum Ausdruck, die zwar dem Gläubiger Nutzen bringen, nicht aber den Schuldner in diesem Sinne strafen soll."¹

Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß das Unwerturteil, das mit den BEV-Strafen (nicht nur der Geldstrafen) ausgesprochen wird, nicht identisch ist mit dem Unwerturteil der staatlichen Strafen. Den BEV-Strafen liegen andere Wertmaßstäbe zugrunde als den staatlichen Strafen. Ein wichtiger Grundsatz für die Durchführung des Sportbetriebs im BEV ist der Grundsatz der Fairness. Dieser Grundsatz ist von entscheidender Bedeutung für die Wertmaßstäbe im BEV und damit für das Unwerturteil. An solchen Wertmaßstäben orientiert sich die staatliche Strafe und das mit ihr verbundene Unwerturteil nicht. Auch beschränken sich die BEV-Strafen und das Unwerturteil auf den Disziplinarbereich. Wenn deshalb vom Unwerturteil der BEV-Strafen gesprochen wird, dann ist damit nur ein "eingeschränktes" Unwerturteil gemeint.

Ein weiterer Unterschied zwischen den BEV-Verbandsstrafen und den schuldrechtlichen Vertragsstrafen ergibt sich daraus, daß letztere frei ausgehandelt werden, die Verbandsstrafen des BEV dagegen nicht. Bei der schuldrechtlichen Vertragsstrafe einigen sich die Parteien vertraglich über deren Inhalt.

¹ Meyer-Cording, a.a.O., S.63

Das ist bei der Vereinsgeldstrafe nicht der Fall. Ein freies Aushandeln der Strafen ist nicht möglich. Wer an einer Eishockey-Meisterschaftsrunde teilnehmen will, muß Mitglied im BEV beziehungsweise in einem Verein sein. Um Mitglied zu werden, muß er die Satzung des BEV auch hinsichtlich der Strafen in der Form akzeptieren, wie sie ihm angeboten wird. Vereine und Spieler unterwerfen sich der Satzung. Damit handelt es sich aber nicht mehr um ein freies Aushandeln im Sinne der schuldrechtlichen Vertragsstrafe.

Verschieden sind die Vereinsstrafe und die Vertragsstrafe auch deshalb, weil die Vereinsstrafe erst verhängt werden muß¹, die Forderung aus der verfallenen Vertragsstrafe dagegen vom Gläubiger nach seinem Belieben geltend gemacht werden kann. Der Auffassung Böttichers, nach der eine "verhängte Strafe noch im Rahmen einer Vertragsstrafe ... unterzubringen ist"², kann nicht zugestimmt werden. Böttlicher bezieht sich auf die Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung der Metallindustrie mit der IG Metall vom 12. Mai 1964.³ Gemäß § 16 dieser Vereinbarung kann ein Schiedsgericht gegen eine Partei bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Schlichtungsvereinbarung eine "Vertragsstrafe" bis zu DM 1 000 000 verhängen. Diese "Vertragsstrafen" sind nach Böttlicher echte schuldrechtliche Vertragsstrafen, obwohl sie erst von dem Schiedsgericht verhängt werden müssen. Zur Begründung

¹ vgl. BayObLG NJW 1960, 292

² Böttlicher, Wesen und Arten der Vertragsstrafe, S. 30ff.; zustimmend: Zöllner, Betriebsjustiz, ZZP 70, 387

³ RAA 1964, 216 ff.

zieht Bötticher § 319 Abs.1 BGB heran. Die richterliche Nachprüfung der Leistungsbestimmung durch einen "Dritten" gemäß § 319 Abs.1 BGB könne von den Parteien einem Schiedsgericht übertragen werden.¹ Diesem Schiedsgericht könne aber auch gleich die "primäre Leistungsbestimmung anvertraut" werden.² Bötticher zieht jetzt Schlüsse auf die Vertragsstrafe. Aus dem Bisherigen ergebe sich als Konsequenz, "daß auf diesem Wege auch die nach § 343 BGB vorgesehene Vertragsstrafenkontrolle den ordentlichen Gerichten entzogen werden kann".³ Es sei aber nicht einzusehen, "warum eine als Strafe versprochene "Leistung" nicht auch der Bestimmung durch einen "Dritten" oder durch ein Schiedsgericht übertragen werden könnten, wird sie doch auch solchenfalls allein von der rechtsgeschäftlichen Unterwerfung der Parteien legitimiert."⁴

Die Schlüsse, die Bötticher zieht, sind nicht berechtigt. Charakteristisch für § 319 Abs.1 BGB ist, daß die Leistung durch einen Dritten nach billigem Ermessen festgesetzt wird. Die Bestimmung erfolgt nicht durch die Vertragsparteien. Die bestimmte Leistung ist nach § 319 Abs.1 BGB herabsetzbar, wenn sie offenbar unbillig ist. Anders ist das bei der schuldrechtlichen Vertragsstrafe. Sie wird von den Vertragsparteien frei ausgehandelt. Ein "Dritter" wird nicht zugezogen. Die Höhe der Strafe wird

¹ Bötticher, Wesen und Arten der Vertragsstrafe, S.32,33; RGZ 153,195 f.; BGHZ 6,335,339

² Bötticher, aaO, S.32; RGZ 153,193,196

³ Bötticher, aaO, S.33

⁴ Bötticher, aaO, S.33

von den Parteien selbst bestimmt und kann nach § 343 BGB nur herabgesetzt werden, wenn sie unverhältnismäßig hoch ist.

Zwischen der Vertragsstrafe und der Leistungsbestimmung gemäß § 319 Abs.1 BGB bestehen also grundlegende Unterschiede. Es kann deshalb nicht aus der Zulässigkeit der Übertragung der Leistungsbestimmung durch einen "Dritten" auf ein Schiedsgericht die Folgerung gezogen werden, daß auch die Bestimmung und Verhängung einer Vertragsstrafe durch ein Schiedsgericht oder einen "Dritten" zulässig sein müsse. Wäre das möglich, dann wäre die freie Bestimmung der Vertragsstrafe durch die Parteien ausgeschaltet. Diese freie Bestimmung der Parteien ist aber ein wesentliches Merkmal der Vertragsstrafe. Wegen der Verschiedenartigkeit von Vertragsstrafen und Leistungsbestimmung durch einen "Dritten" (§ 317 Abs.1 BGB) ist der Schluß Böttichers unzulässig. Im übrigen hat Bötticher selbst festgestellt, daß er mit seiner Auffassung "die Konturen der in §§ 339 ff. BGB geregelten Vertragsstrafe verläßt."¹

Eine Vertragsstrafe kann nicht verhängt werden. Auch aus diesem Grunde sind die BEV-Geldstrafen keine schuldrechtlichen Vertragsstrafen.

b) Der Rechtscharakter der Ausschlußstrafe

Die "Gerichte" des BEV können zwar nicht selbst einen Verein aus dem Verband ausschließen, doch sie können einen Antrag auf Ausschluß stellen, über den der Verbandstag

¹ Bötticher, Wesen und Arten der Vertragsstrafe, S.31

entscheidet. Es soll deshalb hier auch die Frage behandelt werden, ob ein Ausschluß als Vereinsstrafe überhaupt möglich ist und wenn ja, ob er den gleichen Rechtscharakter wie die Vereinsgeldstrafe hat.

Nach Flume¹ ist der Ausschluß als Vereinsstrafe nicht möglich. Das Rechtsinstitut der fristlosen Kündigung verdränge die Ausschlußstrafe. Dagegen hat der Ausschluß als die schwerste Vereinsstrafe nach Meyer-Cording² den gleichen Rechtscharakter wie die Vereinsgeldstrafe. Sie sei deshalb ebenfalls Vereinsdisziplinarmaßnahme.

Es muß daran erinnert werden, daß Flume eine Vereinsstrafgewalt überhaupt nicht zuläßt.³ Wenn er deshalb nach seiner generellen Ablehnung der Vereinsstrafgewalt die Strafe des Ausschlusses als unzulässig ablehnt, so ist dies nur konsequent. Flume geht davon aus⁴, daß der Ausschluß als Vereinsstrafe und die fristlose Kündigung grundsätzlich unterschiedlich geartete Rechtsinstitute sind. Wenn der Verein aber die Trennung von seinem Mitglied durch fristlose Kündigung erreichen könne, dann dürfe der Ausschluß als Strafe nicht zugelassen werden. Denn der Ausschluß als Strafe könne "nur den Sinn haben, über die Trennung des Vereins von dem betroffenen Mitglied hinaus einen weiteren Erfolg zu erreichen, nämlich den, das betroffene Mitglied mit sozialem Unwerturteil zu belegen".⁵

¹ Flume, a.a.O., S.116,119
Strafe, S.70

³ dazu S.88 ff.

⁵ Flume, a.a.O., S.119

² Meyer-Cording, Vereins-

⁴ Flume, a.a.O., S.119

Wegen der Möglichkeit, fristlos zu kündigen, habe der Verein nicht die Legitimation zur Ausschließung als Bestrafung, "indem die Legitimation zur Regelung der Vereinsangelegenheiten nicht dazu reicht, der Trennung das Unwerturteil der Bestrafung hinzuzufügen, das auf die Wirkung über den Vereinsbereich hinaus ausgerichtet ist."¹

Im Gegensatz zu Flume ist davon auszugehen, daß dem BEV eine Verbandsstrafgewalt zusteht.² Auf Grund dieser Verbandsstrafgewalt sind die Geldstrafen des BEV zulässig. Sollte die Ausschlußstrafe dagegen unzulässig sein, so müßten sich dafür Gründe finden lassen.

Richtig ist es sicherlich, der Strafe des Ausschlusses ein soziales Unwerturteil beizumessen. Bei diesem Unwerturteil handelt es sich wie bei der Geldstrafe um ein "eingeschränktes" Unwerturteil.³ Dieses Unwerturteil ist aber bei der Ausschlußstrafe als der für Vereine schwersten Strafe des BEV größer als bei der Geldstrafe. Denn je schwerer eine Strafe, desto größer wird auch das in ihr enthaltene Unwerturteil sein. Daraus allein kann nicht bereits die Unzulässigkeit der Ausschlußstrafe hergeleitet werden. Sie kann aber auch nicht daraus hergeleitet werden, daß die fristlose Kündigung möglich wäre, um sich von dem Verbandsmitglied zu trennen. Auszugehen ist davon, daß eine Strafgewalt des Verbandes zulässig ist, mit der ein Unwerturteil ausgesprochen wird. Es ist dann nicht einzusehen, daß

¹ Flume, a.a.O., S.119

² dazu S.87 ff.

³ dazu S.112

ein Mitglied bei einem geringen Vergehen mit der zugleich ein Unwerturteil enthaltenden Geldstrafe belegt wird, bei einer schweren Verfehlung aber lediglich wertneutral - so zumindest, wenn man der Auffassung Flumes von der wertneutralen fristlosen Kündigung folgt - fristlos gekündigt wird.

Schließlich ist noch auf den angeblich wertneutralen Charakter der fristlosen Kündigung einzugehen. Flume lehnte den Ausschluß aus dem Verband als Verbandsstrafe ab, weil damit ein Unwerturteil ausgesprochen würde, das wegen der Möglichkeit der fristlosen Kündigung nicht ausgesprochen werden müßte. Die Frage aber ist, ob bei der fristlosen Kündigung nicht ebenfalls ein Unwerturteil ausgesprochen wird. Hinsichtlich des Unwertcharakters bei Geldstrafen hat Flume zu Recht festgestellt, daß es einfach den Tatsachen widerstreite, wenn man diesen bei Vereinsstrafen verneine.¹ Dies gilt aber auch für die fristlose Kündigung. Zwar sind fristlose Kündigungen denkbar, in denen kein Unwerturteil enthalten ist (zum Beispiel die fristlose Kündigung wegen einer wirtschaftlichen Rezession). Wird aber die fristlose Kündigung wegen einer Verfehlung ausgesprochen, liegt der Grund für die fristlose Kündigung also bei dem, dem gekündigt wird, so ist darin in gleicher Weise ein - "beschränktes"² - Unwerturteil wie in der Ausschlußstrafe enthalten. Die Wirkungen sind die gleichen, es wird für den Ausschluß nur eine andere Bezeichnung verwendet. Der Unwertcharakter ist nach wie vor gegeben. Er entfällt

¹ Flume, a.a.O., S.128

² dazu S.112

nicht etwa deshalb, weil die Trennung vom Verein unter der Bezeichnung "fristlose Kündigung" erfolgt.

Danach verdrängt das Rechtsinstitut der fristlosen Kündigung nicht die Ausschlußstrafe. Auch bei der Ausschlußstrafe handelt es sich um eine Verbandsdisziplinarstrafe. Die Gründe, die zur Ablehnung der Geldstrafe als Vertragsstrafe und zur Annahme als Verbandsdisziplinarstrafe geführt haben¹, gelten auch bei der Ausschlußstrafe.

c) Der Rechtscharakter der übrigen BEV-Strafen

Die Ausschlußstrafe, die sich gegen die Vereine richtet, hat ihr Gegenstück in der lebenslänglichen Sperre der Spieler. Da mit ihr dem Spieler die Spielberechtigung entzogen wird, bedeutet diese Strafe den Ausschluß von der Möglichkeit, Eishockey zu spielen. Die Wirkung dieser Strafe gegenüber dem Spieler entspricht der Wirkung, die der Ausschluß dem Verein gegenüber hat. Aus den gleichen Gründen wie die Geldstrafe und der Ausschluß aus dem Verein ist die lebenslängliche Sperre eines Spielers eine Verbandsdisziplinarstrafe. Auch die übrigen Strafen, die der BEV verhängen kann, sind Verbandsdisziplinarmaßnahmen. Ihre Wirkung und das in ihnen enthaltene Unwerturteil sind nur geringer.²

Nach allem läßt sich feststellen, daß die Strafen des BEV, die die Einhaltung mitgliedschaftlicher Pflichten sichern, Verbandsdisziplinarstrafen sind. Sie sind keine schuldrechtlichen Vertragsstrafen. Die §§ 339 ff. BGB

¹ siehe S.106 ff.

² vgl. Meyer-Cording, Vereinsstrafe, S.70/71

sind nicht anwendbar. Die wesentliche Folge dieser Feststellung ist, daß nur ein "eingeschränktes" richterliches Überprüfungsrecht besteht. Das richterliche Ermäßigungsrecht des § 343 BGB gilt nur für schuldrechtliche Vertragsstrafen. Eine richterliche Herabsetzungsmöglichkeit besteht bei den Verbandsstrafen nicht. Die staatlichen Gerichte können lediglich überprüfen, ob die Verfahrensvorschriften eingehalten wurden, die Bestrafung in der Satzung vorgesehen ist, Gesetz- oder Sittenwidrigkeit der Strafvorschrift vorliegt und ob die Strafe etwa offenbar unbillig ist.

Durch die Feststellung, daß die verbandsrechtlich vorgesehenen Strafen des BEV, die die Einhaltung mitgliedschaftlicher Pflichten sichern, keine Vertragsstrafen sind, ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß auch eine echte Strafvereinbarung in die Satzung aufgenommen werden kann.² Das ist dann der Fall, wenn die Vereins- und Verbandsmitglieder außer den Pflichten der Mitgliedschaft noch Vertragspflichten übernehmen, deren Erfüllung durch Vertragsstrafen gesichert wird. Diese Strafen werden mit der Aufnahme in die Satzung - sie brauchen nicht aufgenommen zu werden - zwar zu Satzungsbestandteilen, aber nicht zu Verbandsstrafen.³

3.) Zulässigkeit von gleichzeitiger Strafandrohung in öffentlichen Gesetzen und Verbandssatzungen

Der BEV stellt in seiner Satzung Vergehen unter Strafe, die auch in öffentlichen Strafgesetzen mit Strafe bedroht sind. Diese Konkurrenz von staatlichen

¹ vgl. BGHZ 21,370,373

² vgl. BGHZ 21,370,373

³ vgl. BGHZ 21,370,373

Strafen und Verbandsstrafen könnte unzulässig sein, wenn damit in die öffentliche Strafgewalt des Staates eingegriffen würde. Aber auch wenn die Verbandssatzung eine Strafe androht für ein Verhalten, das bereits ein öffentliches Strafgesetz erfasst, dann ergibt sich daraus grundsätzlich noch nicht die Unzulässigkeit dieser Verbandsstrafe. Es ist nicht einzusehen, warum ein öffentlicher Straftatbestand eine verbandsinterne Bestrafung ausschließen sollte. Beide sind voneinander verschieden: die Verbandsstrafe bewegt sich auf privatrechtlichem Gebiet und ist keine öffentliche Strafe. "Denn die Rechtsordnung verbietet nicht, Handlungen, die mit öffentlicher Strafe bedroht sind, unter eine privatrechtliche Strafe zu stellen."¹ Es ist also grundsätzlich davon auszugehen, daß die gleichzeitige Strafandrohung in öffentlichen Gesetzen und Verbandsatzungen zulässig ist.

Allerdings kann es sein, daß ein Verband mit seinen angedrohten Strafen sich im Einzelfall öffentliche Strafgewalt anmaßt und damit die Verhängung der Verbandsstrafe gesetzwidrig ist.² Wann das der Fall ist, läßt sich nach dem BGH³ nicht allgemein sagen, doch ist die Grenze des Zulässigen nach Aufrassung des BGH dann überschritten, "wenn die angedrohte Strafe den Boden des Privatrechts verläßt, insbesondere wenn sie eine diskriminierende Strafe, ein Unwerturteil, und nicht bloß ein wirtschaftlicher Nachteil, eine privatrechtliche Sanktion sein soll." Ein Übergriff in die

¹ BGHZ 21,374

² vgl. Kisch JW 1935,3495

³ BGHZ 29,352,357

öffentliche Strafgewalt des Staates könne jedoch nur unter außergewöhnlichen Umständen angenommen werden.

Der BGH¹ betrachtet es als Eingriff in die öffentliche Strafgewalt des Staates und als gesetzwidrig, wenn das Vereinsgericht eine diskriminierende Strafe, ein Unwerturteil ausspricht. Indem der BGH das Unwerturteil als Kriterium für den Eingriff in die öffentliche Strafgewalt nimmt, setzt er sich zu seinen eigenen Ausführungen in Widerspruch. Der BGH hat als aus dem Autonomierecht resultierend eine Verbandsstrafgewalt zugelassen und deren Strafen als Verbandsdisziplinarstrafen angesehen. Strafen dürfen also auf Grund der Verbandsstrafgewalt ausgesprochen werden. Es ist aber der Verbandsstrafe gerade eigen², daß sie ein Unwerturteil enthält. Allerdings ist mit den BEV-Strafen lediglich ein "eingeschränktes" Unwerturteil verbunden.³ Das ist jedoch unerheblich, da entscheidend ist, daß überhaupt ein Unwerturteil ausgesprochen wird. Wenn der BGH bei Verbandsstrafen einen Unwertcharakter verneint, so tut er das zu Unrecht. Besonders deutlich wird das an der Entscheidung selbst, die den BGH zu dieser Abgrenzung veranlaßt hat: Es war unter anderen eine Verbandsstrafe verhängt worden, nach der der Betroffene für zwei Jahre kein Ehrenamt mehr in dem Verband bekleiden durfte. Bei einer solchen Strafe kann aber kaum der mit ihr ausgesprochene Unwertcharakter verneint werden. Es ist deshalb bei Bejahung der Verbandsstrafgewalt nicht möglich, die Zulässigkeit einer Verbandsstrafe danach zu beurteilen, ob sie einen Unwertcharakter enthält oder nicht, und für den Fall, daß sie einen solchen Unwertcharakter enthält, die Unzulässigkeit der Strafe daraus zu folgern.

¹ BGHZ 29,352,357

² dazu S.111

³ dazu S.112

Auch wenn hier vertreten wird, daß die Verbandsstrafen nicht allgemein unzulässig sind, so bedeutet das nicht, daß wegen des Unwertcharakters im Einzelfall nicht doch eine Verbandsstrafe unzulässig sein kann. Wann das ist, ist danach zu beurteilen, welcher Zweck bei der Bestrafung im Vordergrund steht. Es kann dem Verband eine Strafgewalt, die Strafen mit Unwertcharakter verhängt, nur insoweit zuerkannt werden, als diese der Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband dienen. Strafen, die zur Erreichung dieses Zweckes nicht erforderlich sind, dürfen nicht verhängt werden. Unzulässig sind also Strafen, die lediglich der Diskriminierung oder der Auffüllung der Verbandskasse dienen und die nicht mit dem Zweck der Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband zu rechtfertigen sind.

Da der Einzelfall für die Zulässigkeit der Strafe entscheidend ist, kann nicht allgemein festgestellt werden, daß diese oder jene Art von Strafen unzulässig ist. Was die Strafen des BEV anbetrifft, so ist grundsätzlich zu sagen, daß sie finanziell von erheblicher Konsequenz für die Betroffenen sein können und daß sie, so die Spielsperren, dem Ansehen Schaden zufügen können. Aber auch wenn diese Strafen derartige Folgen haben, ist doch zu beachten, daß sie nur gegenüber Mitgliedern des Verbandes und der Vereine erfolgen und nur Wirkung innerhalb des eng begrenzten Verbandes haben sollen. Es handelt sich um verbandsinterne Disziplinarmaßnahmen. Mit der Bestrafung soll die Ordnung im Verband aufrechterhalten werden. Dienen sie im Einzelfall tatsächlich der Aufrechterhaltung der Ordnung und sind sie dazu erforderlich, dann sind sie zulässig, auch wenn sie einen Unwertcharakter enthalten.

XIII. Ausschöpfung der Verbandsgerichtsinstanzen vor Beschreiten des Rechtswegs

Der BEV hat unzulässigerweise den Rechtsweg zu den staatlichen Gerichten ausgeschlossen.¹ Die Unzulässigkeit dieses Ausschlusses sagt aber nichts darüber aus, ob sich die Betroffenen nicht, bevor sie die staatlichen Gerichte anrufen, an die Verbandsgerichte und ihre Instanzen wenden müssen.

Auf die Frage braucht nur kurz eingegangen zu werden, da sie in Rechtsprechung und Literatur unstreitig ist.² In der Regel müssen zuerst die satzungsmäßigen Instanzen angerufen werden.³

Der BEV konnte eine eigene "Gerichtsbarkheit" des Verbandes mit eigenem Instanzenzug einrichten.⁴ Damit soll dem Betroffenen Gelegenheit zur Rechtsverfolgung und Verteidigung in den verschiedenen Verbandsinstanzen gegeben werden, die eine Anrufung eines staatlichen Gerichts überflüssig macht. Die Verbandsgerichtsbarkheit erlangt aber nur dann volle Bedeutung, wenn sie auch in Anspruch genommen wird. Ist es dem Betroffenen oder der anzeigeberechtigten Stelle überlassen, darüber zu be-

¹ siehe S.75 ff.

² vgl. für vorherige Anrufung der Verbandsinstanzen:
RGZ 171,206; RG LZ 29,324; RG JW 32,1197; 32,1010;
35,2633; 36,2071; OLG Karlsruhe HRR 38 Nr.272;
OLG Dresden SeuffA. 66 Nr.145; Groscurth, a.a.O.,
S.21; Scheyhing, JZ 58,343,344

³ Keine Anrufung der Verbandsinstanzen bei Genehmigung
des Beschreitens des Rechtswegs durch den BEV

⁴ vgl. RG JW 37,1548; BGHZ 13,5,11

stimmen, ob das staatliche Gericht oder erst das Verbandsgericht angerufen werden soll, so ist theoretisch denkbar, daß das Verbandsgericht nie in Anspruch genommen wird. Die Verbandsgerichtsbarkeit, die zugestanden wurde, wäre damit entwertet und bedeutungslos. Um das zu vermeiden, muß vor Anrufung der staatlichen Gerichte das Verfahren vor die Verbandsgerichte gebracht werden.

Die Verbandsgerichte müssen noch aus einem weiteren Grund vor den staatlichen Gerichten angerufen werden. Es muß vermieden werden, daß die staatliche Gerichtsbarkeit unnötig in Anspruch genommen wird. Besteht eine Verbandesgerichtsbarkeit und ist die Anrufung einer Verbandsinstanz noch möglich, dann erscheint die Anrufung eines staatlichen Gerichts als nicht notwendig. Die staatliche Gerichtsbarkeit soll vor einer Überflutung mit Verbandsangelegenheiten bewahrt werden. Auch aus diesem Grunde sind die Verbandsgerichte zuerst anzurufen.¹ Der Verbandsrechtsprechung kommt damit eine "Filterwirkung" zu, die der Entlastung der staatlichen Gerichtsbarkeit dient.

¹ vgl. BGHZ 13,5,16; 47,172,174

XIV. Die Unzulässigkeit des teilweisen Ausschlusses des rechtlichen Gehörs durch die Satzung des BEV

Der BEV hat hinsichtlich des rechtlichen Gehörs eine Bestimmung getroffen, deren Zulässigkeit zweifelhaft ist. In § 6c) Rechtsordnung heißt es: "Vor jeder Entscheidung (Ausnahmen: Entscheidung im Einzelrichterverfahren und Sofortentscheidung des Eishockeyobmannes) sind die Beteiligten bzw. die Betroffenen zu hören. Sie können zur schriftlichen Stellungnahme unter Fristsetzung aufgefordert werden. Bei Nichteinhaltung der gestellten Frist kann auf Grund der vorliegenden Unterlagen entschieden werden." Mit dieser Bestimmung hat der BEV das rechtliche Gehör wesentlich eingeschränkt. Denn immerhin machten die Entscheidungen im Einzelrichterverfahren 96,13 % aller Entscheidungen aus.

Aus Art. 103 Abs.1 GG ergibt sich, daß "vor Gericht ... jedermann Anspruch auf rechtliches Gehör" hat. Die Frage ist, ob der BEV auf Grund dessen, daß seine "Rechtsprechung" Verwaltungshandeln ist, zulässigerweise die Gewährung des rechtlichen Gehörs eingeschränkt hat oder ob der Grundsatz des rechtlichen Gehörs auch in seinen Verfahren beachtet werden muß.

Von den Vereinen, die dem BEV angehören, wurde der Ausschluß des rechtlichen Gehörs des öfteren gerügt. So findet sich in einigen der untersuchten Entscheidungen der Vorwurf verurteilter Vereine oder Spieler, sie seien nicht gehört worden, was einen Verstoß gegen rechtsstaatliche Grundsätze bedeute.

1.) Fall zum Ausschluß des rechtlichen Gehörs

Durch Einzelrichter erging 1965 eine Entscheidung im schriftlichen Verfahren, in der der Verein M. zu einer Verwarnung, einer Geldbuße von DM 30.- und der Tragung der Verfahrenskosten von DM 3.- verurteilt wurde. Begründet wurde diese Entscheidung mit der wiederholten Nichtvorlage der gesamten Pässe einer Mannschaft bei einem Freundschaftsspiel, einer Falschangabe (Täuschungsversuch) des Vereinsverantwortlichen hinsichtlich eines Spielers und einem Verstoß gegen die Bestimmung der Spielordnung über die Teilnahme von Gastspielern. Der Einzelrichter nahm an, daß unerlaubterweise der Spieler eines anderen Vereins bei dem Spiel mitgewirkt hatte.

Der Verein legte zwar keine Beschwerde ein, kritisierte aber in einem Schreiben an den Eissportverband die Entscheidung. Er verwahrte sich in dem Schreiben dagegen, daß er bei Freundschaftsspielen wiederholt die Pässe nicht vorgelegt habe. Zu der Annahme des Verbandsgerichts, daß der Verein unerlaubterweise den Spieler eines anderen Vereins habe mitspielen lassen, führte er aus, es habe sich nicht um den Spieler eines anderen Vereins gehandelt, sondern um einen, der überhaupt keinem Verein angehörte. Über diesen Punkt habe sich aber der Vereinsverantwortliche selbst geirrt, er habe nicht absichtlich getäuscht.

Das Vorbringen des Vereines wurde am Anfang und am Ende von den Vorwürfen eingerahmt, daß auch diesmal wieder eine Entscheidung ohne Anhören des Vereines und der näheren Umstände gefällt worden sei, und es wurde gebeten, in Zukunft ein eventuelles Urteil erst nach Anhörung zu fällen.

Auch bei anderen Entscheidungen wurde die Nichtgewährung des rechtlichen Gehörs gerügt. Man habe für das ausgefallene Spiel das Urteil ohne Anschreiben

erhalten, beschwerte sich ein Verein. Es sei aber in der deutschen Gerichtsbarkeit so Brauch, den Angeklagten zu hören. Und in einem anderen Fall, in dem es ebenfalls um ein ausgefallenes Spiel ging, wurde von Vereinsseite festgestellt, daß das Spielgericht nicht einfach auf Grund einseitigen Anhörens, und noch dazu der Schuldigen, entscheiden könne.

2.) Keine Geltung des Art. 103 Abs.1 GG

Mit der Beschränkung des rechtlichen Gehörs könnte der BEV gegen Art. 103 Abs.1 GG verstoßen haben. Art. 103 Abs.1 GG müßte dann auch für Verbandsgerichte Geltung haben. Die "Rechtsprechung" des BEV ist Verwaltungstätigkeit, die BEV - "Gerichte" sind Verwaltungsinstitutionen. Das Verwaltungshandeln von Verwaltungsinstitutionen fällt aber nicht unter Art. 103 Abs.1 GG. Die BEV - "Gerichte" sind nicht Gerichte im Sinne dieses Artikels. Eine Verpflichtung zur Gewährung des rechtlichen Gehörs kann deshalb aus Art. 103 Abs.1 GG für die Verbandsgerichte des BEV nicht hergeleitet werden.¹

3.) Stellungnahmen in Rechtsprechung und Literatur

Auch wenn aus Art. 103 Abs.1 GG keine Verpflichtung zur Gewährung des rechtlichen Gehörs hergeleitet werden kann, wird in Rechtsprechung und Literatur²

¹ vgl. Maunz-Dürig, Komm.z.Grundgesetz, Anm.84 zu Art.103 GG
² vgl. RG JW 1925,49; BGHZ 29,352,355;
vgl. Staudinger, a.a.O., Anm.8a zu § 35;
vgl. Meyer-Cording, Vereinsstrafe, S.82

überwiegend die Gewährung des rechtlichen Gehörs auch vor Verbandsgerichten gefordert. Diese Forderung wird verschieden begründet. Die Gewährung des rechtlichen Gehörs sei ein "elementarer Verfahrensgrundsatz"¹, Treu und Glauben², die Pflicht zur ordnungsmäßigen Untersuchung³, die Verkehrssitte, das Gebot der Gerechtigkeit und der fairen Behandlung⁴ und die Billigkeit⁵ verlangten die vorherige Anhörung auch vor einem Verbandsgericht. Auch die Parallele zu den richterlichen Ordnungsstrafen des § 179 GVG, bei denen eine Anhörung nicht erfolgen muß, wird abgelehnt.⁶ Richterliche Amtstätigkeit und Vereinstätigkeit seien nicht vergleichbar.

Die entgegengesetzte Meinung⁷ stützt sich darauf, daß zwar die Verbandsgerichte den Sachverhalt in alle Richtungen aufzuklären haben, daß es ihnen aber überlassen bleiben muß, wie sie das tun. Die Forderung nach rechtlichem Gehör sei genauso wenig begründet wie sie es sonst beim einseitigen Aufheben eines Dauerverhältnisses sei.

¹ OLG Köln NJW 1964,1576;
Staudinger, a.a.O., § 35,8a

² vgl. RGZ 171,206

³ vgl. BGHZ 29,352,355

⁴ vgl. BGHZ 29,352,355;
Meyer-Cording, Vereinsstrafe, S.82;
Heinsheimer, JW 1925,49 Anm. zu 2)

⁵ vgl. im Falle des Ausschlusses wegen Vorwurfs der Ehrenrührigkeit: RG Warn.Rspr. 1913 Nr.182

⁶ vgl. RG JW 1915,1424,1427

⁷ vgl. Müller-Erzbach, a.a.O., S.395

4.) Die Unzulässigkeit der BEV-Bestimmung

Die Entscheidungen der BEV-"Gerichte" sind Verwaltungsmaßnahmen. Dies könnte dafür sprechen, daß an die Verfahren vor den BEV-"Gerichten" geringere Anforderungen hinsichtlich des rechtlichen Gehörs zu stellen sind als an die Verfahren vor staatlichen Gerichten. Andererseits ist aber zu bedenken, welche Auswirkungen die "Gerichtsverfahren" des BEV haben können. Die Auswirkungen können von erheblichem Umfang sein. So werden beispielsweise einem Verein oder einem Spieler Geldstrafen auferlegt, die erheblich sein können. Punkte werden ab- und zuerkannt, die für eine Meisterschaftsrunde von Bedeutung sein und finanzielle Folgen haben können.

Bereits aus den Folgen, die die "Rechtsprechung" des BEV haben kann, ergibt sich, daß eine ordnungsmäßige Untersuchung nicht auf die Gewährung des rechtlichen Gehörs verzichten kann. Die Gründe, die die Rechtsprechung und Literatur für die Verpflichtung zur Gewährung des rechtlichen Gehörs heranziehen¹, verpflichten auch im Verfahren vor den Sportgerichten des BEV zur Gewährung des rechtlichen Gehörs. Die Gewährung des rechtlichen Gehörs ist insbesondere ein Gebot der Gerechtigkeit, der fairen Behandlung und der Billigkeit.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, daß der BEV auf dem Gebiet des Eishockeysports eine Monopolstellung einnimmt. Wer um Punkte Eishockey spielen

¹ siehe S. 128, 129

will, muß sich ihm anschließen. Auf Grund dieser Monopolstellung kommt der "Rechtsprechung" des BEV besondere Bedeutung zu. Das zeigt sich am deutlichsten an der Strafe des Ausschlusses. Wer ausgeschlossen wird, hat keine Möglichkeit mehr, um Punkte Eishockey zu spielen. Wegen dieser besonderen Bedeutung muß es sich der BEV gefallen lassen, daß an seine "Rechtsprechung", obwohl sie Verwaltungshandeln ist, hinsichtlich des rechtlichen Gehörs besonders hohe Anforderungen gestellt werden.

Die Verpflichtung zur Gewährung des rechtlichen Gehörs ergibt sich auch aus folgender Überlegung: Selbst wenn mit den BEV-Verbandsstrafen nur ein "eingeschränktes"¹ Unwerturteil ausgesprochen wird, haben sie mit den staatlichen Strafen doch gemeinsam, daß sie ein Unwerturteil enthalten. Die BEV-Strafen gehen damit über den üblichen Rahmen von Verwaltungshandeln hinaus. Auch dieser Umstand verlangt, daß der für das staatliche Strafverfahren geltende Grundsatz des rechtlichen Gehörs auch im "Rechtsprechungsverfahren" des BEV Gültigkeit hat.

Das rechtliche Gehör muß im gleichen Umfang gewährt werden wie vor einem staatlichen Gericht. Das erfordert der Schutz des Betroffenen. Allerdings ist es unerheblich, wenn der Betroffene von seinem Anhörungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat. Entscheidend ist nur, daß ihm das rechtliche Gehör angeboten wurde.²

¹ dazu S.112

² vgl. BGHZ 29,352,355

5.) Interesse an raschen Entscheidungen ohne
Auswirkung auf die Unzulässigkeit

Der Ausschluß der Anhörung im schriftlichen Verfahren vor dem Einzelrichter ist auch nicht deshalb zulässig, weil ein Interesse an raschen Entscheidungen besteht. Eine Anfrage und die Aufforderung zur Stellungnahme der betroffenen Vereine oder Spieler würde die Entscheidung nicht allzusehr verzögern. Wegen dieser Verzögerung kann aber nicht auf den Grundsatz des rechtlichen Gehörs verzichtet werden.

Auch der Vergleich mit den Vorschriften der Zivilprozessordnung über Arrest und einstweilige Verfügung führt nicht zur Zulässigkeit des Ausschlusses des rechtlichen Gehörs durch den BEV. Auch wenn bei beiden ein Interesse an raschen Entscheidungen besteht, ist doch der Zweck der Vorschriften der Zivilprozessordnung gerade die Überraschung des Gegners.¹

6.) Keine Auswirkungen auf die Unzulässigkeit
durch das Einverständnis mit der Satzung

Ein rechtswirksamer Ausschluß der Gewährung des rechtlichen Gehörs ist auch nicht dadurch zustandegekommen, daß die Vereine und ihre Mitglieder bei ihrer Aufnahme in den Verband beziehungsweise in die Vereine die Satzung des BEV auch hinsichtlich des Ausschlusses des rechtlichen Gehörs akzeptiert haben. Denn ein so weitgehender Verzicht auf das rechtliche Gehör ist nicht möglich.

¹ vgl. Rosenberg-Schwab, a.a.O., § 85 VI

Wie bei der Klagemöglichkeit, auf die zu verzichten nicht möglich ist¹, handelt es sich auch hier um einen Rechtsgrundsatz, über den ein Bürger nicht generell verfügen darf.

Der BEV hat danach das rechtliche Gehör im schriftlichen Verfahren unzulässigerweise ausgeschlossen. Die Bestimmung ist nichtig. Wird die Anhörung nicht gewährt, ist die daraufhin ergangene Entscheidung nicht rechtswirksam.²

¹ dazu S.81/82

² vgl. RGZ 171,206; OLG Köln NJW 1964,1576

XV. Die Unparteilichkeit der "Richter" im BEV

In den Verfahren vor staatlichen Gerichten müssen die Richter unparteilich sein. Befangene Richter dürfen nicht entscheiden. Dies ist für die Strafverfahren in den §§ 24 ff. StPO, für die Zivilprozessverfahren in den §§ 42 ff. ZPO geregelt. Ob dieser Grundsatz auch in den Verfahren vor den BEV-Verbandsgerichten gilt, ist fraglich, da die BEV-"Rechtsprechung" keine Rechtsprechung im staatlichen Sinne ist, sondern Verwaltungshandeln.

1.) Fall zur Ablehnung wegen Befangenheit

Mit DM 100.- Geldstrafe, DM 466.80 Schadensersatz, DM 5.- Verfahrenskosten und Spielverlust (0:2 Punkte, 0:5 Tore) wurde die Mannschaft von M. wegen Nichtantretens zu einem Meisterschaftsspiel mit dem Verein W. in der Saison 1968/69 in der erstinstanzlichen schriftlichen Entscheidung durch den Einzelrichter belegt. Der Verein M. wehrte sich gegen diese Entscheidung mit der Einlegung einer Beschwerde und lehnte neben weiteren Punkten, auf die er die Beschwerde stützte, den Spielgerichtsvorsitzenden als Mitglied und ehemaliges Vorstandsmitglied des Vereins W. wegen Befangenheit ab. Der Spielgerichtsvorsitzende hatte die erstinstanzliche Entscheidung gefällt und war Vorsitzender in dem Beschwerdeverfahren, nachdem er in der Ladung zur Beschwerdeverhandlung festgestellt hatte: "Die Spielgerichtsverhandlung erfolgt unter Vorsitz des Spielgerichtsvorsitzenden, da es sich um die erste mündliche Verhandlung in der derzeitigen Besetzung des Spielgerichts handelt. Der Vorsitzende fühlt sich nicht befangen. Im Falle des Falles würde er im gleichen Maße gegen W. entscheiden."

In der Beschwerdeentscheidung wurden die Geldstrafe, der Schadensersatz und die Verfahrenskosten aufgehoben. Beim Spielverlust blieb es, der Verein M. mußte an den Verein W. zur Abgeltung der entstandenen Unkosten DM 96.80 zahlen und endlich wurde ein Freundschaftsspiel in M. vereinbart.

2.) Die Unzulässigkeit der Entscheidungsbefugnis befangener BEV-"Richter"

Der BEV geht davon aus, daß ein befangener BEV-"Richter" bei einer Entscheidung nicht mitwirken darf. Dies ergibt sich aus dem dargestellten Fall und aus der Regelung in der Satzung, daß Ersatzrichter zu wählen sind. Die Ersatzrichter sollen einmal dann eingreifen, wenn ein anderer "Richter" ausfällt, aber auch dann, wenn ein "Richter" befangen ist. Eine ausdrückliche Regelung der Ablehnung wegen Befangenheit hat der BEV allerdings nicht getroffen.

Im Gegensatz zu der Auffassung, daß ein befangener "Richter" nicht bei einer Entscheidung mitwirken darf, wird in Rechtsprechung und Literatur überwiegend die Unbefangenheit der entscheidenden "Richter" bei einem Verbandsgericht dann nicht verlangt, wenn sie nicht in der Verbandssatzung ausdrücklich gefordert wird.¹ Ob diese Ansicht von Rechtsprechung und Literatur begründet ist, muß geklärt werden, da

¹ vgl. für den Fall der Befangenheit durch Beleidigung: RG WarnRspr. 1913 Nr.182;
für den Fall, daß die "Richter" die Untersuchung vorher geführt haben: RG Recht 1913 Nr.1089

vgl..Meyer-Cording, Die Vereinsstrafe, S.79

davon die Zulässigkeit der Selbstentscheidung der "Richter" im BEV über ihre Befangenheit und der Bestimmung, daß der erstinstanzliche Einzelrichter auch in der Beschwerdeinstanz mitwirken darf, abhängt.

Nur bei einem echten 'Schiedsgericht im Sinne der §§ 1025 ff. ZPO müsse volle Unparteilichkeit gewahrt sein.¹ Begründet wird dies damit, daß das bestrafende Vereinsorgan keine Rechtsprechung ausübe und nicht als Richter tätig werde. Es könnten deshalb nicht die gleichen Anforderungen wie an einen Richter an einem staatlichen Gericht gestellt werden.² Aus allgemeinen Gesichtspunkten könne aber nicht hergeleitet werden, daß befangene "Richter" nicht mitwirken dürften.³

Die BEV-"Rechtsprechung" ist Verwaltungshandeln. Ob deshalb auf unbefangene "Richter" verzichtet werden kann oder ob auch in den BEV-Verfahren die "Richter" nicht befangen sein dürfen, ist unter den Gesichtspunkten zu beurteilen, die schon bei der Untersuchung des rechtlichen Gehörs herangezogen wurden.⁴ Diese Gesichtspunkte führen dazu, daß trotz Verwaltungstätigkeit die "Richter" des BEV unbefangen sein müssen. Die Zulässigkeit der Nichtgewährung des rechtlichen Gehörs wurde unter anderem abgelehnt mit der Pflicht zur ordnungsmäßigen Untersuchung,

¹ vgl. Meyer-Cording, Die Vereinsstrafe, S.79

² vgl. Meyer-Cording, Die Vereinsstrafe, S.79

³ vgl. RG Recht 1913 Nr.1089

⁴ dazu S. 130/131

dem Gebot der Gerechtigkeit und der fairen Behandlung, Treu und Glauben und der Billigkeit. Genauso wie die Gewährung des rechtlichen Gehörs ist aber auch die Entscheidung durch ein nicht befangenes Organ eine Mindestvoraussetzung für eine faire und gerechte Verhandlung. Weiter fordern die schwerwiegenden Folgen, die die "Rechtsprechung" des BEV nach sich ziehen kann, das - "eingeschränkte" - Unwerturteil, das mit den Strafen ausgesprochen wird, und die Monopolstellung, die der BEV auf dem Gebiet des Eishockeysports einnimmt¹, die Unbefangenheit der "Richter" des BEV.

Irgendwelche Gründe, die den Verzicht auf die Unbefangenheit der "Richter" beim BEV rechtfertigen würden, sind nicht ersichtlich. Insbesondere bestehen für den BEV keinerlei technische Schwierigkeiten bei der Besetzung mit unbefangenen "Richtern". Auch sind keine berechtigten Interessen des Verbandes an parteilichen "Richtern" ersichtlich, derentwegen der Verzicht auf die Unbefangenheit der "Richter" zulässig wäre.

Das Bedürfnis des einzelnen nach unparteilicher "Rechtsprechung" durch die Verbandsgerichte des BEV schließt also das Recht auf freie Bestimmung der "Richter" durch den BEV, soweit es sich um befangene "Richter" handelt, aus. Das Verlangen nach Unbefangenheit kann nicht damit abgelehnt werden, daß es sich beim BEV nicht um Rechtsprechung handelt. Es handelt sich auch nicht um Rechtsprechung, wenn es

¹ dazu S. 130/131

um die Frage des rechtlichen Gehörs geht. Wenn ein Verband ein selbständiges Organ zur Entscheidung von Streitigkeiten und zum Erlass von Strafen einrichtet, dann ist er verpflichtet, dafür zu sorgen, daß befangene Mitglieder nicht entscheiden.¹

Die "Rechtsprechung" des BEV soll von unparteilichen "Richtern" ausgeübt werden. Ob die Unparteilichkeit aber tatsächlich immer gewährleistet ist, hängt auch davon ab, wie die im BEV durchgeführte Selbstentscheidung der "Richter" über ihre Befangenheit zu beurteilen ist.

3.) Die Unzulässigkeit der Selbstentscheidung der "Richter" des BEV über ihre Befangenheit

Über ihre Befangenheit entscheiden die "Richter" im BEV selbst. Das ergibt sich nicht aus der Satzung, wohl aber aus den Entscheidungen.² Diese Selbstentscheidung könnte unzulässig sein, wenn es durch sie ermöglicht würde, daß befangene "Richter" des BEV an Entscheidungen mitwirken.

Ein BEV-"Richter", der in einem ihm vorliegenden Fall objektiv befangen ist, kann sich seiner Befangenheit bewußt sein. Gibt er dem Ablehnungsgesuch statt, dann besteht nicht die Gefahr, daß ein befangener "Richter" eine Entscheidung fällt. Die Selbstentscheidung der BEV-"Richter" über ihre Befangenheit ist deshalb zulässig, wenn dem Ablehnungsgesuch stattgegeben werden

¹ so auch RG JW 1915, 1424, 1427

² dazu der Fall auf S. 134/135

soll. Ein Grund, der gegen die Zulässigkeit dieser Selbstentscheidung sprechen würde, ist nicht ersichtlich. Insbesondere wird nicht gegen den Grundsatz der Unparteilichkeit verstoßen. Es ist aber auch möglich, daß ein BEV-"Richter" sich seiner objektiv gegebenen Befangenheit nicht bewußt ist oder zwar seine Befangenheit kennt, sich aber dennoch für nicht befangen erklärt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß in Sportangelegenheiten in besonderem Maße Leidenschaften und Parteilichkeit mitspielen. Weist ein objektiv befangener "Richter" das Ablehnungsgesuch selbst zurück und entscheidet er daraufhin den ihm vorliegenden Fall, dann ist damit gegen den Grundsatz der Unparteilichkeit verstoßen. Es ist deshalb festzustellen: Die Selbstentscheidung der BEV-"Richter" ist unzulässig, wenn sie sich selbst für nicht befangen erklären wollen. Denn diese Selbstentscheidung ist mit dem Grundsatz der Unparteilichkeit nicht vereinbar. Sie ist dagegen zulässig, wenn dem Ablehnungsgesuch stattgegeben werden soll. Es besteht dann nicht die Gefahr einer Entscheidung durch befangene "Richter".

Eine Parallele dazu findet sich in der Selbstentscheidung des abgelehnten Amtsrichters im staatlichen Zivilprozess (§ 45 Abs.2 Satz 2 ZPO) und des abgelehnten Amts- oder Untersuchungsrichters im staatlichen Strafprozess (§ 27 Abs.3 Satz 3 StPO). Eine Entscheidung dieser Richter über ihre eigene Befangenheit ist dann zulässig, wenn sie das Ablehnungsgesuch für begründet halten. Halten sie sich aber nicht für befangen, dann müssen andere Richter über die Begründetheit des Ablehnungsgesuchs entscheiden (§§ 24 ff. StPO; §§ 42 ff. ZPO). Im übrigen allerdings darf in

staatlichen Straf- und Zivilprozessen ein abgelehnter Richter nicht über die Begründetheit eines Ablehnungsgesuchs selbst entscheiden (§§ 24 ff. StPO; §§ 42 ff. ZPO).¹

Die Selbstentscheidung, mit der die "Richter" im BEV sich für nicht befangen erklären, könnte jedoch zulässig sein, wenn sie aus technischen Gründen nicht zu umgehen wäre oder wenn ein gewichtiges Interesse des BEV an ihr vorhanden wäre. Beides ist nicht der Fall, da der BEV ohne weiteres andere "Richter" über die Befangenheit entscheiden lassen könnte und ein Interesse an dieser Selbstentscheidung nicht ersichtlich ist.

4.) Die Unzulässigkeit der Bestimmung, daß der Einzelrichter im schriftlichen Verfahren auch in der Beschwerdeinstanz entscheiden darf

In den staatlichen Straf- und Zivilprozessen müssen in jeder Instanz andere Richter entscheiden. Für den Zivilprozess ergibt sich das aus § 41 Ziffer 6 ZPO und für den Strafprozess aus § 23 Absatz 1 StPO. Dieser Grundsatz ist im BEV zwar im Instanzenzug Spielgericht - Berufungsgericht (Berufungsverfahren), nicht aber im Instanzenzug Einzelrichter - Spielgericht (Beschwerdeverfahren) durchgeführt. Art. 7 Abs. 2 Sonderbestimmungen schließt in Verbindung mit § 5b)aa) Rechtsordnung die Doppelverwendung in diesem Instanzenzug nicht aus. So wirkte auch bei drei der sieben Beschwerdeentscheidungen der erstinstanzliche "Richter" erneut mit.

¹ Über die Zulässigkeit eines Ablehnungsantrags kann im Strafprozess der abgelehnte Richter mitentscheiden, § 26a StPO.

Die Sportgerichte des BEV üben keine Rechtsprechung aus. Sollte die Doppelverwendung eines "Richters" bei den Entscheidungen in erster und zweiter Instanz unzulässig sein, so müßte gegen einen Rechtsgrundsatz verstoßen sein, der auch in dem verbandsinternen Verfahren des BEV Geltung beansprucht. Dieser Rechtsgrundsatz könnte wiederum der der Unparteilichkeit sein.

Auszugehen ist davon, daß der "Richter" des BEV, der als Einzelrichter eine erstinstanzliche Entscheidung getroffen hat, in aller Regel bei der Beschwerdeentscheidung durch seine erstinstanzliche Entscheidung beeinflusst sein wird. Dieser Beeinflussung braucht er sich nicht bewußt zu sein. Er muß sich erst von seiner einmal gefassten Entscheidung lösen, was ihm häufig nicht voll gelingen wird. Er wird im Gegenteil öfters bemüht sein, seine erste Entscheidung zu rechtfertigen und an ihr festzuhalten. In diesen Fällen ist er auf Grund der ersten Entscheidung und der davor erfolgten Meinungsbildung nicht vorurteilslos und objektiv. Damit ist aber gegen den Grundsatz der Unparteilichkeit verstoßen, der auch beim BEV gewahrt sein muß. Denn unparteilich und objektiv kann nur der "Richter" entscheiden, der nicht befangen ist.

Gründe, derentwegen dieser Grundsatz ausnahmsweise keine Geltung hat, sind nicht ersichtlich. Weder macht es dem BEV Schwierigkeiten, für die Beschwerdeinstanz einen neuen "Richter" zu benennen, noch besteht ein begründetes Interesse des BEV an dieser Doppelverwendung.

Die Doppelverwendung ist auch nicht deshalb zulässig, weil der BEV eine Beschwerdeinstanz nicht hätte einrichten müssen. Der Grundsatz der Unparteilichkeit, gegen den mit der Doppelverwendung verstoßen wird, muß aus den gleichen Gründen wie in der ersten Instanz auch in der Beschwerdeinstanz gewahrt sein.

XVI. Auswirkungen der nichtigen Bestimmungen
auf die ganze Satzung

Der Ausschluß des Rechtsweges und des rechtlichen Gehörs im schriftlichen Verfahren durch den Einzelrichter sowie die Regelung, daß der erstinstanzliche Einzelrichter auch im Beschwerdeverfahren mitentscheiden darf, sind unzulässig. Ebenso ist nicht zulässig, daß die BEV-"Richter", wenn sie wegen Befangenheit abgelehnt werden, das Ablehnungsgesuch selbst zurückweisen dürfen. Die Satzungsbestimmungen sind insoweit nichtig.

Ob nur diese Satzungsbestimmungen nichtig sind oder die ganze BEV-Satzung, hängt von der Anwendbarkeit des § 139 BGB ab. Ist § 139 BGB anwendbar, dann ist die ganze Satzung des BEV nichtig, wenn nicht anzunehmen ist, daß sie auch ohne die nichtigen Bestimmungen Geltung haben soll.

Die Vorschrift des § 139 BGB bezieht sich auf Rechtsgeschäfte. Damit ist bereits gesagt, daß § 139 BGB nicht auf die BEV-Satzung anzuwenden ist. Denn die Satzung des BEV ist eine Norm und keine Vertragsvereinbarung. Bei Normen ist aber die Bestimmung des § 139 BGB nicht anwendbar.

Auch eine Analogie, die von der teilweisen Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts gemäß § 139 BGB auf die teilweise Nichtigkeit der BEV-Satzung schließt, ist nicht möglich. "Es ist rechtlich unmöglich, zwischen der teilweisen Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts

und der hier vorliegenden Unwirksamkeit einer Statutenbestimmung eine Analogie zu ziehen..."¹

Für die Beantwortung der Frage, ob die BEV-Satzung im ganzen ungültig ist, kann deshalb nicht gemäß § 139 BGB auf den Gründerwillen Bezug genommen werden; es kommt lediglich auf den objektiven Inhalt der Satzung an. "Kann aus dem Vereinszweck und den satzungsmäßigen Mitgliederbelangen geschlossen werden, der verbleibende Teil der Satzung werde auch ohne den nichtigen Teil diesen Zwecken und Belangen gerecht und bleibe eine in sich sinnvolle Regelung des Vereinslebens, dann hat es der Teilnichtigkeit sein Bewenden und die Satzung ist im übrigen rechtswirksam."²

Diese Grundsätze auf die Satzung des BEV angewandt, kann nur ergeben, daß die Nichtigkeit sich lediglich auf die genannten nichtigen Bestimmungen bezieht und die Satzung im übrigen rechtswirksam ist.

¹ RG SeuffA. 65 Nr.205

² BGHZ 47,179

XVII. Schlußbetrachtung

Bei der "Rechtsprechung" des Bayerischen Eissport-Verbandes handelt es sich um eine private "Verbandsgerichtsbarkeit", die nichts anderes als Verwaltungshandeln ist. Die "BEV-Rechtsprechung" ist keine Schiedsgerichtsbarkeit. Diese Art des Verwaltungshandelns ist zulässig. Die Satzung und ihre Bestimmungen sind Normen und haben keinen Vertragscharakter.

Die "Rechtsprechung" des BEV findet allerdings nur, soweit sie sich auf Ehrenangelegenheiten bezieht, in der Satzung eine Stütze. Die sonstige "Rechtsprechung" des BEV ist in der "Rechtsordnung" geregelt, die nicht Satzungsbestandteil ist. Insoweit ist die Verbandsrechtsprechung unzulässig. Denn die ausgeübte Verbandsgerichtsbarkeit bedarf einer Grundlage in der Satzung.

Der BEV hat die Möglichkeit, die "Rechtsordnung" in die Satzung aufzunehmen. Es ist dann auch für die "Rechtsprechung" des BEV, die in der "Rechtsordnung" geregelt ist, die erforderliche satzungsmäßige Grundlage gegeben. Da der BEV die "Ehrenordnung" in seine Satzung aufgenommen hat, wurde im weiteren Verlauf der Arbeit davon ausgegangen, daß der Verband, um die satzungsmäßige Grundlage zu schaffen, entsprechend der "Ehrenordnung" auch noch die "Rechtsordnung" in seine Satzung aufnimmt. Es wurde deshalb im Folgenden die "Rechtsordnung" als der Satzung zugehörig behandelt.

Sämtliche Verbandsstrafen, die im Strafverfahren des BEV verhängt werden können, sind Verbandsdisziplinarmaßnahmen. Sie sind keine schuldrechtlichen Vertragsstrafen.

Das Recht des BEV zur Bestrafung der Vereine, die Mitglieder des Verbandes sind, ergibt sich aus der Verbandsautonomie. Für die Zulässigkeit der Bestrafung von Vereinsmitgliedern, die nur Mitglieder der Vereine, nicht aber des Verbandes sind, ist dagegen eine "Ermächtigung" des BEV durch die Vereine Voraussetzung. Unter dieser "Ermächtigung" ist die Übertragung der Strafgewalt der Vereine über deren Vereinsmitglieder auf den Verband zu verstehen. Das Bestrafungsrecht über ihre Mitglieder steht den Vereinen auf Grund ihres Autonomierechts zu. Die Übertragung der Strafgewalt über Vereinsmitglieder auf den Verband bedarf einer ausdrücklichen Bestimmung in den Vereinssatzungen. Außerdem müssen sich die Vereinsmitglieder mit der Übertragung der Vereinsstrafgewalt einverstanden erklären. Vereine, die ihre Strafgewalt über ihre Vereinsmitglieder auf den BEV übertragen haben, können die Übertragung nicht frei widerrufen. Sie sind an die einmal erfolgte Übertragung gebunden.

Die Verbandsdisziplinarstrafen sind zulässig, soweit sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Verband erforderlich sind und nicht lediglich der Diskriminierung dienen. Mit ihnen wird nicht in die öffentliche Strafgewalt des Staates eingegriffen. Eine Strafantrohung in öffentlichen Gesetzen schließt eine Bestrafung durch den BEV nicht aus.

Die "Rechtsordnung" des BEV weist in vielen Punkten den staatlichen Prozessverfahren angenäherte Bestimmungen auf. Allerdings genügt die "Rechtsordnung" nicht in allen Punkten den Anforderungen, die an eine Verbandsrechtsprechung, wie sie der BEV ausübt, gestellt werden müssen. Soweit sie den Rechtsweg ausschließt, auf das rechtliche Gehör verzichtet und in

mehreren Instanzen die Mitwirkung des gleichen "Richters" zuläßt, enthält sie Bestimmungen, die unzulässig und nichtig sind. Die BEV-"Richter" müssen unparteilich sein. Befangene "Richter" dürfen nicht entscheiden. Das Verfahren des BEV, daß ein wegen Befangenheit abgelehntes Sportgerichtsmitglied das Ablehnungsgesuch selbst zurückweisen kann, ist nicht zulässig. Zulässig ist aber die Selbstentscheidung des befangenen BEV-"Richters", soweit er mit ihr einem Ablehnungsgesuch stattgibt. Die nichtigen Bestimmungen haben auf die Wirksamkeit der übrigen Satzung keinen Einfluß.

Literaturverzeichnis

- | | |
|---------------------|---|
| Arndt | Private Betriebs- "Justiz"?,
NJW 1965,26 f. |
| Baumbach-Lauterbach | Kommentar zur ZPO, Band I,
30.Aufl., München |
| Baumgärtel | Die Unverwirkbarkeit der Klage-
befugnis, ZZP 75,385 ff. (1962) |
| Baur | Betriebsjustiz, JZ 1965,163 ff. |
| Berg | Zulässigkeitsvoraussetzungen
im Zivilprozess, JuS 1969,123 ff. |
| Beuthien | Die richterliche Kontrolle von
Vereinsstrafen und Vertrags-
strafen, Betriebsberater 1968,
Beilage 12 zu Heft 33 |
| Blomeyer, Arwed | Zivilprozessrecht (Erkenntnis-
verfahren), 1963 Berlin |
| Blomeyer, Jürgen | Die Unterscheidung von Zulässig-
keit und Begründetheit bei der
Klage und beim Antrag auf An-
ordnung eines Arrestes oder
einer einstweiligen Verfügung,
ZZP 81,20 ff. |
| Böttcher | Gestaltungsrecht und Unterwer-
fung im Privatrecht, Berlin 1964 |
| Böttcher | Wesen und Arten der Vertrags-
strafe sowie deren Kontrolle,
ZfA 1970,3 ff. |

Bruns	Zivilprozessrecht, Berlin 1968
Comte	Anmerkung zu RG JW 1930,1062, in: JW 1930,2053
Delius	Der Ausschluß aus dem Verein im Lichte der neuesten Rechtspre- chung, in: Recht, S.256 ff. (1918)
Dörinkel	Anmerkung zu KG DR 39,2156 f., in: DR 1939,2157
Dütz	Rechtsstaatlicher Gerichtsschutz im Privatrecht, Berlin 1970
Enneccerus-Nipperdey	Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, Band I, 15.Aufl., Tübingen 1959
Erman	Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 1.Band, 4.Aufl., Münster/Westf. 1967
Esser	Schuldrecht, Band I, Allgemeiner Teil, Karlsruhe 1968
Fikentscher	Schuldrecht, Berlin 1969
Flume	Die Vereinsstrafe, in: Fest- schrift für Bötticher, Berlin 1969, S.101 ff.
Fritz	Sport und Recht, in: Recht und Staat, Heft 306, Tübingen 1968
v.Gierke, Otto	Deutsches Privatrecht, Band I, Leipzig 1895

- v.Gierke, Otto Das Recht der Verbandspersönlichkeit, IuJb 35,198 f. (1896)
- Groscurth Die Entwicklung der Rechtsprechung zur gerichtlichen Nachprüfbarkeit von Vereinsbeschlüssen (außerhalb des Kartellrechts), Göttinger Dissertation 1966
- Grunsky Prozess- und Sachurteil, ZfP 80,55 ff.
- Habscheid Das Problem der Unabhängigkeit der Schiedsgerichte, NJW 62,5 ff.
- Hedemann Ausstoßung aus Vereinen, ArchBürgR 38,132
- Heinemann Schiedsgerichte kraft Satzung, GruchB 73,316 ff. (1933)
- Heinsheimer Anmerkung zu RG JW 1925,49, in: JW 1925,49
- Heinsheimer Anmerkung zu RG JW 1928,2209, 2210, in: JW 1928,2209,2210
- Hoeniger Anmerkung zu OLG Düsseldorf, JW 1933,67, in: JW 1933,67
- Jerusalem Kritik der Rechtswissenschaft, Frankfurt/Main 1948
- Kern-Roxin Strafverfahrensrecht, 9.Aufl., 1969, München
- Kisch Anmerkung zu LG Frankfurt, JW 1932,3493 ff., in: JW 35,3496

Lange	BGB - Allgemeiner Teil, 11.Aufl., München 1969
Langen	Kommentar zum Kartellgesetz, 4.Aufl., Berlin 1967
Larenz	Allgemeiner Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts, München 1967
Lehmann	Besprechung des Buches von Reichel, Zürich, Unklagbare Ansprüche, in: ZZP 44, 162 ff.
Lehmann/Hübner	Allgemeiner Teil des BGB, 15.Aufl., Berlin 1966
Lent	Anmerkung zu OLG Frankfurt, NJW 1949, 510 ff., in: NJW 1949, 510 ff.
Lent-Jauernig	Zivilprozessrecht, 13.Aufl., München 1966
Lüke	Die Prozessführungsbefugnis, ZZP 76, 1 ff.
Maunz-Dürig	Kommentar zum Grundgesetz, Band II, München 1969
Mendelssohn-Bartholdy	Anmerkung zu RG JW 1930, 1062, in: JW 1930, 2051 ff.
Meyer-Cording	Betriebsstrafe und Vereinsstrafe im Rechtsstaat, in: NJW 1966, 225 ff.
Meyer-Cording	Die Vereinsstrafe, Tübingen 1957

- Müller-Erzbach Das private Recht der Mitgliedschaft als Prüfstein eines kausalen Rechtsdenkens, Weimar 1948
- Oertmann Bürgerliches Gesetzbuch, Allgemeiner Teil, 3.Aufl., Berlin 1927
- Palandt Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 30.Aufl., München 1971
- Pohle Zur Lehre vom Rechtsschutzbedürfnis, in: Festschrift für Lent, München 1957
- Reichel Anmerkung zu RG JW 1930,1062, in: JW 1930,2212
- Reichel Unklagbare Ansprüche, IhJb 59, 409 ff.
- Reichel Prozessuale Behandlung unklagbarer Ansprüche, IhJb 60,38 ff.
- RGRK Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs, Band I, 1.Teil, 11.Aufl., Berlin 1959
- Rimmelpacher Zur Prüfung von Amts wegen, Göttingen 1966
- Rosenberg-Schwab Zivilprozessrecht, 10.Aufl., München 1969
- Scheyhing Verfahrensrechtliche Fragen zur Vereinsstrafe, JZ 1958,343,344

- Schiedermaier Vereinbarungen im Zivilprozess,
Bonn 1935
- Simshäuser Zur Entwicklung des Verhältnisses von materiellem Recht und Prozessrecht seit Savigny, in: Schriften zum Deutschen und Europäischen Zivil-, Handels- und Prozessrecht, Band 32, Bielefeld 1965
- Schlosser Prozessuale Fragen um den privatrechtlichen Vereinsverwaltungsakt, MDR 1967, 884 ff.
- Schweitzer Anmerkung zu RG JW 1930, 1062, in: JW 1930, 2053
- Soergel-Siebert Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band I und II, 10. Aufl., Stuttgart 1967
- Staudinger Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band I, 11. Aufl., Berlin 1957
- Stech Unklagbare Ansprüche im heutigen Recht, ZZP 77, 170 ff.
- Steffen Anmerkung zu LG Köln JW 38, 2300 f., in: JW 1938, 2302
- StJSchP Stein-Jonas-Schönke-Pohle, Kommentar zur ZPO, Band I, 18. Aufl., Tübingen 1953
- Thomas-Putzo Zivilprozessordnung, 4. Aufl., München 1970

Lebenslauf

Am 19.11.1944 wurde ich als Sohn des Landgerichtsdirektors Dr. Karl Sommer und seiner Ehefrau Hanna geb. Elias in Gerabronn Kreis Crailsheim geboren. Von 1944 bis 1949 lebte ich in Langenburg Kr. Crailsheim. Nach dem Umzug 1949 nach Stuttgart besuchte ich vom 4.9.1951 bis 19.4.1955 die Volksschule und danach das Karlsgymnasium in Stuttgart. Nach dem Abitur am 26.2.1964 folgte ab Mai 1964 ein rechtswissenschaftliches Studium in Tübingen und München, das ich mit der ersten juristischen Staatsprüfung am 10.2.1969 in München abschloß. Seit 1.4.1969 bin ich im juristischen Vorbereitungsdienst tätig. Am 12.5.1971 habe ich geheiratet.

